

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Abonnementsspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mf., für einen Monat 6.— Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 130093. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Interratenpreise: Die 7 geplante Kolonialzeile oder deren Raum 1.90 Mf.  
bei Plakatvorrichtung 2.30 Mf.; Familienanzeichen, die 7 geplante Zeile 1.70 Mf.  
Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mf. — Telefon für die Interraten-Abteilung 2721  
Schluß der Interraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Aushebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Berlin, 28. September. Durch eine Note, die Herr Veiand heute als Präsident des Obersten Rats dem deutschen Volksstaat Dr. Mayer in Paris zugestellt hat, wird die Aushebung der wirtschaftlichen Sanktionen vom 30. September ab mitgeteilt. In diese Mitteilung schließt sich folgende Aussöderung an: "Die Alliierten haben die deutsche Regierung ein, möglichst bald ihre Delegierten zu bestimmen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Modalitäten festzulegen werden, nach denen die Lizenzien geprüft und ausgestellt werden, in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Rats vom 12. August 1921.

## Rücktritt Poehners.

München, 29. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Polizeipräsident Poehner erklärte gestern seinen Rücktritt. Er konnte es sich aber nicht versagen, nach außen hin seinen Rücktritt bombastisch zu rechtfertigen. Am 28. 9. erhielt der Polizeipräsident Poehner die folgende "Proklamation" an die Bevölkerung Münchens: "Die bayerische Regierung hat, dem Vorlagen der Reichsregierung nachgebend, in die Aushebung des bayerischen Ausnahmegesetzes eingewilligt. Der Verfassungsausschuss des Landtages hat gestern abend hierzu seine Zustimmung erteilt. Damit ist erschwert das Verbot der Straßen Kundgebungen und von Versammlungen unter freiem Himmel, in Bericht gezeigt auf Schuhhof, Ausweisung und Aufenthaltsbeschränkung Sicherheitsgefährlicher Elemente, insbesondere landstreicher Agitatoren, wie sie uns seineszeit die Räterepublik beschert hat. Der Reichs-Ausnahmegesetz sieht die Schuhmahnahmen nicht oder nur unter Bedingungen vor. Die Verhältnisse hätten es noch nicht gestattet, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Rechtes preiszugeben, um so weniger, als die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens für die nächsten Monate bevorstehen. Unter diesen Umständen fühle ich mich außerstande, die Verantwortung für die Austrichterhaltung von Aufruhr und Ordnung weiterhin zu übernehmen. Ich habe daher heute um meine Enthebung von meinem Amt gebeten."

Wenn der Rücktritt Poehners auch die einzige vernünftige Amtshandlung ist, die er seit seinem Amtsantritt vollzogen hat, so darf es bei diesem Rücktritt allein nicht bleiben. Im Polizeipräsidium in München wimmelt es von dunklen Elementen der Hakenkreuzler, die Mörderbanden haben dort ihre Verbindungsleute sitzen, ein ungeheures Altenmaterial, das die Polizeispitze zusammengetragen haben, ist dort aufgestapelt, und es besteht die Absicht, diese polizeilichen Geheimkästen aus dem Polizeipräsidium zu entfernen und sie einer politischen Geheimorganisation auszu liefern. Poehner hatte über alle ihm unsicheren Politiker Personalakten geführt. Diese Alten standen bisher der Einwohnerwehr und den Mörderorganisationen zur Einsicht zur Verfügung (durch ihre Vertrauensleute im Polizeipräsidium), und es müssen schnellstens Maßnahmen getroffen werden, um die Auslieferung dieser Alten an die Geheimorganisation zu verhindern. Das Spitzelnetz im Polizeipräsidium muß ausgehoben werden. Der Rücktritt Poehners kann nur der Anfang für eine gründliche Reinigung des Polizeipräsidiums in München sein, die sofort einzusehen muss.

## Bayerns Zustimmung zu dem München-Berliner Abkommen.

Berlin, 29. September. Die offizielle Zustimmung der bayerischen Regierung zu den zwischen dem Reichsanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld getroffenen Vereinbarungen ist gestern in Berlin eingetroffen. Die dieser Vereinbarung entsprechend abgeänderte Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August wird voraussichtlich heute veröffentlicht werden.

## Die Frage der Regierungsumbildung.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einer Besprechung der von Stresemann, Dr. Hugo und Kämpfer entworfenen Bedingungen, unter denen die Deutsche Volkspartei bereit ist, in die Regierung einzutreten, wurde in der Fraktion die Frage aufgeworfen, ob man überhaupt in ein Kabinett Wirth eintreten solle. Die Verhandlungen wurden noch nicht zu Ende geführt und sollen heute fortgesetzt werden. Im Gegensatz zu den Demokraten erklärt der Vorwärts, daß die Koalitionsvereinbarung zunächst in Preußen ins reine gebracht werden müsse. Die Entscheidung im Reich hänge von schwierigen Beratungen, vor allem über die Steuerfrage ab, solange könne in Preußen nicht gewartet werden. Ein Kabinett, das die Görlitzer Forderungen erfülle, könne unter Umständen mit den Volksparteien gebildet werden, es gehe aber auch ohne sie. Auch sei die Frage, ob die sogenannte alte Koalition auf eine Unterstützung der Unabhängigen rechnen könne, zu erwägen. Auch hier wären noch bei positiver Mitarbeit der Unabhängigen überraschende Wendungen möglich.

## Der Kampf der höchsten Arbeiter um ihre Rechte.

### Noch keine Einigung erzielt.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bisher besteht nach der Freiheit in Höchst noch keine Einigung mit den Unternehmern. Die Unternehmer haben die Absicht, einen Teil der Arbeiter nicht wieder in die Betriebe hineinzunehmen. Die Aushebung soll natürlich in einer Weise erfolgen, daß die sogenannten "unruhigen Elemente" entfernt werden. Die Unternehmer stellen ferner die Forderung, daß die Belegschaften und Betriebsvertretungen auf ihre alten, noch über die Bestimmungen des Betriebsvertragsgesetzes hinausgehenden Rechte verzichten sollen. Die Volksliche Zeitung erachtet noch, daß die Gewerkschaft, die Tarifkommission und die Belegschaften der drei geschlossenen Werke der Höchster Farbenfabriken in Höchst, Gräfenhain und Alsterdorf die Bedingungen des Arbeitgeberverbandes angenommen haben, wonach vor weiteren Verhandlungen erst die Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes erfolgen muß. Das ist gestern nachgesehen, so daß die Angestellten aller Werke nicht mehr in der Lage sein könnten, wieder zu arbeiten. In diesem Falle sollte heute nachmittag mit den Gewerkschaften über die Bedingungen verhandelt werden, unter denen die Werke wieder in Betrieb gesetzt werden sollen.

## Unerhörter Unternehmererror.

Ein eigener Drahtbericht aus Frankfurt a. M. meldet:

Zu unerhörten Gewaltmaßnahmen griff die Zeitung der Dunlop-Fabrik, weil angeblich die Arbeiterschaft wegen Lohnrechts Aufforderszenen positive Resistenz geübt habe. Als am Dienstag morgen die Arbeiter auf ihrer Arbeitsstelle erschienen, standen sie verschlossene Türen. Ein Anhänger besiegte, daß die Arbeiterschaft am Dienstag entlassen sei.

Der Polizeidirektor von Hanau kam der Direktion dadurch zu Hilfe, daß er durch 25 Mann der grünen Polizei unter Führung eines Ossiziers die Fabrik besetzen ließ.

Wie wir weiter erfahren, sind bereits Verhandlungen zur Belagerung des Streitfalles in die Wege geleitet.

Die Arbeiterschaft Hanau erläutert einen Aufruf, in dem es heißt:

"In der Arbeiterschaft liegt es, Ruhe und Besinnlichkeit an den Tag zu legen und sich nicht durch unverantwortliche Elemente provozieren zu lassen."

Vie uns noch mitgeteilt wird, wollen die Hanauer Arbeiter am Donnerstag in den Generalstreik treten, falls die Direktion nicht zu Verhandlungen bereit ist.

## Erhöhung der Eisenbahntarife.

Amlich wird mitgeteilt: Durch die am 1. August erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter, sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund 7 Millionen Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat dem Vorschlag der Reichseisenbahnverwaltung zugestimmt, zur Deckung dieser Kosten eine Tarifsteigerung von 30 Prozent vorzunehmen. Die Erhöhung wird für den Güter- und Tierverkehr zum 1. November, für den Expressgut- und Personenverkehr zum 1. Dezember durchgeführt werden. Auf eine Reihe von Sonderwünschen erwiderte das Reichsverkehrsministerium, daß die vorbereitenden Arbeiten zu deren Prüfung bereits eingeleitet seien.

Wie weiter berichtet wird, erstreckt sich die Preiserhöhung auch auf Leitarten, Sonntagsfahrtarten und Arbeiter-Rückfahrtarten. Die Militärfahrtpreise bleiben zunächst unverändert. Die Schiene II-Zugsschlüsse betragen fünftig für Zone I (1—75 Kilometer) 1./2. Klasse 10 Mark, 3. Klasse 5 Mark. Zone II (76—150 Kilometer) 1./2. Klasse 20 Mark, 3. Klasse 10 Mark. Zone III (über 150 Kilometer) 1./2. Klasse 30 Mark, 3. Klasse 15 Mark. Die weiter vorgeesehenen Erhöhungen der Tarife für die Post sollen am 1. Januar in Kraft treten. Über eine nochmalige Erhöhung der Fernsprechgebühren und Telegramme sind die Beratungen im Reichsfinanzministerium noch nicht abgeschlossen, aber auch sie soll unvermeidlich sein.

## Nelle Mittelstandsreiter.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Hier ist der frühere Präsident der Berliner Handwerkskammer Karl Nahardt verhaftet worden. Zu der Verhaftung erfahnen wir, daß die Verhältnisse Nahardts rein interner Natur sind und nur die Handwerkskammer selbst angehen. Da Nahardt sich Verschlehrungen schuldig gemacht hat, war bei der Handwerkskammer wie den einzelnen Handwerksverbänden bekannt und man hatte ihn von allen Seiten bereits schon vor Monaten gewarnt und gebeten, von seinem Ehrenamt zurückzutreten. Da Nahardt sich jedoch um die Anschuldigungen nicht kümmerte, zwang man ihn in der vorigen Woche zum endgültigen Verzicht auf alle Ämter. Mit Nahardt sind noch der Sekretär der Handwerkskammer Hoffmann und zwei andere Beamte der Handwerkskammer auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Haft genommen worden, und zwar ebenfalls wegen Verdachts des Meineides und des gemeinsamen Betruges.

Nahardt war lange Jahre der Wortführer der Mittelstands bewegung. Er hatte eine ganze Reihe Ehrenämter inne und spielte sich stets als Reiter des Mittelstandes auf.

## Der geplante Steuerauflaufzug.

### III.

#### Die Kohlensteuer.

Eine der Steuern, die bisher schon zu den ertragreichsten gehört, ist die Kohlensteuer. Sie beträgt jetzt 20 Prozent des vom Reichskohlenverband festgesetzten Preises. Die Steuer wird von den Kohlenhändlern eingezogen und an die Reichsfinanzbehörde abgeführt. Im Reichsstatist für das letzte Jahr ist der Ertrag der Kohlensteuer mit 4,7 Milliarden Mark eingeschätzt worden. In Wirklichkeit wird die Steuer wohl wesentlich mehr, nach sachmännischer Schätzung etwa 6 Milliarden, einbringen, weil mit den fortgesetzten Steigerungen der Kohlenpreise automatisch auch die Steuererträge gestiegen sind. Jetzt soll nun der Steuersatz auf 30 Prozent erhöht werden und der Steuerertrag soll dadurch auf 9½ Milliarden Mark steigen.

Die Kohlensteuer stellt heute schon eine starke Belastung der Industrie dar, die die Steuer selbstverständlich in der Form der Preiserhöhungen für ihre Produkte auf die Konsumanten abwälzt. Die schematische Festsetzung der Steuer auf 20 Prozent wird sehr ungerecht. Bekanntlich sind die Produktionskosten und dementsprechend auch die Preise der Kohlen in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Die schematische Festsetzung der Steuer auf 20 Prozent für alle Bezirke hatte deshalb zur Folge, daß die Bezirke mit den höchsten Kohlenpreisen auch die höchsten Steuern aufwiesen. Zwar ist durch ein Gesetz dem Reichskohlenrat und dem Reichsrat die Vollmacht erteilt worden, für einzelne Bezirke und einzelne Kohlensorten Steuerermäßigungen zu gewähren. Auf diese Weise ist jedoch nur ein roher Ausgleich möglich, eine Reihe von Ungerechtigkeiten besteht trotzdem weiter. Dorthin haben Fachleute eine Staffelung der Kohlensteuer, z. B. nach dem Werteverlust der verschiedenen Kohlensorten, vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind jedoch in der Vorlage des Reichsfinanzministeriums nicht berücksichtigt worden. Die Vorlage bringt einfach die schematische Erhöhung des Steuersatzes von 20 auf 30 Prozent in Vorweg.

Die durch die neue Steuererhöhung bedingte weitere Preiserhöhung der Kohle summert die Regierung wenig. Die Regierung trifft sie zu Schröpfenden damit, daß die Belastung des Haushandes durchaus erträglich sei. Diese beträgt bislang für Steinkohle etwa 7½ Prozent und für Braunkohlenbrüder durchschnittlich „nur“ 9½ Prozent der Kleinhandelspreise. Durch die Erhöhung des Steuersatzes auf 30 Prozent würde eine Mehrbelastung der Haushandskohle an der Verbrauchsseite um etwa 3,85 Prozent eintreten. Bei einem Kleinhandelspreis von etwa 15 Mf. für den Jentiner Beikett würde also auch bei dieser „erträglichen“ Belastung jeder Jentiner mit 2 Mf. Kohlensteuer belastet sein. Darüber, ob eine solche Besteuerung möglich und erträglich ist, werden die Verbraucher in den minderbemittelten Volkschichten, die die Preiserhöhung ganz empfindlich tragen, sicher eine etwas andere Meinung haben, als die Steuerfabrikanten im Reichsfinanzministerium.

Vielen bedeutungsvoller sind jedoch die andern Wirkungen der Kohlensteuer. Die Regierung meint, daß auch für die Kohlenverbrauchende deutsche Industrie die Erhöhung der Kohlensteuer erträglich sei, weil die deutschen Kohlenpreise noch weit hinter den Weltmarktpreisen zurückstehen. Diese Annahme trifft jedoch heute kaum noch zu. Die Kohlenpreise in Frankreich, England, Amerika sind gegenüber dem Vorjahr ganz wesentlich zurückgegangen. Wenn die neue Preiserhöhung für die deutsche Kohle eintritt, wird sich der Preis dem der englischen und französischen Kohle ganz bedenklich nähern. Was das für die deutsche Arbeiterschaft bedeutet, geht aus einer Neuerung der deutschen Bergwerkszeitung hervor, die vor einiger Zeit schrieb, daß die Lage des deutschen Bergbaues eine zu weitgehende Erhöhung der Kohlenpreise verbiete. Das Blatt schrieb:

"Falls aus Gründen der Ultimatumserfüllung dennoch eine stärkere Erhöhung der Kohle notwendig ist, muß daher gleichzeitig dafür Sorge getragen werden, daß durch geeignete Maßnahmen (z. B. Wiederverfahren von Überstechen) der deutsche Kohlenbergbau wieder billiger und produktiver arbeitet, als es in der letzten Zeit der Fall war."

Aus den gleichen Konkurrenzrätsichten, die die Grubenbarone zu dieser Forderung veranlaßt, werden natürlich auch die Industriellen ähnliche Forderungen geltend machen. Auch sie werden, um die Produktionskosten für ihre Produkte herabzuleiten, entweder die Löhne zu drücken oder die Arbeitszeit zu verlängern suchen. Im übrigen müssen natürlich die geisteigerten Kohlenpreise zu einer weiteren Steigerung der Preise fast aller übrigen Produkte und damit zu einer weiteren Versteuerung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen führen. Außerdem hat die Erhöhung der Kohlenpreise für das Reich, dem durch die erhöhte Steuer einige Milliarden mehr zustehen sollen, noch eine sehr bedenkliche Seite. Das Reich, das selbst einer der größten Kohlenverbraucher ist, muß ja auch die höheren Kohlenpreise zahlen und es muß somit selbst wieder einen Teil der Steuer tragen.

Das Defizit der Reichseisenbahn z. B. wird dadurch wieder vergeblich werden. Neue Fahrtarife und Taxifahrten werden die nächsten Folgen davon sein. Erhöhte Tarife bedeuten aber gleichfalls eine Vertreibung der beförderten Güter und Waren, die letzten Endes auch wieder die Verbraucher zu führen bekommen.

#### Die Umsatzsteuer.

Weit schlimmer noch als die Kohlenssteuer wirkt die Umsatzsteuer auf die Lebenshaltung der Arbeiter und der beschäftigten Bevölkerung überhaupt ein. Die Reichsumsatzsteuer ist auch eine Errungenschaft des Krieges. Der Umsatzsteuer unterliegen in der Regel alle Lieferungen und Leistungen, die jemand durch seine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausführt. Die Steuer richtet sich nach der Höhe des Verkaufspreises. Sie wird erhoben bei allen Verkäufen, sowohl von Zahlungen für Leistungen der Amtlichen Rechtsanwälte usw. Die Steuer ist zunächst zu erheben von dem Verkäufer oder dem, der das Entgelt für die Leistung einnimmt. Selbstverständlich wird sie aber von jedem Verkäufer auf den Käufer abgewälzt, bis sie schließlich auf dem eigentlichen Verbraucher lasten bleibt. Sie ist also eine indirekte Steuer auf alle Bedarfsartikel. Der Satz der Umsatzsteuer erscheint gering. Er beträgt jetzt im allgemeinen 1½ Prozent des Verkaufspreises und soll nun auf 3 Prozent erhöht werden. Der Steuersatz erhöht sich aber dadurch auf ein mehrfaches, daß bei jedem Wechsel der Ware die 3 Prozent Steuer erhoben werden. Wandert die Ware also nur durch vier oder fünf Hände, ehe sie an den Konsumenten kommt, so sind eben 12 oder 15 Prozent Umsatzsteuer zu zahlen und dementsprechend erhöht sich selbstverständlich auch der Preis, den der Verbraucher der Ware schließlich zahlen muß.

Beschärft werden die Wirkungen der Umsatzsteuer noch dadurch, daß in Zukunft auch die ersten Verkäufe nach der Einfuhr von Waren aus dem Ausland, die bisher steuerfrei waren, in Zukunft ebenfalls von der Steuer erfaßt werden sollen. Auch die Ausfuhrwaren sollen nach der neuen Vorlage versteuert werden, wenn der Fabrikant die Waren direkt ins Ausland liefert. Schließlich ist noch eine erhöhte Umsatzsteuer für Luxuswirtschaften (Kleidere Hotels, Bars, Dienstleistungen usw.) vorgesehen. Für in solchen Betrieben verbrauchte Speisen und Getränke sollen 5 bzw. 10 Prozent Umsatzsteuer gezahlt werden. Es ist das ein kleines Pfändchen, das für die große Masse der Bevölkerung, die natürlich den Zöllen ansetzt, die Umsatzsteuer tragen muß, schmerzhafte Wirkungen soll. Es ist eine oft gemachte Erfahrung, daß die Luxussteuern in der Regel heralisch wenig einbringen, so daß sie gewöhnlich nichts andres als Dekorationssätze sind. Die Hauptlast der drückenden Umsatzsteuer fällt mit ihrer ganzen Schwere auf die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die natürlich durch die Vertreibung aller ihrer Bedarfsartikel viel, viel schwerer getroffen wird als die bestehende Klasse.

Die Summe, die durch die Umsatzsteuer aufgebracht werden soll ist ungeheuerlich. Bisher war der Ertrag schon mit 4½ Milliarden in den Etat eingestellt. Es steht aber bereits fest, daß sie 7–8 Milliarden einbringen wird. Nach der Verdopplung des Steuersatzes und nach der vorgesehenen Ausdehnung der Steuer auf eingeführte Waren und Auslandserlöse rechnet man mit einem Ertrag von 21 Milliarden, nach einer andern Schätzung sogar von 25 Milliarden Mark. Also fällt ein Drittel der gesamten neuen Steuern in der Höhe von 80 Milliarden Mark soll allein durch die antikapitalistische Umsatzsteuer aufgebracht werden. Das eine derartige ungeheuerliche Belastung in Verbindung mit den übrigen Verbrauchssteuern geradezu katastrophale Wirkungen auf die Lebenshaltung der minderbemittelten Volkschichten ausüben muß, bedarf keines besonderen Nachweises.

Bei der Abschätzung der Wirkungen der vorgesehenen Steuern muß auch noch in Betracht gezogen werden, daß oft mehrere dieser Steuern einen Bedarfsartikel belasten. Greifen wir beispielhaft den Zucker heraus, so ergibt sich das folgende Bild: Zuerst wird die Zuckertaxe auf das Pfund Zucker von 7 auf 50 Pf. erhöht. Für die zur Herstellung des Zuckers benötigte Kohle wird der Satz der Kohlenssteuer von 20 auf 30 Prozent gesteigert. Dazu tritt die verdoppelte Umsatzsteuer, die beim Einfuhr der Zuckerrüben, bei der Lieferung des fertigen Fabrikats an den Großhändler, beim Verkauf an den Kleinhändler und schließlich beim Weiterverkauf an den Verbraucher, also wenigstens vier mal erhoben wird. Das ist eine ganz unglaublich hohe Belastung und Vertreibung eines wichtigen Volksnahrungsmittels, die sich in ähnlicher, wenn auch nicht immer so trauriger Weise auch bei andern wichtigen Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen wiederholt.

Alles in allem sollen die genannten indirekten Steuern, Verbrauchsabgaben und Zölle nicht weniger als rund 47 Milliarden Mark einbringen. Da der Gesamtbetrag der geplanten neuen Steuern auf 80 Milliarden Mark geschätzt wird, so ergibt sich daraus, daß die indirekten, vorwiegend die unteren Schichten des Volkes belastenden Steuern fast fünf Achtel der vorgesehenen Steuern ausmachen. Diese Gegenüberstellung kennzeichnet zur Genüge den Geist dieser Steuergesetzgebung. Sie zeigt der arbeitenden Bevölkerung, welches Schicksal ihreswartet, wenn es ihr nicht gelingt, diesen Steueraufzug abzuwehren.

## Die Oppauer Tragödie vor dem Reichstage.

Berlin, 28. September.

p. Das Grauen über die ungeheure Tragödie von Oppau schlich heute durch das Plenum des Reichstages. Auf dem „Tisch des Hauses“ lagen Stücke des unheimlichen Stoffes, dessen auftretende Explosion im Morgengrauen des 21. Septembers ein halbes Tausend Arbeiter zerstörte und eine riesige Produktionsstätte modernster Art zu einer greulichen Trümmerstätte verwandelte. Ausgebreite Photgraphien zeigten die zermalmende Wucht der Explosion.

Auf der Tagesordnung standen die Interpellationen und Anträge, die zur Aufklärung dieser Katastrophe, zur Abwehr von Wiederholungen und zur Unterstützung der Opfer eingebrochen worden sind. Die USPD fordert neben der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die sofortige Vorlage eines Notgesetzes, das die Renten aus der Sozialversicherung entsprechend der Geldentwertung erhöht, damit die Opfer von Oppau und die Leidtragenden früherer größerer und kleinerer Katastrophen auf dem Schlachtfeld der Arbeit eine wirkliche Hilfe erhalten können. Die Rechtssozialisten begnügen sich mit einem Provisorium. Sie verlangen keine durchgreifende gesetzliche Regelung, sondern beschränken sich auf die Anfrage, ob die Regierung gewillt sei, den Geschädigten eine erste Hilfe aus öffentlichen Mitteln zu gewähren und festzustellen, wie derartige Unglücksfälle verhindert werden können. Die Kommunisten fordern ebenfalls eine Unter-

stützung und wollen den einzelnen Unternehmer durch ein Sondergesetz für die im Betriebe erfolgten Unfälle finanziell haftbar machen.

Der Rechtssozialist Bräuer verwies bei der Begründung der Interpellation seiner Partei darauf, daß Explosions der in Oppau verarbeiteten Materialien während des Krieges schon öfter vorgefallen seien, die Überraschung der Werksleitung also nicht echt sein kann. Das Unheil sei auch diesmal nicht ohne vorherige Anzeichen gekommen. Neuerlich eingeführte veränderte Arbeitsmethoden, geänderte Sprengweisen, das selbst in diesem gefährlichen Betrieb bestehende Prämienystem bei der Lohnberechnung, — alle diese Dinge müßten als Ursache des Unglücks bei der Untersuchung mit in Betracht gezogen werden. Der Redner fordert das Verbot der Verarbeitung jener explodierten Stoffe und das Unterwerthen der davon noch vorhandenen 8000 Tonnen, so lange die Ursache der Explosion nicht festgestellt sei.

Der Arbeitsminister Dr. Brauns wies mit Eisern darauf hin, daß nach dem Unglück von der Regierung alles getan werden sei, was von ihr billigerweise verlangt werden könne. Er teilte mit, daß die chemisch-technische Reichsanstalt bei einer jetzt vorgenommenen Prüfung der in Oppau verarbeiteten Stoffe und ihrer Behandlungsarten keine Aussicht der Unglücksursachen gebracht habe. Der Einschlag eines Untersuchungsausschusses widersetzt sich die Regierung nicht. Der Minister gab zu, daß die Veränderung der Einlagerung und des Transportes der verarbeiteten Rohstoffe möglicherweise die Veranschlagung zu der Explosion gegeben haben können. Zur Hilfeleistung an die Opfer erscheint ihm neben den freiwilligen Zuwendungen die Sozial- und Unfallversicherung als ausreichend.

Die bürgerlichen Redner ergingen sich in billigen sentimentalischen Reden. Frisch und scharf hingegen rückt Genosse Schwarze als Redner der USPD den Dingen auf den Leib. Er ergänzte die Darlegungen Bräuers über die wahrscheinlichen Ursachen des Massenunglücks durch neues Material. Er protestierte gegen die Reden der Regierungsmänner am Grabe der Opfer. Denn diese Reden erklären den Massenmord von Oppau als das Ergebnis von „Naturgewalten“. Trotz der Erklärung des Arbeitsministers, es sei die Verarbeitung der gefährlichen Stoffe sofort eingestellt worden, bestreite die Gefahr weiterer Explosions. Erst dieser Tage habe der Generaldirektor des Unglückswerkes der Arbeiterschaft kundgetan: „Neue, gefährliche Aufgaben, die der Fabrik gestellt sind, müssen erfüllt werden!“ Kapitalistische Interessen schreiten über alle anderen Erwägungen hinweg: Während die Welt erschüttert die Kunde von Oppau vernahm, schnurten schon die kinematographischen Kurzelkästen, um aus dem gräßlichen Ereignis dem Filmkapital Gold zu holen. Wie wenig die jährligen Leistungen der Unfallversicherung ausreichen, den Opfern Hilfe zu bringen, zeigte unser Redner an Zahlen. Solange eine Wirtschaft besteht, in der der Raubbau aus persönlichem Profitinteresse geht, werden — so schloß unser Redner —, werden Arbeitskatastrophen nicht seltener werden.

Nach einigen Aussführungen Remmels von den Kommunisten wurde der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angenommen. Die Kommunisten hatten verlangt, daß der Ausschuss solle Techniker, Chemiker und andere für eine erfolgreiche Untersuchung notwendige Wissenschaftler zugleichen, die von den in Frage kommenden Arbeitern zu wählen sind. Dieser ausnahmsweise einmal vernünftige Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten niedergelegt. Juristische Sitten duldet wohl so etwas nicht?

Unser Antrag, der ein Notgebot zu sofortiger Erhöhung der Renten aus der Sozialversicherung fordert, kam zur weiteren Beratung an den sozialen Ausschuss.

## Die Regierungsbildung im Reich.

Im Reiche sowohl als auch in Preußen ist die Frage der Regierungsbildung bisher nicht weiter gediehen. Am vergangenen Dienstag haben die demokratischen Fraktionen des Reichs- und des Landtags zu der Regierungsbildungsfrage Stellung genommen. Zwar waren die Verhandlungen vertraulicher Natur. Dennoch sind das Berliner Tagblatt und die Volkszeitung in der Lage, nähere Einzelheiten mitzuteilen. Die Demokraten begrüßen den Beschluss von Göring aufs lebhafteste, da ihnen dadurch das Vertrauen in die vollständige politische Bedeutunglosigkeit noch um eine Zeitspanne erspart bleibt. Im Bunde mit der Stinnespartei glauben sie ihren Lebensabend um etwas verlängern zu können. Sie drängen zur Umbildung beider Regierungen, ferner aber, daß das Reichskabinett zugleich mit der preußischen Regierung umgebildet werde. Dies bedeutet einen Druck auf die Rechtssozialisten und das Zentrum, die verbreitete Koalition unter allen Umständen angesichts der Steuertage loszutun. Im Reiche zur Durchführung zu bringen.

Der Koalitionsbeschluß von Göring hat in der Zentrumspartei die bestehenden Gegensätze zwischen dem rechten und dem linken Flügel erneut verschärft. Der Zentrumsabgeordnete Joos beschwore in langen Ausführungen den preußischen Ministerpräsidenten, seinen Kollegen, sich an seine Laufbahn als Führer der christlichen Gewerkschaften zurückzuerinnern und von seiner extremen Rechtspolitik abzulassen. Es ist darob zu schaffen, dass die Auseinandersetzungen gekommen, zu denen jetzt auch Stegerwald seine Sichtung genommen hat. Er erklärte, daß er von Joos, nach der berühmten Methode, falsch verstanden worden sei und behauptete, daß die Grundsäße, die er seinerzeit anlässlich einer Rede in Essen aufgestellt habe, gerade durch den Göringer Parteitag als richtig bestätigt worden seien. „Wer hätte gewagt“, schreibt er, „in Essen zu prophezieren, daß zehn Monate später die „Partei des Proletariats“ um eine starke Politik im Reich und in Preußen zu erzielen, sich grundlegend mit der „Partei des Besitzes“ in eine politische Arbeiterschaft einsäßen würde?“

„Das nicht ein großer Schritt abwärts von den alten klassenpolitischen Auseinandersetzungen und vorwärts auf dem Weg zur Volkgemeinschaft? Ich glaube nicht unbedenklich zu sein, wenn ich die Meinung vertrete, daß ohne meinen Vortrag und ohne meine halbjährige Ministerpräsidentschaft wir heute noch nicht soweit wären.“

Als Herr Stegerwald nimmt für sich in Anspruch, den Rechtssozialisten erst den richtigen Weg gewiesen zu haben, nachdem er im Landtag von Hellmann und seinen Freunden in der entscheidenden Form bekämpft worden ist. Auch dieser Ausspruch ist ein charakteristisches Merkmal für die „taktische Wendung“, die die rechtssozialistische Partei auf dem Parteitag in Göring vollzogen hat.

Die Regierungsbildung in Thüringen ist, soweit Meldungen vorliegen, über Auseinandersetzungen in der Presse noch nicht hinausgekommen. Das führende Thüringer Organ der Rechtssozialisten, Das Volk, fordert trotz Göring die Bildung einer sozialistischen Regierung, in die unter Umständen auch die Kommunisten aufgenommen werden sollen. Die Rechtssozialisten fordern „reale Garantien“ für ein „enges Zusammenarbeiten“, die sie freilich von den Thüringer Kommunisten schwierig erlangen werden. Das führende kommunistische Organ erklärt denn auch, daß von einer „aktiven Beteiligung“ in der Regierung keine Rede sein könne. „Das hieße“, schreibt die Neue Zeitung, „für uns Kommunisten alle Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes aufzugeben.“ Also die Grundsätze des revolutionären Klassenkampfes werden aufgegeben dann, wenn durch Einbeziehung der Kommunisten eine durchaus links orientierte Klassenregierung des Proletariats errichtet werden soll.

Die Führer der Kommunisten scheinen jedoch in dieser Frage nicht völlig einmütig zu sein, sie haben gelernt an den Schlägen, die ihnen allerorten erzielt worden sind, und so drückt sich denn in einem Aufruf der Roten Fahne der Göringer Komunisten, Otto Geithner, viel diplomatischer aus, indem er schreibt:

„In demselben Maße, wie Bayern zur Hochburg der Reaktion ausgebaut wurde, in demselben Maße muß Thüringen zu einer Machtposition für die Arbeiterschaft ausgebaut werden, die in den äußersten Grenzen der Möglichkeit den Kampf für den kommunistischen Sozialismus, für die Freiheit auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes aufnimmt. Auf des Spieles Seite werden wir unter Gaben bringen, nehmen die SPD. und USPD. unter Hilfe mit dem ehrlichen Willen, für die Arbeiterschaft und den Sozialismus zu wirken an, uns soll es recht sein!“

Es wird bei alledem nicht ohne Interesse sein, wie sich die Kommunisten anlässlich der Regierungsbildung, die bei Zusammentritt des Landtags am 6. Oktober erfolgen soll, verhalten werden. In der Grundsteuerfrage sind sie von den tatsächlichen Kommunisten desavouiert worden, demzufolge sollte auch die Stellung der Thüringer Kommunisten eine ganz andre sein. Jedoch die kommunistischen Gedankengänge sind unerforschlich. . .

**Zur Aussperrung in der chemischen Industrie.**

Über die Demonstration der höchsten und Gräfesheimer Arbeiterschaft am letzten Sonntag verbreiteten die Unternehmer Darstellungen, die mit den Tatsachen nicht im Einklang stehen, so daß selbst die Mitglieder der städtischen Behörden in Höchst aufgehen, daß die vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie gegebenen Darstellungen der Lage in wesentlichen Punkten unrichtig sei.

Das Wolffsche Bureau, das ja im wesentlichen die Interessen der Großen und Großindustrie vertritt, hält sich natürlich die Darlegung der Unternehmer zu verbreiten, die der Arbeiterschaft dagegen totzuwehren.

Wie aber verhalten sich die Dinge eigentlich?

Nach Bekanntwerden der Katastrophe in Oppau, die so tiefe Opfer gefordert hat und den Arbeitern in der chemischen Industrie die Gefahren ihres Gewerbes auf neue Zeitepoche, wurde auch in der Belegschaft der Farbwerke der Gedanke an neue heile Arbeit wie schlecht die niedrige Entlohnung zu der gefährlichen Arbeit paßt. Zu gleicher Zeit wurde aber auch bekannt, daß ein ehemaliger Oberleutnant namens Müller die Neuordnung gebrauchte: „Es ist ganz gut, daß wieder ein paar Proleten in die Lust gelassen sind, es sind noch genug da.“

Um Arbeitertat zur Rede gestellt, gab er zu, diese Redensart gebraucht zu haben, und er nahm sie „mit Bedauern“ zurück. Die Arbeiterschaft aber weiß, was sie von dem Bedauern eines solchen Ortschefs-Oberleutnants zu halten hat und verlangte seine sofortige Entlassung. Der Arbeiterrat stellte auch den gleichen Antrag bei der Direktion, die die Entlassung unterdessen schon vorgenommen hatte. Die Arbeiterschaft aber glaubte, daß dieser Mann in einer andern Firma der J. G. Beschäftigung finden würde. Eine große Anzahl der Arbeiter zog darauf vor das Direktionsgebäude und verlangte Gewißheit, daß er in keiner der vorgenannten Firmen beschäftigt werde.

Bei dieser Gelegenheit verlangte man auch Aufklärung über die Art der Versetzung des in der Bilanz zu Unterstützungszielen der Arbeit aufgeführten Betrages von zwölf Millionen Mark. Eine Kommission wurde beauftragt, darüber mit der Leitung des Werkes zu verhandeln, um aus diesem Fonds eine Beihilfe oder Unterstützung zu gewähren. Nach mehrstündigem Verhandlung im Befehl des Regierungspräsidenten, Landrat Zimmermann, sowie zwei Beigedachten wurde das Zugeständnis gemacht, daß für die ledigen Arbeiter bis zu 500 Mark nach Bedürftigkeit und 1200 M. für die Verheirateten, sowie für jedes Kind 150 M. gezahlt werden sollten, und zwar, nach der Erklärung des Gehältnisse Hauses, ohne Rücksicht auf den Zwang der Verhältnisse. Die Arbeiterschaft war mit diesem Zugeständnis zufrieden und begab sich zur Arbeit. Am darauffolgenden Tage war Ruhe im Werk eingetreten mit Ausnahme einiger Zwischenfälle der ledigen Arbeiter, die aber von dem Arbeiterrat und dem Betriebsrätemärsörper geschlichtet wurden. Am Nachmittag herrschte vollständig Ruhe auf dem Werke, ebenso an dem darauffolgenden Samstag.

Zu diesem Kapitel sagt ein Bericht, den die Leitung der ausgesperrten Arbeiter veröffentlicht, folgendes:

Schon bei Einführung der Aktionstage zeigte sich, daß die Direktion der Farbwerke es darauf angelegt hatte, die Arbeiterschaft zu provozieren. Obwohl zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber vereinbart war, daß Aktionarbeit ausgeführt werden müsse, Prämienarbeit aber auf freier Vereinbarung beruhe, versuchte die Direktion die Arbeiter zu zwingen, Prämienarbeit zu leisten. In der Sitzung des Schlüttungsausschusses in Frankfurt a. M., die zu dieser Frage Stellung zu nehmen hatte, gelangte der Gauler der Farbwerkerbandes schon zu der Überzeugung, daß die Unternehmer eine Säuberung des Betriebes planten, und brachte dies auch in dieser Sitzung unverblümmt zum Ausdruck. Während sich das obige Kurs der Mark im Auslande und die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel gingen sprunghaft in die Höhe. Die Farbwerke veröffentlichten zu dieser Frage Stellung zu dem Bericht der Arbeiterschaft der Farbwerke, in dem die Arbeiterschaft der Farbwerke aus der Bilanz herausgezogen hätten. Im Jahre vorher waren zu demselben Zwecke schon vier Millionen Mark zur Verfügung gestellt, davon aber nur eine Million verbraucht worden, so daß alles in allem die Gesamtsumme von 12 Millionen Mark für die Arbeiterversicherungswerte zur Verfügung standen. Nicht nur die Arbeiterschaft der Farbwerke, sondern die Arbeiter anderer Werke waren so gut wie der Arbeiterrat der Meinung, daß diese Summe, oder wenigstens ein Teil dieser Summe an die Arbeiter verteilt werden würde. Dem war aber nicht so. Die Direktion machte bald darauf durch Anschlag der Belegschaft bekannt, daß nur die Jäten eines halben Jahres zur Unterstützung an bedürftige Arbeiter freigegeben würden. Diese 300 000 M. wurden einem Verwaltungsausschuss unterstellt, der zusammengelegt sein mußte aus fünf Arbeitern, die zwölf Dienstjahre hinter sich hatten, einem Schriftführer von den freigestellten Mitgliedern des Betriebsrates und einem Vorstand, den die Direktion ernannte. Das letzte Wort bei allen bewilligten Unterstützungen behielt sich die Direktion vor. Auf diesen Anschlag hin kamen die Arbeiter in Scharen, um Unterstützungsanträge zu stellen. Sie waren im guten Rechte, weil sie durchweg alle Unterstützungsbedürftig sind. Diese Tatsache wird durch einen Ausspruch des Generaldirektors des Werkes, Herrn Geithner, bestätigt, der während einer Befreiung mit Mitgliedern des Betriebsrates feststellte, daß die Arbeiter des Werkes mit 1½ Millionen Mark an das Werk verschuldet sind. Nach einigen Tagen erhielt jedoch ein zweiter Anschlag, der den Begriff „durchgängig“ klarlegte. Nach Aufforderung der Direktion waren nur solche Arbeiter berechtigt, Unterstützungsanträge zu stellen, die durch längere Krankheit, Armut, oder Todestag in der Familie in übergroße Not geraten waren. Die Unterstützungen, die gezahlt wurden, standen jedoch in keinem Verhältnis zu der Not, die in den meisten Fällen zutage trat. Diese Enttäuschung blieb bei der Arbeiterschaft nicht ohne aufreizende Wirkung. Diese Wirkung wurde noch verstärkt durch den kleinlichen Standpunkt der Direktion, den sie in der Frage der Kartoffelbelieferung der Belegschaft eingenommen hatte.

Die Arbeiterschaft bat die Direktion gebeten, ihr Kartoffel zur Einlagerung zur Verfügung zu stellen und die Bezahlung dafür zu übernehmen. Die Direktion wollte zunächst nur die Hälfte der zu liefernden Kartoffeln übernehmen, während die andere Hälfte erst im kommenden Frühjahr geliefert werden sollte.

Nun macht die Unternehmerorganisation ein großes Geschrei in der Welt über die angeblichen Unruhen. Hier muß darauf hingewiesen werden, daß abgesehen von einer zerstörten Fensterscheibe, nichts geschehen ist. Die in den Verhandlungen von der Direktion gemachten Zugeständnisse wurden widergesetzt, und

troßdem der Arbeiterrat bat, seinen Vertrauensmännerkörper erst informieren zu dürfen, um durch Gewährleistung von Ruhe und Ordnung die Stilleitung des Werkes zu verhindern, erfolgte schon in derselben Nacht die Schließung des Werkes und die fristlose Entlassung der gesamten Belegschaft. In Oppau beinahe 2000 Arbeiter tot und verwundet, in Höchst zu derselben Zeit 12 000 Arbeiter brodeln auf der Straße. Eine Brutalität der Kapitalisten, gegenüber der die Demonstration der Arbeiter wie Kinder spielerisch anmutet. Die Arbeiterschaft hat den ihr hingeworfenen Schandebrand aufgehoben und ist ernstlich gewillt, sich nicht eine Zuchthausordnung auszutüpfeln zu lassen. Es sieht für jeden Kündigen fest, daß die Demonstration ein willommener Anlaß für die Unternehmer war, das langersehnte Ziel, eine Sanierung der Belegschaft von allen der Direktion nicht genehmigen Elementen vorzunehmen, endlich zur Ausführung bringen zu können. Die Arbeiterschaft wird das zu verhindern wissen.

Wie verlautet, sind Anknüpfungspunkte zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen bereits vorhanden und ist abzuwarten, wie sich die Angelegenheit weiter entwickelet. Die von den arbeitslosen Arbeitern der Fabrik gewählte Leitung hat im Vereine mit dem Arbeiterrat die Zügel fest in der Hand. Es herrscht gute Stimmung und Zuversicht in der Masse.

Mittwochabend fand eine Versammlung der gesamten Ausgesparten statt, in der Bericht über die gegenwärtige Lage erstatzt wurde. Die Ausgesparten verhalten sich ruhig, es ist nirgends zu Aufrührungen gekommen.

## Poehner und die Deutschnationalen.

Über die Wirtschaft der monarchistischen Gewaltspolitiker in Bayern ist schon manches bekannt geworden. Eine Eiterbeule an dem System Poehner platzt nach der andern und verbreitet einen bestialischen Gestank über den fahrbartischen „Musterstaat“. Dass Poehner völlig in dem Solde der Deutschnationalen stand, darüber bringt der Münchner Korrespondent der Berliner Volkszeitung einen gravierenden Material. Er schreibt:

„Die Wut der deutschnationalen Herrschäften über das allgemeine Ablösen jener Parteien, die sie bisher teils durch Verfügung, teils durch offenen Terror in Bann gehalten haben, ist grenzenlos. Man kann ihnen das eine nicht bestreiten: Sie haben Energie entfaltet und haben es sich Geld kosten lassen; in die Presse allein sind von ihnen 35 Millionen Mark gekostet worden. (Natürlich die kleine Presse auf dem flachen Lande wurde überraschlich gespielt.) Jedoch das Allzuviel hat nicht gut geheißen; die Parforcepolitik hat den Deutschnationalen schließlich den Atem geraubt — und den andern die Augen geöffnet. Wenn man von reaktionärer Geheimbündelei in Bayern spricht, denkt man zunächst immer an die Organisation des Herrn Eherhart. Die Organi war aber infolge der Rebelligkeit ihres Managers nur die geäußerte Gründung; andre, von denen weniger verlautete, waren tatsächlich gefährlicher. Da war zunächst die Ode des Herrn Kanzler in Rosenheim, welcher in ständiger Verbindung mit den Kappisten Eherhart, Bauer, Bischoff und Pabst stand. Herr Kanzler war auch der Verbindungsoffizier für die stadtreaktionären Tiroler Heimatwehren. Die Zentrale aller dieser Unternehmungen bediente die Osthandelsgesellschaft im Münchner Ringhotel, welche mit Budapest, wo Oberst Bauer saß, Hand in Hand arbeitete. Das finanzielle Rückgrat jedoch bildete die Ortsgruppe des Kommerzienrates Jenk, an der in erster Linie die Herren Kommerzienrat Bödel, Justizrat Möhmer und Kommerzienrat Rannengässer beteiligt waren. Diese Institution zählte der politischen Polizei des Herrn Poehner beträchtliche monatliche Subsidien. Das sind nur ein paar kleine Andeutungen; jedesfalls werden im Laufe der nächsten Wochen noch allerhand Eiterbeulen platzten. Schon heute herrscht in den „nationalen“ Kreisen Münchens eine grobe Nervosität; denn mancher hat mitgemacht und Geld hergegeben, ohne sich dabei viel zu denken und steht nun heute, wo das wahre Gesetz dieser ganz parallel laufenden und vielfach miteinander verschlochenen Bewegungen aufzugehen trifft, arg in der Bredouille.“

Wir werden demzufolge noch manches zu gewärtigen haben und es ist schließlich verständlich, wenn Herr Poehner bestrebt ist, in den letzten Stunden seiner Herrschaft noch manches zu dem allzu belastenden Materials beizutragen.

## Zum Schutze des Mörders.

Das Ergebnis im Falle Sny.

Wie die von den Berliner Gewerkschaften eingeholte Kommission, die die näheren Umstände bei der Erschießung des Kommunisten Sny im Berliner Polizeipräsidium prüfen sollte, nun mehr bekanntigt, sind ihre bisherigen Bemühungen, Sühne zu erlangen, erfolglos geblieben. Der von der Kommission aufgesuchte Untersuchungsrichter und der zuständige Staatsanwalt konnten positive Mitteilungen nicht machen, wie die gleichen Stellen es als fraglich bezeichneten, ob gegen den Polizeibeamten Jannike, der befürchtlich Sny erschossen hat, überhaupt Anklage erhoben werden wird, da Jannike durch den heimlichen Schiehertrag gedeckt sei.

Nicht minder interessant ist der Bericht der Kommission über ihren Besuch beim Polizeipräsidenten Richter. Im Polizeipräsidium wurde ihr bedeckt, daß eine Anklage gegen Jannike nicht in Frage komme. Jannike sei allerdings verfehlt worden, aber nicht vielleicht zur Strafe, sondern zu seinem eigenen Schutz.

Wann wäre in Deutschland ein Arbeitermörder schon je der gerechten Strafe verfallen? Bei allen diesen Fällen zögerte sich die Justiz, wie hier auch der Berliner Polizeipräsident, als Schützling des Mörders. Aber was soll man dazu sagen? Wolfgang Heine, ein Sozialist, freilich zweifelhafter Schattierung, deckt durch seinen berüchtigten Schiehertrag alle diese Bestrebungen.

## Zur Militarisierung der Polizei.

Amtlich wird mitgeteilt: Am Mittwoch fand im preußischen Ministerium des Innern eine Besprechung mit den Vertretern sämtlicher Polizeiverwaltungen des Reichs und Preußens über die letzte Note des Bierverbandes statt, die den Gegenstand schwerer Belästigung der beteiligten Beamtenchaft bildet. Diese hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß Reich und Staat einer starken Polizei bedürfen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zugunsten des Wiederaufbaues des Landes und zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen des Friedensvertrages. Nur dieses nichtmilitärische Ziel ist die jetzige Polizei zu dienen bestimmt. Jeder Eingriff in ihre Organisation würde ihrer Zusammenbruch bedeuten, die Beamtenchaft aufs schwerst schädlichen und Reich und Staat ihrer festesten Güten berauben.

Zu dieser amtlichen Kundgebung ist zu bemerken, daß in der letzten Zeit eine Reihe von Vorfällen bekanntgeworden sind, die mit der Behauptung, daß die Schutzpolizei ausschließlich nichtmilitärischen Zwecken diente, in Widerspruch stehen. Gerade in der letzten Zeit ist immer deutlicher das Verteilen aufzugehen, die Schupo straff militärisch zu organisieren, militärische Übungen haben wiederholt stattgefunden. Zusammenfassung und Ausbildung der Schutzpolizei haben ihr mehr und mehr den Charakter einer Wohlfahrtspolizei genommen. Die amtlichen Stellen, die diese Entwicklung gefördert und gebüdet haben, tragen die Verantwortung für die neuen Differenzen und für die Folgen, die sich daraus ergeben.

## Gefährdung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages?

Bonbon, 28. September. Daily Telegraph bringt unter der Überschrift: Der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in Gefahr ein Telegramm seines Neu-

yorker Berichterstattlers, in dem es heißt, die Washingtoner Korrespondenten der Neujorker Blätter seien einstimmig der Ansicht, daß wichtige Einflüsse die demokratische Opposition gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland fördern. Im Senat werde von Seiten der „unverhöhlten Republikaner“ behauptet, daß die Hand des vormaligen Präsidenten Wilson deutlich sichtbar werde. Präsident Wilson sei der Ansicht, daß der Besluß eines Sonderfriedens mit Deutschland die Alliierten im Sache lassen heiße und auch einen ernstlichen Vertrauensbruch bedeuten würde und daß die Ratifizierung daher abgelehnt werden müsse. Senator Williams, der — wie verlautet — bisher für den Sonderfrieden stimmen wollte, erklärte gestern plötzlich im Senat, daß jedes Uebereinkommen, das die Alliierten und Assoziierten der Vereinigten Staaten im Kriege unberücksichtigt lasse, eine schmachvolle und ruhmlose Nachschrift der amerikanischen Kriegsgeschichte sei. Senator King erklärte, der vorgeschlagene Friedensvertrag sei schlimmer als der Völkerbund und bedeute weitere Rüttungen.

Der Berichterstatter des Daily Telegraph meldet weiter, im amerikanischen Senat sei eine Mehrheit zugunsten des Sonderfriedens vorhanden. Es bestehe jedoch die Aussicht, daß, wenn sich der Widerstand der Demokraten verstärke, sich die Erörterungen bis in den November hinzögeln werden. Senator Lodge erklärte, daß eine Wiederherstellung der Friedensbeziehungen zu Deutschland unabdingt nötig sei und daß eine Verzögerung nur das vitale Werk des Wiederaufbaus der Welt hinausschieben würde.

Nach einer Neutermeldung aus Washington entschieden sich die demokratischen Senatoren in einer Zusammenkunft dahin, daß die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn nicht Gegenstand einer Parteiaktion bilden sollen, sondern daß es den einzelnen demokratischen Mitgliedern überlassen bleibe, ob sie den Tafelvotum abstimmen soll, bei der Abstimmung über die Ratifizierung nach ihrem eigenen Urteil zu handeln.

## Loucheur über das Abkommen von Wiesbaden.

Paris, 28. September. (Savas.) Der Ausschuß für die besetzten Gebiete trat heute zusammen und nahm die Mitteilungen Loucheurs über die Vereinbarungen von Wiesbaden entgegen. Loucheur wiederholte seine dem Finanzausschuss vor einigen Tagen gemachten Erklärungen und bemerkte dazu, daß die Franzosen das Recht der Wahl hätten und nicht gezwungen seien, die von Deutschland eingeschafften Baustoffe zu nehmen. Diese würden zum französischen Durchschnittspreise berechnet, der durch drei Persönlichkeiten, nämlich einen Franzosen, einen Deutschen und einem dritten, der von dem Präsidenten der Schweiz bezeichnet würde, bestimmt werden. Der dritte Sachverständige sollte jedoch nur vermitteln, falls sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden anderen ergeben sollten. Der Wert der gelieferten Baustoffe werde auf das Reparationskonto aufgeschrieben. Eine Art Einkaufsbureau würde in St. Quentin errichtet werden, wo alle Bestellungen von deutschen Waren zusammenlaufen sollten. Der Minister hofft, daß diese Vereinbarungen durch die deutsche Regierung zwischen dem 5. und 8. Oktober ratifiziert würden und vor Ablauf des Monats in Kraft treten könnten.

## Völkerbundrat und Oberschlesien.

London, 28. September. Evening Standard zufolge wird erwartet, daß die vier Mitglieder des Völkerbundsrates, denen die oberschlesische Frage unterbreitet worden war, binnen 14 Tagen ihren Bericht erläutern werden. Ihre Entscheidung wird wahrscheinlich in der Haupstadt zugunsten des Bestrebens Englands und Italiens ausfallen, das Industriegebiet Deutschland zu überlassen.

Genf, 29. September. Wie aus Völkerbundskreisen mitgeteilt wird, wurden mit der Unterzeichnung in Oberschlesien ein Schweizer und ein Tschechoslowake betraut. Beide Sachverständige sollen bereits wieder zurückgekehrt sein.

Nach einer Meldung aus Berlin beabsichtigt die deutsche Regierung, dem Völkerbund eine neue Note zu überreichen, die gründigt auf Material der wirtschaftlichen Verbünde, die Unterstützer Oberschlesiens nachweisen und die Überweisung Oberschlesiens an Deutschland fordern.

## Um die Auslandszulage.

Ratowitsch, 29. September. Gestern nachmittag wurden in Oppeln 10 Vertreter der oberösterreichischen Gewerkschaften, 5 Deutsche und 5 Polen, von der interalliierten Kommission empfangen, und war von den Generälen Verdon, de Marini und Sir Harold Stuart persönlich, um über den der interalliierten Kommission eingereichten Antrag auf Auszahlung einer sogenannten Auslandszulage in Höhe von 1500 M. für jeden Mann und einer besonderen Zulage von je 300 M. für Frau und Kind zu verhandeln. Zunächst begründete ein Vertreter der polnischen Gewerkschaften die Forderung der Arbeiter, darauf sprach ein Vertreter der deutschen Gewerkschaften, der an die der interalliierten Kommission schriftlich vorgelegten Anträgen anknüpfend die Verantwortlichkeit der interalliierten Kommission für den Aufstand, also für die durch den Aufstand entstandenen Schäden und Notstände schlichte und schließlich den Vorschlag machte, daß entweder die interalliierte Kommission die Auslandszulage aus eigenen Mitteln zahle oder aber die notwendigen Schritte tun solle, die Unternehmer und die Arbeiter zu Verhandlungen über die Zulage zu bringen. Der Vertreter der interalliierten Kommission erklärte, daß der interalliierten Kommission keine Mittel zur Verfügung ständen, daß sie aber warmes Interesse für die Forderungen der Arbeiter hätte und Verhandlungen über die Zulage zu beginnen.

Die Mörder Erzbergers in Dänemark?

Kopenhagen, 29. September. Die Kopenhagener Polizei ist gestern von der deutschen Polizei erachtet worden, festzustellen, ob sich die beiden Mörder Erzbergers, der Kaufmann Schulz und der Student Tillen, in Dänemark aufzuhalten. Dem Blatte Kopenhagen aufzufolge erhielten Verwandte des einen Mörders einen mit dem Kopenhagener Poststempel versehenen Brief des Mörders.

## Die Alliierten und die westungarische Frage.

London, 29. September. Rauter zufolge geht aus in London eingegangenen Meldungen hervor, daß die ungarische Regierung willens sei, dem auf Räumung des Burgenlandes gerichteten Ersten der Alliierten zu willfahren. Sollte jedoch die ungarische Regierung irreguläre Banden im Lande zurücklassen, so würden die Alliierten darauf bestehen, daß die Ungarn diese Banden nötigenfalls mit Gewalt vertreiben.

Paris, 29. September. (T.U.) Die Boisschafterkonferenz hat am Mittwoch eine Sitzung angehalten, in der sie Kenntnis von der Antwort der ungarischen Regierung nahm. Die Antwort erklärt, daß die ungarische Regierung zur Zeit im Begriffe stehe, ein direktes Abkommen mit Österreich zu treffen. Die Boisschafterkonferenz hat gegen ein solches direktes Abkommen zwischen Österreich und Ungarn nichts einzubringen unter der Voraussetzung,

dass die zur Räumung des Burgenlandes festgesetzten Daten innen gehalten werden. — Beziüglich Albaniens hat die Konferenz beschlossen, daß die Sachverständigen innerhalb einer Woche einen ausführlichen Bericht erläutern.

## Die Lage in Kleinasien.

Die Niederlage der Griechen in Anatolien wird nicht mehr bestritten. Allem Anschein nach sind die Türken unbekümmerte Herren von Eski-Eschir, und es hat den Anschein, als ob die Gewaltübernahme der Griechen bedeutend höher seien, als bisher gemeldet wurde. Sie befinden sich weiterhin auf dem Rückmarsch. Die beste Bekämpfung dafür findet man in der gewohnten Form der griechischen Heeresberichte, die von der Sprache Ludendorffs außerordentlich viel gelernt haben. Zu allem kommt heute die Nachricht, daß in Kleinasien der Winter bereits eingetreten sei, was für die rückläufige Bewegung, in der sich die Griechen befinden, von nicht geringem Einfluß sein wird. Durch die Katastrophe in Kleinasien haben die politischen Gegenseite in Griechenland einen außerordentlich scharfen Charakter angenommen. Der Matin meldet, daß regierungseinflüßliche Kundgebungen im ganzen Lande zu beobachten seien. In Athen soll ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik als Protest gegen die Fortschreibung des Krieges durchgeführt werden sein. Freilich ist der Matin eine sehr unsichere Quelle über die Lage in Griechenland, da wie bekannt, die Franzosen hinter Kemal Pascha stehen. Aber auch englische Blätter melden, daß Griechenland infolge des Zusammenbruchs der Front vor ersten inneren volkstümlichen Ereignissen steht. Die revolutionäre Bewegung dehnt sich schnell auf Städte und Dörfer aus. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß dem König Konstantin infolge seines Abenteuers in Kleinasien seine königlichen Rechte bald davontrümmern werden, und daß Venizelos, der einst bitter Gehäule, in Kürze die Städte Griechenlands von neuem betreten wird.

## Aufland fordert die Auslieferung Machnos.

Wie dem Osteuropäer aus Alpa gemeldet wird, haben Thälmann und Rakowski im Namen der russischen und der ukrainischen Sowjetrepublik eine Note an die rumänische Regierung gesetzt, in welcher festgestellt wird, daß der bekannte Bandenführer Machno am 28. August die beharabische Grenze in Begleitung seiner Anhänger überschritten habe, um auf rumänischem Gebiet Schuh zu suchen. Die beiden Sowjetrepubliken richten an die rumänische Regierung das formelle Erstaunen, Machno mit seinen Helferhelfern als gemeine Verbrecher auszuliefern.

## Die Kaszjabarden wieder in Tätschell.

Rom, 27. September. (T.U.) Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei in Modena wurden fünf Kaszjabarden getötet. Der tschechische Abg. Vicinti wurde schwer verwundet. In Ottomuro in Apulien fand aus nichtiger Ursache ein schwerer Zusammenstoß zwischen Kaszjabarden und Sozialisten statt, bei dem es zwei Tote und achtzehn Schwerverletzte gab.

Augano, 28. September. (T.U.) Der von Kaszjabarden verwundete sozialistische Abgeordnete di Bagno ist keinen Verleumdungen erlegen. Sämtliche sozialistischen Abgeordneten sowie der Kammerpräsident de Nicola werden an dem Begräbnis teilnehmen. — Der Generalstreik hat sich auf ganz Apulien ausgedehnt.

## Die Missißipps in der Vorstadt von Messina.

Paris, 27. September. (DA) Nach Meldungen, die aus Oran eingegangen sind, ist es einem starken Trupp Missißipps gelungen, in einen Vorort von Messina einzudringen. Sie töten einige südländische Einwohner und plünderten deren Bäckerei. Nach Meldungen spanischer Gefangener, die den Cabrios entflohen konnten, verfügen die Cabrios über reichlich Munition und zahlreiche Maschinengewehre. Ihre Geschüsse sind dagegen in schlechtem Zustand.

## Der Sturz der deutschen Mark.

Es kosteten in Berlin	1. 7. 14	24. 9. 21	26. 9. 21	28. 9. 21
	Mark			
1 amerikanischer Dollar	4.12	108.70	117.38	120.87
1 englisches Pfund Sterling	20.43	406.55	428.05	478.—
100 holländische Gulden	160.00	3456.50	3621.35	4070.00
100 schwedische Kronen	112.50	2402.55	2527.45	2902.00
100 Schweizer Franken	81.00	1878.10	1908.—	2182.80
100 französische Franken	81.00	776.70	820.15	898.10
100 belgische Franken	81.00	780.20	828.65	891.60
100 italienische Lire	81.00	449.05	478.50	516.95
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	8.98	7.88	7.88
100 tschech.-slowakische Kronen	—	122.10	122.85	128.35
100 ungarische Kronen	—	16.43	17.23	17.98

## Bon Mah und Fern.

Ein großes Pariser Warenhaus in Flammen.

Paris, 29. September. (T.U.) Mittwoch früh gegen acht Uhr entstand durch Selbstentzündung in dem im Jahre 1906 erbauten Warenhaus „Printemps“ ein Brand. Das Feuer landete in den ausgestellten Waren reiche Nahrung und nur den größten Auslastungen gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beenden und die in den angrenzenden Gebäuden untergebrachten Waren zu retten. Gegen elf Uhr starzte der prächtige Bau in sich zusammen. Der Sachschaden wird, soweit er zu übersehen ist, fünfzig bis siebzig Millionen Franc

# USPD. Groß-Leipzig

**Liebertwolkwitz** Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr, im Schwarzen Zimmer: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht, Referent: Gen. Schirmer. 2. Die bevorstehende Gemeinderatswahl. 3. Elternratswahl. 4. Vereinsangelegenheiten. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Mitgliede zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Wiederholung** Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr, im Neuen Rathaus (Bornfessel): Halbjahrs - Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisor. 2. Bericht der Gemeindervertreter. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. 4. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

## Sport- u. Körperpflege

### Turn-Vereine

**Leipzig** Turn- u. Sportverein Ede. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus. Zimmer Nr. 9. Vereins-Quartiersversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreichen Besuch der Mitglieder. Der Hauptvorstand. Sonnabend, den 1. Oktober, abends 18 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 2, Vereinstunions-Abteilung. Der Obige.

**J. C. Urania 04.** Sonnabend, den 1. Oktober 1921, pünktlich 8 Uhr, Konzert-Versammlung im Restaurant Gutshof, 2 Stötteritz, Sommerfelder Straße. Wichtigste Tagesordnung: Vollzähliges Er scheinen ist Pflicht. Nichterdienstlichen wird bestraft. — Spiel auslauß-Sitzungen finden jeden Dienstag statt.

### Arbeiter-Schwimm-Verein

**Arb.-Schwimmverein Leipzig e. V.** Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, Allgemeine Funktionssitzung im Volkshaus. — Wichtigste Tagesordnung: Das Erscheinen eines Funktionärs ist Pflicht. Kreisvertreter haben ebenfalls zu erscheinen. Der Vorstand.

### Geners

Nr. 61501

## Billige Lebensmittel

Durch gröhere Abschlüsse sind wir auch diese Woche noch in der Lage, unterer Kundshaft folgende Preise einzuräumen:

### Ia Schmalz Pfd. 16.50

### Tafelmargarine

frische, wohl schmeckende Ware

Pfund-Würfel

14.00 13.00 12.00 und 10.95

Kendrich, Rappelstraße 10.

Gellerhausen, Billowstraße 41.

### Odrichs Lebensmittel-Zentrale

Rabet 34

ist beliebt durch seine gute, preiswerte Ware. Ein Versuch lohnt.



### Ohne jede Konkurrenz

### 1 Doppel-Waggon

ca. 3000 Rüsten

Prachtvolle goldgelbe

Kieler Fette

## Bücklinge

treffen heute mittag ein.  
Rüste, 5 Pfund Inhalt:

**26 Mark.**

Bei 4 Rüsten 25.50 Mr.  
Größere Rüsten Rüste 25.00 Mr.

Großer Verband nach auswärts.

Blutfrischer, fetter

### Gold-Barsch

ohne Kopf.

### Prima Norweger Voll-Heringe

Pfund 1.00-1.50 Mr.

Originaltonnen von 200/220 Pfund Inhalt

150/250 Mr.

### Fette Neue Matjes-Heringe

Pfund 3.00-4.00 Mr.

Originaltonnen zum billigsten Lagespreis.

Gösch-Marken und Dolarbinen billigst.



## Herren-, Burschen- und Knaben-Konfektion zu alten billigen Preisen

Herren-Anzüge moderne Stoffe in guter Verarbeitung ..... 750- 650- 550- 400- 350-

Burschen-Anzüge mod. Passons, gute Stoffe und Zutaten ..... 550- 450- 350- 250-

Ein Posten Reichs-Anzüge nur grössere Nummern ..... 175-

Herren-Ulster aus modernsten haltbaren Stoffen ..... 650- 495- 150- 750- 700- 650-

Burschen-Ulster gute Stoffe, moderne Passons ..... 500- 375- 150- 600- 500- 400-

### Für Knaben

Pyaks Ulster von 80- an Schlüpfer von 120- an von 180- an

## Konsum-Verein

Leipzig-Plagwitz

Durch besonderen günstigen Einkauf ist es mir gelungen einen grösseren Posten

## Emaillewaren

trotz anhaltender Steigerung ganz billig zum Verkauf zu bringen

Einige Beispiele meiner Leistungsfähigkeit:

Masch.-Töpfe, grau, blau	18 cm 12.50	Kaffeeflaschen	8.50	8.50
Schmortöpfe	24 cm 15.50	Kaffeekannen	11.50	9.75
Schlüsselkästen	24 cm 4.95	Durchschläge	7.50	6.50
Milchkrüge, grau	5.95	Konsole, gestanzt	10.75	
Essenträger	18 cm 12.50	Kehrschaufeln	7.50	

Besichtigen Sie unbedingt das Spezialfenster!

Eisenbahnstr. 83 **HAUS UND HERD** Eisenbahnstr. 83

Größtes Spezialgeschäft des Ostens — Telefon 60358.

## Rucksäcke

Direkter Verkauf ab Fabrik!

Beste Qualitätsarbeit

Lederriemen Eigene solide Fabrikate

Karl Blaich Windmühlenstr. 32

Tauhaer Str. 16.

## Warum kaufen Sie la Offenbacher Lederwaren so vorteilhaft und billig im Etagen-Geschäft

## feiner Offenbacher Lederwaren

M. Jacob, Leipzig, Körnerstraße 29, II., Ecke Zeitzer Straße

Weil Ihnen die vollständige Ersparnis der Personal- und Ladenspesen zugute kommt.

Reiche Auswahl in Dametaschen, Brieftaschen, Geldscheintaschen, Portemonnaies, Aktenmappen, Zigarren- und Zigaretten-Etuis.

Überzeugen Sie sich selbst davon und besichtigen Sie ohne Kaufzwang mein Lager. Geöffnet von 9-7 Uhr.



Ich hab's erkannt u. glaub es feste: Zum Putzen ist

## Urbin

das Beste!

Schuhputz "Urbin" überall zu beziehen!  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Zabriggler Zeichthaus Neumarkt 1  
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815

## Winterkartoffeln

offeriert in Ladungen und einzelnen Posten

**Oskar Winkler**

Leipzig, Markthalle, u. Reitzenhainer Str. 18b  
Telephon 10 029.

Ausverkauf in Zigarren, Zigaretten usw  
fabelhaft billig, zum Teil für die Hälfte des Wandpreises. Reihe Auswahl Einzelverkauf!  
Rich. Meyer, L.-Lindenau Kaiserstraße 1  
Gesamtumfrage

Streichfertige Del- und Latsfarbe  
in einer kaum vorstellbaren Qualität!

gleicht die geford. Breite sind maßgeb., sond. die Qualität Fußbodenfarbe in Farbenqualität kg 17,- M

Allerbestes Fabrikat und vollkommen leidfrei

Vorstreiche für Fußböden la Ware kg 14,- M

Weisse Emaille-Lackfarbe unsere reinweiße

Farbe für Türen, kg 26 MI

Dieselbe in grau, eisenbein u. weiß kg 26,- M. Vorstreiche-Del

farbe, weiß kg 17,- M. Wandfarbenfarbe, abwaschbar, brau

kg 12,- M, grau kg 17,- M. Latsfarben in d. Tonen kg 12-16

Leinölfirnis, garant. rein, doppelt geford

kein Verdünnt, kg 21,- M. Bleiweiß in Del, garantiert rein kg 18,- M

Fußboden-Stauböl, hell und hell gerichtet, kg 10,- M

erner sämtliche Lacks, Del- und Latsfarbenfirnis

neben, kein Rost, kein grünlicher Verarbeitung

Beste Trockenfarbe und Haltbarkeit! Spezialgeschäft für Farben und Lacke

Kühnert & Co., jetzt Peterssteinweg 18

Herr E. Röwing in Görlitz schreibt: Reine

## Pispoli

Mitesser

wird durch Schmaulage von Obermeier's Medizinal  
besiegt.

Die Raddearbeit in Herde-Creme besonders zu empfehlen. Sie haben in allen Rostlöchern, Druck- und Vorfließen

Zurückgekehrt

## Dr. med. Kammler

Bayersche Straße 45

Telephon 7931

8-9, 2-11 G (außer Mittwoch nachmittag)

### Familien-Nachrichten

Am 28. September, normittags 11 Uhr, entstieß schnell und unerwartet, nach einem Dilett voll Mühe und Arbeit, mein lieber, guter Hatte, der treulose Vater seiner beiden Kinder, unter lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Meinenhöfster

### Alfred Thiel

im noch nicht vollendeten 31. Lebensjahr. In

seiner Trauer, Klarastraße 3

Mario Thiel geb. Dohmann  
nicht Kindern u. sämtl. Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Kleinschöherischen Friedhofes aus, statt.

Nach kurzem, aber schwerem Leiden verließ

heute nacht mein lieber, guter Mann, unter

treuloser, unvergesslicher Vater, Bruder,

Schwager und Onkel

Ernst Liebermann

im 47. Lebensjahr. In unerträglichem Weh

2. Lindenau (Lützner Straße 210).

den 28. September 1921

Elsa Liebermann geb. Schmidt

nicht Kindern,

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, mittags

12 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes aus, statt.

AN DER STADTLEITERIN

## Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Barometerstand	Windrichtung	Temperatur Celsius	Luftfeuchtigkeit prozent	Sonne	Niederschlag	Windstärke	Wetterzustand	Temperaturrekord am 28. September 1921
28. Sept. nachm. 2 U.	62,1	15,0	40	8	2	Sehr leicht	Heiter, veränderlich	Höchste Temperatur 16,2
28. Sept. abends 11 U.	62,5	6,5	87	80	2	Sehr stark	Teilweise Temperatur 1,0	Tiefste Temperatur 1,0
29. Sept. früh 7 Uhr	60,8	6,7	70	8	1	Sehr stark	Regenmenge in mm 0,0	Regenmenge in mm 0,0

Allgemeiner Wetterbericht: Vorwiegend fühl, nachts fall, veränderlich, fühlendes Barometer.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 29. September.

## Parlangelegenheiten.

Ortsverein Großzschocher. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Schule Frauenschulhausabend.

Sellerhausen. Sonnabend, den 1. Oktober, abends 1/2 Uhr, in der Krone, Wurzner Straße, wichtige Funktionärsitzung.

W. St. L. Mitglieder des Ortsvereins und der Jugend. Freitag, den 30. September, abends 1/2 Uhr, gemeinsame Sitzung in der Krone (Böttcher).

## Die Ankündigung des Roten Kuriers.

Die kommunistische Zeitung für Leipzig kündigt wieder einmal ihre großspurige Erneuerung an. Sie hat es schon sehr oft getan. Als das kommunistische Blättchen in Halle erschien, wurde großspurig verkündet, so an die 30 000 Abonnenten werde das Blatt sehr bald der Leipziger Volkszeitung abgenommen haben. Damit wurde es aber nichts, die Kommunisten hatten ihr ohnehin großes Mundwerk wieder einmal zu voll genommen, der Ableser von Halle hat es in ganz Westfalen nicht über 10 000 Abonnenten gebracht. Den Ruhm der kommunistischen Wählerei hatten die bürgerlichen Blätter, denen ein Teil der Leser zugetrieben wurde.

Als dann der Rote Kurier in Leipzig erschien, kündigte die Kommunisten erneut an: Jetzt geht es los! Jetzt wird das Blatt auf der Höhe sein. Die Mängel, die dem Kommunistenorgan in Halle angehaftet halten, sollten bei dem Leipziger Blatt wegfallen, es sollte viel, viel besser werden, als die dreimal oder zehnmal verschlissene Leipziger Volkszeitung. Was ist daraus geworden? Das Leipziger Blättchen blieb so langweilig, wie das halbseitige war, es hat noch keinen Menschen gegeben, der eine Nummer des Roten Kuriers bis zu Ende hätte lesen können, weil jeder über das Letzte einschläft; sogar die Kommunisten. Die Folge davon war: das Blättchen litt dauernd an Abonnentenschwund. Ein guter Teil der Leser des Kommunistenorgans ist auch jetzt wieder zu den bürgerlichen Zeitungen zurückgegangen.

Nun mehr versuchten die Kommunisten eine neue Rettungsaktion! Der Rote Kurier soll wieder einmal ausgebaut werden! Ein Aufruf des Roten Kuriers verkündet alles mögliche, er versucht sogar Leser nach echt kapitalistischer Reklamesucht mit dem Abbild des „neuen passenden Romans“ zu überreden. Wel Romanhelden dilekte er allerdings damit nicht fisichen. Mehr noch interessiert uns aber, daß der Rote Kurier wieder gegen die Leipziger Volkszeitung loszieht, der er nachagt: „So wurde dies einst stolze und blonde Schwert stumpf und schwartig“ — weil nämlich die L. V. den kommunistischen Trödelstram nicht mitgemacht hat.

Es wäre den Kommunisten sehr leicht gewesen, aus ihrer Zeitung ein stolzes, blankes Schwert zu schmieden, niemand hätte sie hindern können, ihr Blatt in der glanzvollsten Weise auszubauen. Warum haben sie nicht ein so mustergültiges Organ geschaffen? Sie hatten die Absichten dazu, sie hatten hauptsächlich Geld, die an der L. V. Kürsche Kritik übten, sie hatten hauptsächlich Geld von der Zentrale, aber der Rote Kurier blieb trotzdem ein unüberstreichliches Schlafmittel! Es gibt in ganz Deutschland kein Kommunistenblatt, das sich inhaltlich oder im Umfang seiner Verbreitung mit der Leipziger Volkszeitung messen könnte. Die Rote Fahne hat in ganz Deutschland nicht viel über 20 000, sicher keine 25 000 Abonnenten, vom Rote Kurier gar nicht zu reden. So brüsten sich z. B. die Kommunisten damit, daß sie in Leutzsch, ihrer Hochburg, der Leipziger Volkszeitung 1800 Abonnenten abgetrieben hätten. Jetzt hat der Rote Kurier in Leutzsch nicht mehr 400 Abonnenten. Der Rote Kurier kann sich überhaupt nur durch die Riesenzuschüsse aus Berlin halten, aus eigener Kraft war er nie lebensfähig.

Die galoppierende Abonnentenschwundsucht soll nun ein Wechsel in der Redaktion aufhalten. Ob Herr Wild gehaftet wird? Herr Elstrodt wird bleiben, weil er nach seinem eigenen Geständnis keinerlei Redakteurlöslichkeit ausübt. Nein hinzukommen wird Herr Dr. Rudolf Franz, der ehemalige Feuilletonredakteur der L. V., der bekanntlich bei der Spaltung im Herbst 1920 bereit war, keiner Partei anzugehören und in der Redaktion der L. V. zu bleiben. Neu hingegen kommt ferner Paul Böttcher, der erst vor einigen Wochen in die Zentrale der VKPD gewählt und nun schon wieder daraus entfernt wird. Böttcher kündigt sich im Rote Kurier in seiner üblichen grossspurigen, täppischen Art an. Er gibt der L. V. noch vor er seine erhabende Tätigkeit am Ende seiner Verbannung aufgenommen hat, den „dringenden Rat“ usw. Dabei faselt er davon, die L. V. habe einen angeblichen Zwiespalt in der VKPD konstatiert, die L. V. habe die Leser über die Situation in der VKPD „hingemogelt“. Dabei muß der Rote Kurier in der gleichen Nummer über den Austritt Hoffmanns und Däumigs aus der VKPD berichten; die Austritte werden „als völlig unmotivierter Schlag gegen die Partei“ empfunden. Nunmehr bestehen die Kommunisten aus folgenden Gruppen:

1. Die Moskauer: a) die Unentwegten: Remmels, Fröhlich;

b) die Abgefögten: Stoedler, Höller, Koenen.

2. Die Leviten: Leo, Matzahn.

3. Die Rausgeworfenen: Reich, Düwell, Geyer jun.

4. Die Ausgetreteten: H. Teuber, Marie Wadwitz.

5. Die Untergedachten: Jetkin, Plettner, Edaert, Braß, Borch, Seidemann.

6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geyer sen., Berthold, Eichhorn, Thomas, Fries.

7. Die Wildgewordenen: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

8. Die Verschollenen: Franz, Böttcher usw.

Trotzdem behauptet Böttcher, der Zwiespalt in der VKPD besteht nur in der Phantasie der L. V.! Uns schellt, daß Böttcher der richtige Mann ist, den Rote Kurier noch weiter herunterzubringen, wenn das noch möglich ist!

Die Situation hat sich geändert, die Arbeiter sind von dem kommunistischen Spül zum guten Teil geholt, deshalb der Bank-

rott der Kommunistischen Partei und ihrer Zeitungen. Daraus ändern auch die großspurigen Ankündigungen des Roten Kuriers nichts!

## Aus der Stadtverordnetenversammlung vom 28. September.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende, Genosse Seeger, bei Verlehung der Registranze u. a. die ablehnende Antwort des Rates, eine

## Verschiebung des Wahltermins

vorzunehmen, bekannt.

Genosse Liebmann beantragte dazu, „das Kollegium wolle auf seinem Beschlüsse bestehen bleiben und anhören: den Vorsitzender des Kollegiums beantragen, gestützt auf Paragraph 68, Ziffer 4, der Revidierten Städteordnung gegen die Festsetzung des Wahltermins auf den 12. November Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft zu erheben, weil durch diesen frühzeitigen Wahltermin die Interessen der Stadtgemeinde schwer geschädigt werden“.

Gegen 19 Stimmen wurde der Antrag angenommen, obgleich Herr Junck noch einmal die Behauptung aufstellte, die „Überhastete“ Einverleibung bediene eine Schädigung der Stadt und der Gemeinden.

Eine Eingabe des Mieterverbands wegen der Mietssteigerungen und der Umbildung des Einigungsamtes machte Genosse Krüger zur Kenntnis.

Die Beratung der Tagesordnung begann mit der Erledigung einer Anzahl Eingaben. Genosse Pfleg berichtete über eine solche von einem Verein aus Kleinzschocher, die die Freigabe des Schloßparks in Kleinzschocher verlangten. Es wurde be-

## Die Welle der Zeuerung

steigt höher und höher. Totales sieht die Reichsregierung dem Treiben der Spekulanten und Wucherer zu. Inzwischen wird aber

## an den neuen Steuervorlagen

gearbeitet, die im Oktober dem Reichstag zugehen werden, und die eine

## neue schwere Belastung

der arbeitenden Bevölkerung bringen. Wir stehen deshalb vor den schwersten Kämpfen, da die Besiegenden sich weigern,

## die Lasten des verlorenen Krieges

zu tragen.

In dieser Periode der politischen Hochspannung brauchen die Arbeiter, Angestellten, Beamten, alle Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung eine Zeitung, die sich bewährt hat als Führerin, die den Massen den richtigen Weg zeigt, den sie in dieser Zeit zu gehen haben. Ein solches Blatt ist die L. V. den kommunistischen Trödelstram nicht mitgemacht hat.

Es wäre den Kommunisten sehr leicht gewesen, aus ihrer Zeitung ein stolzes, blankes Schwert zu schmieden, niemand hätte sie hindern können, ihr Blatt in der glanzvollsten Weise auszubauen. Warum haben sie nicht ein so mustergültiges Organ geschaffen? Sie hatten die Absichten dazu, sie hatten hauptsächlich Geld, die an der L. V. Kürsche Kritik übten, sie hatten hauptsächlich Geld von der Zentrale, aber der Rote Kurier blieb trotzdem ein unüberstreichliches Schlafmittel! Es gibt in ganz Deutschland kein Kommunistenblatt, das sich inhaltlich oder im Umfang seiner Verbreitung mit der Leipziger Volkszeitung messen könnte. Die Rote Fahne hat in ganz Deutschland nicht viel über 20 000, sicher keine 25 000 Abonnenten, vom Rote Kurier gar nicht zu reden. So brüsten sich z. B. die Kommunisten damit, daß sie in Leutzsch, ihrer Hochburg, der Leipziger Volkszeitung 1800 Abonnenten abgetrieben hätten. Jetzt hat der Rote Kurier in Leutzsch nicht mehr 400 Abonnenten. Der Rote Kurier kann sich überhaupt nur durch die Riesenzuschüsse aus Berlin halten, aus eigener Kraft war er nie lebensfähig.

Die galoppierende Abonnentenschwundsucht soll nun ein Wechsel in der Redaktion aufhalten. Ob Herr Wild gehaftet wird? Herr Elstrodt wird bleiben, weil er nach seinem eigenen Geständnis keinerlei Redakteurlöslichkeit ausübt. Nein hinzukommen wird Herr Dr. Rudolf Franz, der ehemalige Feuilletonredakteur der L. V., der bekanntlich bei der Spaltung im Herbst 1920 bereit war, keiner Partei anzugehören und in der Redaktion der L. V. zu bleiben. Neu hingegen kommt ferner Paul Böttcher, der erst vor einigen Wochen in die Zentrale der VKPD gewählt und nun schon wieder daraus entfernt wird. Böttcher kündigt sich im Rote Kurier in seiner üblichen grossspurigen, täppischen Art an. Er gibt der L. V. noch vor er seine erhabende Tätigkeit am Ende seiner Verbannung aufgenommen hat, den „dringenden Rat“ usw. Dabei faselt er davon, die L. V. habe einen angeblichen Zwiespalt in der VKPD konstatiert, die L. V. habe die Leser über die Situation in der VKPD „hingemogelt“. Dabei muß der Rote Kurier in der gleichen Nummer über den Austritt Hoffmanns und Däumigs aus der VKPD berichten; die Austritte werden „als völlig unmotivierter Schlag gegen die Partei“ empfunden. Nunmehr bestehen die Kommunisten aus folgenden Gruppen:

1. Die Moskauer: a) die Unentwegten: Remmels, Fröhlich;

b) die Abgefögten: Stoedler, Höller, Koenen.

2. Die Leviten: Leo, Matzahn.

3. Die Rausgeworfenen: Reich, Düwell, Geyer jun.

4. Die Ausgetreteten: H. Teuber, Marie Wadwitz.

5. Die Untergedachten: Jetkin, Plettner, Edaert, Braß, Borch, Seidemann.

6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geyer sen., Berthold, Eichhorn, Thomas, Fries.

7. Die Wildgewordenen: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

8. Die Verschollenen: Franz, Böttcher usw.

Trotzdem behauptet Böttcher, der Zwiespalt in der VKPD besteht nur in der Phantasie der L. V.! Uns schellt, daß Böttcher der richtige Mann ist, den Rote Kurier noch weiter herunterzubringen, wenn das noch möglich ist!

Die Situation hat sich geändert, die Arbeiter sind von dem kommunistischen Spül zum guten Teil geholt, deshalb der Bank-

rott der Kommunistischen Partei und ihrer Zeitungen. Daraus ändern auch die großspurigen Ankündigungen des Roten Kuriers nichts!

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende, Genosse Seeger, bei Verlehung der Registranze u. a. die ablehnende Antwort des Rates, eine

## Verschiebung des Wahltermins

vorzunehmen, bekannt.

Genosse Liebmann beantragte dazu, „das Kollegium wolle auf seinem Beschlüsse bestehen bleiben und anhören: den Vorsitzender des Kollegiums beantragen, gestützt auf Paragraph 68, Ziffer 4, der Revidierten Städteordnung gegen die Festsetzung des Wahltermins auf den 12. November Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft zu erheben, weil durch diesen frühzeitigen Wahltermin die Interessen der Stadtgemeinde schwer geschädigt werden“.

Gegen 19 Stimmen wurde der Antrag angenommen, obgleich Herr Junck noch einmal die Behauptung aufstellte, die „Überhastete“ Einverleibung bediene eine Schädigung der Stadt und der Gemeinden.

Eine Eingabe des Mieterverbands wegen der Mietssteigerungen und der Umbildung des Einigungsamtes machte Genosse Krüger zur Kenntnis.

Die Beratung der Tagesordnung begann mit der Erledigung einer Anzahl Eingaben. Genosse Pfleg berichtete über eine solche von einem Verein aus Kleinzschocher, die die Freigabe des Schloßparks in Kleinzschocher verlangten. Es wurde be-

wert. Die Straßenbahnen verlangen ausreichende Löhne, angständige Behandlung und eine menschenwürdige Arbeitszeit und überlassen den Titel- und Beamtenkoller ruhig den Schüllingen der Herren Börner und Sauer.

Die Wahlen zum Sachsischen Gemeinderat brachten einen Protest der Demokratien gegen die Vorschläge des Ausschusses. Es war beschlossen, 1 Unabhängige, 1 Mehrheitssozialisten und 3 Bürgerliche zu delegieren. Dagegen wandte sich Herr Junck, der für die Bürgerlichen vier Vertreter verlangte, für die Unabhängigen fünf und für die Rechtssozialisten einen, da sonst die Partei verletzt werde.

Genosse Schieb ermordete ihm, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich für die sozialistischen Parteien entschieden habe. Wenn der Rat bei der Wahl seiner Delegierten dem nicht Rechnung trage, habe das Stadtratskollegium sie nicht, die vom Rat verfechte Partei wieder herstellen. Da die Genossen Schilling auf die Delegation verzichte, sei die USP bereit, sich mit fünf Delegierten zu begnügen, um dadurch den Rechtssozialisten einen zweiten Sitz zu überlassen.

Bei der Abstimmung versuchte Herr Junck ein Mandat, das zunächst den bürgerlichen Parteien vier Mandate sichern sollte. Er schlug vor, über vier Bürgerliche, einen Rechtssozialisten und vier Unabhängige abstimmen zu lassen, dann wäre beim zehnten Mandat Stimmabstimmung zwischen den Rechtssozialisten und den unabhängigen Kandidaten notwendig geworden. Auf diesen demokratischen Wunsch trocken aber die Sozialdemokraten nicht. Auf Antrag des Genossen Liebmann wurde zunächst über fünf Unabhängige, einen Rechtssozialisten und drei Bürgerliche abgestimmt, nachher erfolgte Stimmabstimmung zwischen einem Demokraten und einem Rechtssozialisten, wobei der Demokrat unterlag. Gewählt wurden von den Unabhängigen: John, Krüger, Liebmann, Dr. Popl, Scheib, Stellvertreter Freitag; von den Rechtssozialisten Kressin, Bauerfeld, Stellvertreter Frau Höner; von den Bürgerlichen Dr. Kunath, Dr. Jeremias, Ritter.

Die Trostlosigkeit unserer Finanzlage kam recht deutlich zum Ausdruck bei der Ablehnung der Erhöhung des Zuschusses für die Deutsche Wirtschaft.

Es war verlangt worden, den Zuschuß von 115 000 auf 500 000 Mark zu erhöhen. Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß es der Stadt zur Zeit unmöglich sei, bei aller Würdigung der kulturellen Bedeutung der Deutschen Wirtschaft den Zuschuß zu erhöhen, da viel dringendere Bedürfnisse der Stadt kaum befriedigt werden könnten.

Eine Eingabe der

## Mieter des Ostheims

wurde dem Rat mit dem Ersuchen übergeben, mit dem Mieterrat zu verhandeln und die nötigen Reparaturen festzustellen und möglichst bald auszuführen zu lassen. Der Mieterständer Dr. Flechner konnte es dabei nicht unterlassen, den Rat gegen den Mieterrat schärf zu machen. Es liege kein Anlaß für ihn vor, den Mieterrat anzuerkennen, weil es keine gesetzliche Grundlage für denselben gäbe. Der Rat wird es hoffentlich vorziehen, sich nicht in die Kesseln zu sehen und die Hausbewohner hellese lassen.

Dass die Gegner der Regelarbeit keine Gelegenheit vorlieben lassen, ihre Wut über entgangene Profitmöglichkeiten zum Ausdruck zu bringen, zeigte sich wieder bei der Bewilligung von 6000 M. zur Erneuerung von 20 Fenstern im Ver

Eine Grabmalordnung ist für die städtischen Friedhöfe Leipzigs am 20. August 1921 erlassen worden. Jeder Friedhof muss ein mit Überlegung geflossenes, nach ersten künstlerischen Grundsätzen entworfenes Grabmälde sein und darf nicht dem Zwecke einer willkürlichen Anhäufung von Grabsteinen dienen. Jeder Grabhocker soll sich wegen des Grabstaudes dem Organismus des Friedhofes und dem Charakter der Abteilung dadurch anpassen, dass er sich bei der Wahl eines Grabstaudes den für die betreffende Abteilung gütigen Vorschriften unterwirft. Die Grabmalordnung ist in der Friedhofslasse, Stadthaus, Erdgeschoss, Zimmer 661, für 1 Mai läufig zu haben.

**Vollfest der Fichtegesellschaft.** Die Fichtegesellschaft feiert am 11. Oktober in Leipzig stattfindet, wobei von der Fichtegesellschaft in der Gastwirtschaft Waldeimer zu Böhl-Gehrenberg ein Vollfest veranstaltet werden, das nicht nur für die Tagungsteilnehmer bestimmt ist, sondern der Allgemeinheit zugänglich sein soll. (Eintrittskarten zu billigem Preis in der Kanzlei, Döllnitzring 17, III., Herren 3451, Geschäftzeit 9—1, 4—6 Uhr.) — Das Ziel und der Grundgedanke ist, nicht ein "Sonntagsnachmittagsvergnügen mit Tanz", nicht einen Rummel zu veranstalten, sondern ein wirklicher Fest zu bilden, in dem Stil ungefähr, der seit Jahren in der Jugendbewegung angebracht und ausgebildet worden ist. Es soll keine Veranstalter geben, die etwas "bieten" und seine Gäste, die bloß warten und aussehen, sondern es soll eine gemeinsame Freiheit sein, an deren Verschönerung jeder tätig mithilft, der kommt. Für die kleinen gibt es Spiele, Kaspertheater und mancherlei Überraschungen, für die Jungen außerdem sportliche Wettkämpfe, für die Erwachsenen ernste und heitere Theaterspiele, Tanzvorführungen und Verkaufsbuden mit guten Büchern in vollständlicher Kunst. Vollzüge werden getanzt, bei denen jeder mitmachen soll, der Lust hat. Das Fest beginnt 3 Uhr und endet 10 Uhr. Für Fahrgemessen ist georgt.

**Zeugen gesucht.** Am 14. August vorigen Jahres wurde in den Vormittagsstunden in der Reichenhainer Straße, nahe der Konsumvereinsfiliale, ein sechsjähriger Knabe von einem Dampfwalzenzug des städtischen Tiefbaums überfahren. Augenzeugen des Unfalls werden gebeten, bis bei dem Eater des Kindes, Reichenhainer Str. 65, S. III. L., zu melden.

Vom Auto angefahren wurde heute mittag in der Nähe des Hauptbahnhofs ein 9—10 Jahre altes Mädchen. Das Kind lief über den Damm, wobei es vom Auto angefahren, zu Boden geworfen und verletzt wurde. Das Mädchen wurde nach der Bahnhofs-Sanitätswache gebracht.

P. Schwerer Unfall im Zusammenstoß zweier Radfahrer! In der Einmündung der Dimpfel in die Steintiner Straße in Leipzig-Schönesfeld sind am 27. d. M., früh 7 Uhr, ein Fahrradmeister und ein Eisenbahnreiter mit ihren Fahrrädern so heilig zusammengestoßen, dass der Fahrradmeister dabei einen Schädelbruch und den Bruch eines Oberarms davontrug. Der Schwererleichter, der sofort Ausrufung im Krankenhaus St. Georg fand, soll mit seinem Fahrrad der Polizei wieder links gefahren sein. Die Untersuchung des Unfalls ist durch die Kriminalabteilung eingeleitet worden.

**Auslandsstelle für Auswandererberatung.** Das Institut für Auslandskunde und Auslandssichtum der "Deutschen Kultur-politischen Gesellschaft" in L. Höhne, Kreisbach-Karl-Straße 22, ist vom Reichswanderungsamt als "Gemeinnützige Auslandsstelle" für deutsche Aus- und Rückwanderung anerkannt worden und vermittelte in Verbindung mit der Leipziger Zweigstelle des Reichswanderungsamts Beratungsaufklärung und Beratung über die Hauptländer der deutschen Auswanderung. Der Besuch und die Beratungsstelle sind täglich von 8—5, Sonnabends von 8—4 Uhr geöffnet.

**Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.** Zu der heute, abends 1/2 Uhr, beginnenden Vorstellung Baumwoller Solnach im Alten Theater, können Karten noch im Hotel Victoria, Restaurant, entnommen werden.

#### Ebenenmittelfkalender für Freitag, den 30. September.

##### Für Haushaltungen.

**Ausgabe.** Hammesleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegsfürsorge ausgestellte Bezugskarten: Buchstaben W—Z von 9 bis 3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür. Pfund 5,80 Mk. Es erhalten bis zu 3 Körpe 2 Pfd. 4 und mehr Körpe 3 Pfd. Fleisch. Papier mitbringen.

##### Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeemplänger!

Ausgabe von Rindfleisch (kleine Schlachtung) das Pfund 5 Mk. vom 1.—15. Oktober täglich von 9—3 Uhr im Schlachthof, gegenüber dem Schauamt.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Eine deutschationale Runde.

Der Deutschnationalen Herzog hat am Sonntag in Annaberg eine Versammlung abgehalten und sich dabei u. a. auch über den Beschluss des rechtosocialistischen Görlitzer Parteitags und die Stellung der Deutschen Volkspartei geäußert. Er sagte nach den Berichten in der Reichspost:

Die Deutschnationalen könnten es nicht verstehen, dass die Deutsche Volkspartei auf diesen Plan einzugehen, zumal beide Parteien zusammen beste Aussichten auf einen gemeinsamen Erfolg gehabt hätten. Das alte, nunmehr fast dreißigjährige Übergewicht der Linken werde auch in dem Blod der Mitte deutlich bleibend. Im übrigen würden die Deutschnationalen Genehmigung für das Auswahlgesetz des Reichspräsidenten, sowie Bestäffungen und Garantien verlangen. Nicht einen Tag habe Dr. Weizsäcker als Staatsmann auf dem Kanzlerstuhl gesessen, er sei nur stets in die Arena des Parteikampfes getreten. Die Verbote der Sedan- und Lannenbergsfeierten, sowie der Regimentsstage bewiesen, dass die Regierung vom Geist unseres Volkes nichts versteht. Trotz aller Anfeindungen von oben und unten würden die Deutschnationalen weiterhin in entschlossener Front dastehen und eine Politik aus weite Sicht machen."

Dass die deutschnationalen Kampfhähne ihre aggressive Haltung aufzeigen würden, hat niemand erwartet. Aber etwas beobachteter sind die Herren in ihrer Kampfhandlung doch geworden nachdem sie gesehen haben, dass die Vermittlung ihrer monarchistischen Ideen an der vereinten Kraft der Arbeiterklasse eine unüberwindliche Schranke findet. Und wenn sie sich jetzt auf "eine Politik aus weite Sicht" einstellen, dann beweist das nur, dass sie an den großen "gemeinsamen Erfolg" der beiden Rechtsparteien selbst nicht so recht geglaubt haben. Ganz verkehrt wäre es aber aus dieser Resignation etwa den Schluss zu ziehen, dass der Görlitzer Beschluss die Erziehungsziele der Rechtsparteien moralisch gestört, oder gar die reaktionäre Fronte geschwächt hätte. Dies völlig unter der Fuchtel der Großindustriellen stehende Deutsche Volkspartei ist nicht weniger reaktionär und monarchistisch gesinn, wie die Deutschnationalen. Sie lieben es nur, aus gewissen Gründen ihre Ziele und Wünsche nicht gar zu offen zum Ausdruck zu bringen, weil sie glaubten, im früher besser tischen zu können. Wenn es gilt, zu entscheidenden politischen Fragen Stellung zu nehmen, werden die Stinkenssalaten die Mäuse fallen lassen, sich mit ihren natürlichen Verbündeten von ganz rechts zusammenfinden und auch die Phrase vom Schuh der Republik beiseite schieben. Dass die rechtosocialistischen Führer trotz aller hinter ihnen liegenden Erfahrungen den Görlitzer Beschluss fassen könnten, ist ein schwerer Schaden für die gesamte Arbeiterklasse. Denn dieser Beschluss ist zweifelhaft, die politisch klare Situation zu verschwelen. Er schwächt nicht die Reaktion, sondern durch die Verwirrung, die er anrichtet, die Geschlossenheit und damit die Stärke der Arbeiterklasse.

## Der Beschäftigungsgrad der sächsischen Industrie.

Der Verband Sächsischer Industrieller hat eine Umfrage über die wirtschaftliche Lage der sächsischen Industrie veranstaltet. Der Beschäftigungsgrad in der Industrie der Steine und Erden ist nach dem Ergebnis der Umfrage im allgemeinen nicht bedeckt. Die Metallindustrie hat in letzter Zeit einige Verbesserung erfahren, teilweise infolge Sintflut der Mark. Die Verarbeitung der Rohstoffe und die Lohnhöhungen haben diese Auftragseingang gefördert. Dagegen klagen die Eisenacheren über schlechte Beschäftigung, ebenso die Aluminiumwarenfabriken, die wegen der hohen Einfuhrzölle nach dem Ausland kaum noch ein Geschäft abschließen können. Die Augustiner drückt auf den Umfang in der Uhren- und Automobil- und Kettner-Industrie. In der Maschinen- und Motorenindustrie macht sich Preisdruckerei bemerkbar. Auch lassen die Auftragseingänge teilweise nach. Die Seifen- und Parfümerie-Industrie ist nach wie vor gut beschäftigt. In der Textilindustrie hat sich das Geschäft seit Unterzeichnung des London Ultimatums von Woche zu Woche belebt. Die Webereien, Webereien und Spinnereien sind teilweise ausgezeichnet beschäftigt. Die günstige Gewerkschaftsregelung der Steuern und Traktorenindustrie hat wohl ihren Grund darin, dass Nordamerika für diese Artikel eine Zoll erhöhung beabsichtigt und man sich dort noch billig eindecken will. Im Inland ist das Geschäft nicht so bedeutend. Die Spinnereien sind gegenwärtig ebenfalls gut beschäftigt, da die Mode ihre Erzeugnisse begünstigt. Im allgemeinen laufen die Aufträge aber nur bis Ende dieses Jahres. Die Papierindustrie liegt daneben, auch macht sich hier Kohlenmangel bemerkbar. Die Spielwarenindustrie hat wenige Aufträge aus dem Ausland und muhrt Betriebsbeschränkungen vornehmen. Die Schokoladen- und Butterwarenfabriken können kaum genug Waren herstellen, um nur den Inlandsbedarf zu befriedigen. Dem Beauerelgewerbe geht es finanziell gut, doch ist vielleicht ein Rückgang wegen der Preis- und Steuererhöhung zu erwarten, ebenso im Tabakgewerbe, das zur Zeit auch flott zu tun hat. Die Industrie der künstlichen Blumen hat gut zu tun, da Amerika mit fürstenlieben grohe Aufträge gegeben hat, um sich vor Zoll erhöhung noch einzudecken.

**Dresden.** Eine Kassette mit 42000 Mk. Bargeld und mehreren Sparlappenbüchern schwänzte ein Mann, der sich als Gerichtsbeamter ausgab, einer Witwe in Dresden ab. Der Gauner konnte bisher nicht ermittelt werden. — Amtlich wird mitgeteilt: Die Angaben in einem Teil der Presse über die Meutelei im Waldheimer Buchhause entsprechen nicht allenfalls den Tatsachen. Politische Bewegungen und Gewerbevereine haben hier keine Rolle gespielt, politische Verbrecher waren nicht beteiligt. Es handelt sich lediglich um einen Ausbruchsvorfall von Meutern, die durch einige Nadelstühler verhekt waren. Verletzt wurde bei jenem Vorfall nur ein Flüchtling, der sich bereits wieder auf dem Wege der Besserung befindet.

**Bienenmühle.** Am 1. Oktober eröffnet die Sächsische Kraftwagenverwaltung den Betrieb auf der Unie Bienenmühle-Dippoldiswalde. In beiden Richtungen verkehren täglich je 2 Kraftwagen, einer vor- und einer nachmittags.

**Sokan i. E.** Ein Großfeuer zerstörte das sogenannte Bonnigut hier. Die Bewohner vermochten nur das Leben zu retten, die ganze Habe wurde ein Raub der Flammen.

**Riesa.** Von der Spätkartoffelernte des städtischen Rittergutes stehen 2500 Zentner zum Verkauf zur Verfügung. Davon sollen dem Armenhaus und dem Stadtkrankenhaus 500 Zentner überwiesen werden. Von den verbleibenden 2000 Zentnern sollen 1000 Zentner zu einem ermäßigten Preise den hilflosen Arbeitsinvaliden und Kleintrentnern abgegeben und 1000 Zentner zur späteren Abgabe an diese eingerichtet werden. Jedenfalls sollen keine Kartoffeln nach auswärts abgegeben werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Gegen Achtlunderttag und durchgehende Arbeitszeit bei den Behörden.

Wir teilen vor einigen Tagen mit, dass bei den Leipziger städtischen Behörden mit dem Plan umgegangen wird, die jetzige durchgehende Arbeitszeit durch Einführung einer längeren Mittagspause zu teilen, und wir hoffen daran die Bemerkung, dass dies wahrscheinlich nur die Vorbereitung zur beschäftigten Durchsetzung des Achtstundentages sein soll.

Wie recht wir damit hatten, zeigt eine Verfügung des Reichspostministeriums, aus der gleichzeitig ersichtlich ist, dass die Versuche in Leipzig die Folge einer zentralen Einwirkung sind. Die Verfügung ist in Nr. 33 des Amtsblattes des Reichspostministeriums abgedruckt worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

#### Verfügung.

Nr. 30. Erlass über die Regelung der Arbeitszeit der Beamten. Berlin, 20. September 1921.

Das Reichsministerium hat für die Regelung der Arbeitszeit der Reichsbeamten folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Jeder Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reichs zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig ohne Rücksicht auf eine festgelegte Dienststundenzahl zu erledigen.
2. Die Arbeit ist in der Regel an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 48 Stunden. Soweit der Dienst in höherer Dienstbereitschaft besteht, ist die Zeit von 48 Stunden entsprechend zu erhöhen.
3. Der Arbeit an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit ist die Teilnahme an Sitzungen, Besichtigungen und vergleichbarem gleichzuzählen. Soweit die Erledigung der Arbeit an der Dienststelle und in der vorgeschriebenen Tagesdienstzeit aus dienstlichen Gründen unzweckmäßig ist, kann eine anderweitige Regelung stattfinden.
4. Die Tagesdienstzeit wird von jeder Behörde nach Anhörung der Beamtenvertretungen festgesetzt. Die Tagesdienstzeit ist grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen; nur dort, wo aus drücklichen oder sachlichen Gründen solche Teilung unzweckmäßig erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden.
5. Für eine Überstreichung der achtstündigen Wocheidienstzeit kann eine Vergütung nicht gewährt werden; ein Ausgleich durch Dienstbelietzung zu andern Zeiten kann nachgelassen werden.
6. Es ist anzustreben, dass die Tagesdienstzeit der an einem Orte befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden gleichmäßig geregt wird.

Zur großen Not unseres Vaterlandes gilt es vor allem, das zerstörte Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. An diesem Ziele müssen die Verwaltungen des Reichs, nicht zum wenigsten die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, jede an ihrem Teile mit äußerster Kraftanstrengung mitarbeiten, und es erwächst jedem einzelnen unter uns die Pflicht, das Höchste zu leisten. Ich vertraue, dass angesichts des harten Zwanges der Tatsachen die Männer sowie alle anderen Angehörigen meines Verwaltungsbereichs einsatzfähig und mit dem altbewährten Pflicht感 die Durchführung der neuen Richtlinien durch Hingabe ihrer ganzen Arbeitskraft an den Dienst bereitwillig fördern werden.

Der Reichspostminister: Giesberts.

Daraus geht klar und deutlich hervor, dass der Achtstundentag das Ziel des Angriffs ist. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Körperschaften und die in Frage kommenden Gewerkschaften werden alles daran setzen müssen, diese Ansprüche abzuwenden. Es gilt zunächst dem Anfang zu wehren.

Aus Beamtenkreisen wird uns hierzu noch folgendes geschildert:

Tatsächlich wird schon seit einiger Zeit bei den verschiedenen Behörden hinter verschlossenen Türen über die Regelung der Arbeitszeit verhandelt. Das Personalamt beim Stadtrat hat sogar Rundschreiben an die staatlichen Behörden erlassen und angefragt, wie sich die "Herren Vorstände" der Behörden ntw. für eine durchbrochene Geschäftszzeit stellen und zu einer gemeinsamen Vereinbarung eingeladen. Das Resultat ist nicht bekanntgeworden.

Doch auch sogenannte "liebe Kinder" von den mittleren und höheren Beamten für eine geteilte Geschäftszzeit im Interesse der Herren Vorstände sind, bedarf wohl keiner Frage. Viele Beamte arbeiten schon jetzt ohne Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit von früh 4½ Uhr ununterbrochen bis nachmittags 5—6 Uhr, damit die Herren Vorstände — die hintenherum 2—3 Stunden zum Mittagessen weg waren — nicht allein sind.

Bei den Zuständigkeiten besteht sogar für die Herren Richter und Staatsanwälte eine Verordnung, die besagt, dass die Herren nur täglich — wenn nichts besonderes vorliegt — von 10 bis 1 Uhr im Dienstgebäude zu sein brauchen, die übrigen fünf Stunden sollen dieselben zu Hause arbeiten!!

Trotzdem stimmen die Herren mit wenig Ausnahmen für eine geteilte Geschäftszzeit, damit, wie schon oben erwähnt, wenn sie nachmittags nach Belieben nochmals in die Altbauten kommen, die "Untergebenen" arbeiten und sie nicht allein sind.

Da das Mittlere der durchgehenden Arbeitszeit wird aber nicht gedacht. Welche Unsummen verschlingen bei einer geteilten Geschäftszzeit die Heizung und Beleuchtung? Bleiben Kosten entlasten den Beamten ist die Faust nach ihrer Behausung?

Durch die stillen Arbeit der Herren Reaktionäre werden die Beamten müde und gefüllt gemacht. Den Beamten fehlt eben die gewerkschaftliche Disziplin und das Wissenslernungsrecht. Wenn es erst einmal soweit ist, ist vielleicht Hoffnung, etwas mehr "Leben" in die Beamtenfamilie zu bringen.

## Unverschämtheiten!

Die millionenschweren Buchdruckerunternehmen erlassen in der bürgerlichen Presse einen Artikel, der sich gegen den Teil der deutschen Buchdruckerschaft richtet, der den Abmachungen des Tarifamts die Zustimmung versagt hat. In der erbärmlichsten Weise wird von "unbotmäßigen Arbeiterschaften" gesprochen, die weitergehende Forderungen stellen. Mit steigendem Aufnahmeschlag wird verzerrt: "Dieses Vorgehen ist um des willen besonders bedauerlich, weil es zeigt, wie immer wieder tonangebende, unverantwortliche Elemente in den Versammlungen die mißlamine, unverantwortliche Elemente". Die Unternehmer möchten viel lieber haben, dass die Buchdrucker hübsch lügen.

Welche Rolle die Unternehmer den Gewerkschaftsführern zumuten, geht aus folgenden Sätzen hervor:

Das Schlimmste an diesen Vorgängen ist, dass sie ob. d. die unverantwortlichen Elemente (Ned. d. L. B.) anscheinend durch nicht hinreichend festes Auftreten der verantwortlichen Vertreter der Gehilfenorganisation begünstigt werden, die gehalten sind, dafür zu sorgen, dass Verträge, die sie selbst abgeschlossen haben auch ihrerseits gehalten und nicht durch aufsehenscheulende Verhandlungen über die Käufe der befonnenen Teile der Arbeiterschaft hinweg zu richten gewachsen.

Die Gewerkschaftsführer sollen sich also als moderne Sklavenhalter bezeichnen. Wir nehmen an, dass diese sich für diese unverschämten Summungen bedanken werden.

In einer vom Deutschen Buchdruckerverein (Gau Sachsen) angenommenen Entschließung wird ausgesprochen, dass die Unternehmer an den tariflichen Vereinbarungen festhalten und alle Versuche, weitergehende Forderungen durchzudrücken, mit allen Mitteln bekämpfen wollen.

Durch diese Drohung werden sich die Leipziger Buchdruckergerissen nicht abhalten lassen, alles zu tun, was notwendig ist, um ihre berechtigten Forderungen durchzuführen. Die Folgen, die sich möglicherweise daraus ergeben werden, fassen nicht den Buchdruckerhafen nur Last, sondern den jeden sozialen Verständnisses bilden Unternehmern.

## Streik in den Rauchwarenzulieferer- und Färberereien.

Die gesamte Arbeiterschaft der Rauchwarenzulieferer und Färberereien von Leipzig und Umgegend, sowie Markranstädt, Naumburg, Köthen, Schleiz und Jena sind heute in den Streik getreten. Die wochenlangen Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, dass die Zulieferer und Färberereien die Willigung der Arbeiterschaften, von der Erzielung höherer Preise seitens der Rauchwarenhändler, abhängig machen.

Wir ersuchen die Arbeiterschaft dieser Orte, die Streikenden dadurch zu unterstützen, dass auf den Streik in den Rauchwarenzulieferer- und Färberereien aufmerksam gemacht wird.

Deutscher Arbeiterschwerpunkt. Verband der Fabrikarbeiter.

## Lohnbewegung in der Röthenbranche und Weißwarenktion.

Am 31. August reichten wir an die Arbeitgeber neue Lohnforderungen in Höhe von 30 bis 40 Prozent auf die bisherigen Löhne ein. Die Verhandlungen, die zwischen beiden Parteien geführt wurden, brachten kein befriedigendes Resultat.

In einer überfälligen Versammlung nahmen die Beschäftigten am 27. September den Vertrag ihrer Lohnkommission entgegen. Ihr Unwillen über das mangelnde Entgegenkommen der Arbeitgeber zeigte sich, als mitgeteilt wurde, dass die "hohen" Löhne erst ab 12. Oktober in Kraft treten sollen. Das Angebot wurde glatt abgelehnt und die Verbandsleitung beantragt, sofort in neue Verhandlungen zu treten, um ein günstigeres Angebot zu erzielen. Die Versammlung, die am Donnerstag weitergeführt wird, soll endgültig über die weiteren Maßnahmen beschließen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Beschäftigten in der Röthenbranche und Weißwarenktion haben durch ihre Lohnkommission von dem Angebot der Arbeitgeber Kenntnis genommen. Sie erklärten aber, dass infolge der teuren Lebenshaltung keine Arbeiterin damit zufriedenge stellt ist. Die Versammlungen beantragten die Verbandsleitung, sofort neue Verhandlungen einzuleiten, und bis nächsten Donnerstag ein annehmbares Resultat zu erzielen."

## Deutscher Bekleid

# Wirtschaftliche Wochenrhein.

## Weltwirtschaftliche Zusammenhänge.

Das Fieberthermometer der deutschen Wirtschaft ist in den letzten Tagen wieder jäh in die Höhe gegangen, in eine noch niemals erreichte oder nur für möglich gehaltene Höhe. Nach dem Jähnen

Kursturz der deutschen Valuta, der im Gefolge der Zahlung der ersten Goldmilliarde erfolgte und den Dollar auf die nur einmal vorher erreichte Höhe von 108 bis 110 M. trieb, blieb der Dollar eine Zeitlang auf dieser Höhe stehen, ja lant sogar auf die Höffnungen hin, die sich an die Handlungen der Reichsregierung mit der Industrie über die Kredithilfe der Industrie anknüpften, vorübergehend bis auf 100 M. um freilich rasch wieder seine alte Höhe zu erreichen. Aber es war nur eine kurze Attempause: seit Ende der vergangenen Woche trieb die wildgewordene Valutaspekulation auf den deutschen Märkten den Dollar bis auf mehr als 124 M. hinauf und bisher vermag keine Gegenkraft dem wildesten Treiben der Spekulanten Einhalt zu tun, zumal da es sich auf sichere Faktoren stützen kann: nicht nur auf den weiteren Devisenbedarf des Reiches zur Zahlung der weiteren Reparationsverpflichtungen, sondern auch auf den ins Riesenhafte gestiegenen Devisen hunger aller Industrieketten, die ihre Rohstoffe vom Ausland beziehen. Das Streben der Unternehmer, sich die Devisen, deren sie zum Einkauf ausländischer Rohstoffe benötigen, so rasch als möglich zu beschaffen, ehe die Devisen sich noch weiter verteuern, ist vom kapitalistischen Standpunkt aus verständlich, zumal in einer Zeit steigender Konjunktur, in der die Industrie von der Angst der Verbraucher vor weiteren Preisseigerungen lebt, die sie zur raschen Deckung ihres Bedarfs antreibt. Über die Devisentäufe der Industrie deuten wieder einmal den tiefen Gegenstand zwischen privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen auf. Denn was für die Privatwirtschaft vorteilhaft sein mag, kann volkswirtschaftlich verdeckte Wirkungen zeitigen. Nicht nur, daß der Verbraucher von verhältnismäßig billigen Deviseneinkäufen der Industrie nicht den geringsten Vorteil haben werden, da die Preise sich nach den jeweiligen Rohstoffpreisen richten und nicht nach denen zur Zeit des Einkaufs, sind die überkritizierten Spekulationsentwicklungen der Industrie an Devisen nur dazu angestan, das Kursniveau der deutschen Mark noch weiter zu senken.

Der augenscheinliche Sturz der deutschen Valuta könnte überraschend scheinen, da gerade jetzt der

### Devisenbedarf des Reiches

nicht unmittelbar dringend scheint. Wie erinnerlich, vermöchte die Reichsregierung die erste Goldmilliarde nur zum Teil aus eigenen Gold- und Donsenbeständen zu zahlen, ein Betrag von 270 Goldmillionen mußte auf dem Kreditwege durch Vermittlung des holländischen Bankhauses Mendelsohn u. Co. beschafft werden — und es war bisher unbekannt geblieben, wann, mit welcher Vergütung und unter welchen Bedingungen die Rückzahlung zu erfolgen hat. Nunmehr wurde bekannt, daß der größte Teil jenes Betrags nur bis zum 30. September geliehen war. Gleichzeitig erfuhr man aber, daß es der Reichsbank durch Devisenauskäufe gelungen ist, den größten Teil der Ende September fällig werdenden Kredite zurückzuzahlen und daß der restliche Betrag von den Gläubigern prologiert (verlängert) wurde — bis wann und unter welchen Bedingungen, ist natürlich ebenfalls unbekannt geblieben, angeblich aber unter nicht ungünstigeren Bedingungen als bei der ersten Kreditaufnahme. Jedenfalls entspringen aus diesen Kreditoperationen augenblicklich keine Zahlungsverpflichtungen und ebenso wenig aus den weiteren Reparationsverpflichtungen. Die nächste Reparationsrate ist, wie aus den Bedingungen des Londoner Ultimatums hervorgeht, am 15. November fällig. Bis dahin hat Deutschland ein Viertel der jährlichen 28-prozentigen Ausfuhrabgabe zu zahlen. Schätzt man die deutsche Ausfuhr auf 5 Goldmilliarden jährlich, so beläuft sich die jährliche Ausfuhrabgabe auf 1300 Goldmillionen. Am 15. November wären demnach 325 Goldmillionen fällig — eine ungeheure schwere Belastung, wenn der ganze Betrag wirklich in Gold oder Devisen gezahlt werden müßte.

Nun ist aber zu bedenken daß, obwohl das Wiesbadener Abkommen noch nicht in Kraft getreten ist, das Reich auch bisher schon stattliche Sachleistungen leistet, vor allem durch seine Kohlenlieferungen. Nach einer Zusammenstellung der Frankfurter Zeitung wurde vom 1. Mai d. J. — dem Zeitpunkt, von dem an alle Leistungen Deutschlands auf seine jährlichen Zahlungsverpflichtungen angerechnet werden — bis Ende August geliefert: 3035 757 Tonnen Steinkohle, 1308 858 Tonnen Koks und 110 992 Tonnen Braunkohle. Den Betrag, der der Reichsregierung für diese Lieferungen auf ihre Reparationszahlungen angerechnet werden muß, schätzt die Frankfurter Zeitung auf mindestens 1½ Papiermilliarden. Schlägt man dazu die Kohlenlieferungen bis Mitte November, so ergibt sich, daß lediglich bei sehr ungünstiger Gestaltung des Markturtes ein erheblicher Teil der am 15. November fälligen Rate allein durch die Kohlenlieferungen abgezahlt erscheint und nur der verhältnismäßig kleine Rest in Devisen zu bezahlen sein wird.

Doch was bedeutet diese kleine Erleichterung neben der Tatsache, daß am 15. Januar 1922 500 Goldmillionen fällig werden, am 15. Februar bereits wieder ungefähr 325 Goldmillionen am 15. April weiter 500, am 15. Mai wieder 325 usw. usw. Wenn aber die Börse auf diese zukünftigen Schwierigkeiten bereits heute so heftig und für die deutsche Volkswirtschaft katastrophal reagiert, so werden wir näherliegende Gründe dafür suchen müssen. Und diese liegen zweifellos darin, daß keine der ungeheuren Aufgaben, vor denen Deutschland heute, am Tage seiner schwersten Reparationsverpflichtungen, seltner schwersten wirtschaftlichen Not steht, bisher irgendwie gelöst, ja auch nur ernsthaft in Angriff genommen wurde, und keine der Schwierigkeiten, die der Lösung dieser Aufgabe im Wege stehen und in der Natur der kapitalistischen Wirtschaft begründet sind, aus dem Wege geräumt werden konnte. Wo wir hinschauen, erblicken wir Probleme über Probleme, Aufgaben über Aufgaben, aber kein Finger erhebt sich zu ihrer Lösung, den schrecklichsten Zuständen gegenüber beharrt man in sträflicher Untätigkeit. Beginnen wir gleich bei der Valutamisere. Wir haben bereits einmal (in der Wirtschaftlichen Wochenrhein vom 15. d. M.), und selbst bürgerliche Zeitungen

haben öfters auf die Notwendigkeit verwiesen, wenigstens der wildwesten Valutaspekulation einen Damm zu setzen durch eine neuzeitliche

### Regelung des Devisenverkehrs.

Bisher ist nicht das geringste in dieser Richtung geschehen, ungestümt lobt sich die Profitzügler der gewisslos mit der Not der Volkswirtschaft Spekulierenden aus. Millionen und aber Millionen werden von diesen Schiebern in Tagen und Stunden verdient, aber nicht der leiseste Versuch wird gemacht, auch nur einen Bruchteil dieser volkswirtschaftlich gänzlich unberechtigten und schädlichen Niegengewinne steuerlich — durch eine scharfe Besteuerung der Devisenumsätze — zu erfassen.

Am 21. Juli erschien eine Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einführbewilligungen, die den schärfsten Beschuß machte, die Exporte zu verlassen, sich die Lieferungen ins Ausland statt in Mark in ausländischer Valuta bezahlen zu lassen und einen Teil der auf diese Weise ausgebrachten Devisen der Reichsbank zur Verfügung zu stellen. Was ist bisher geschehen? Auf dem Papier gibt es eine Ausfuhrregelung, mit deren Hilfe es dem Reich gelingen sollte, die Exportindustrie zur Fakturierung in ausländischer Währung und zur Absicherung der Devisen zu zwingen. Aber die Außenhandelsstellen, in deren Hände die Außenhandelsregelung gelegt ist und in denen die kapitalistischen Börsen selbst zum Gärtner gemacht wurden, zeigen bezeichnenderweise wenig Neigung, in diesem Sinne zu wirken. Alles was bisher geschehen ist, ist, daß einige Außenhandelsstellen paupierte Resolutionen gesetzt haben, in denen die Ausfuhrfirmen aufgefordert werden, „nach Möglichkeit“ alle Ausfuhrgeschäfte in ausländischer Währung abzuschließen und die Deviseneingänge aus diesen Geschäften abzuliefern. Man weiß, wie begrenzt die Möglichkeiten der Kapitalisten sind, wenn sie ihrem Profit zu widerlaufen. Mit welchem Eifer sich die Außenhandelsstellen ihrer dringlichen Aufgabe annehmen, dafür nur ein Beispiel: Der Ausschluß der Außenhandelsstellen für Elektrotechnik, die bekanntlich zu den ausschlaggebenden Ausfuhrindustrien gehört, beschloß in seiner Sitzung vom 28. d. M., daß ein gewisser Prozentsatz an Devisen von jedem Auslands geschäft abgeliefert werden soll. Über die Höhe des Prozentsatzes aber soll in der nächsten Sitzung eine Entscheidung getroffen werden, die erst Ende Oktober (!) stattfinden soll!

Und wie das Kapital in dieser verhältnismäßig geringfügigen Angelegenheit die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten sabotiert, so in den großen Aufgaben, die unser Staatswirtschaft gestellt sind. Anfang Mai wurde das Ultimatum angenommen. Von diesem Augenblick an war uns genau bekannt, wie groß unsere Verpflichtungen sind, und der Reichsregierung die Aufgabe gestellt, auch für die

### Ausbringung der Mittel,

soweit dies überhaupt in der Macht einer milhäm fortgesetzten Volkswirtschaft steht, zu sorgen. Tatsächlich wurde die ganze Schwere der Aufgabe auch sofort erkannt und der Reichsanziger kündigte mit lauter Stimme eine Reihe neuer tiefschneidender Steuern und mit erheblich leichter Stimme einen Eingriff in die Substanz der Sozialversicherung an. Seither sind fast fünf Monate verstrichen, in denen Verlauf bereits eine Goldmilliarde hat gezahlt werden müssen. Diese Kiesenaufgabe wurde geseztet, aber das Ausbringungsprogramm ist auch heute über die ersten Vorberichtigungsstadien nicht hinaus. Dafür dürfen nicht technische Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden, es ist vielmehr ein offenes Geheimnis, daß die Großbourgeoisie es bisher verstanden hat, den Machtkampf um die neuen Steuern zu verschleppen, um für ihre Sabotage Zeit zu gewinnen. Durch eine glänzende Regie, gegen die die Görtscher Regie der reine Waisenknabe ist, hat sie es verstanden, in dem Augenblick, indem im Gefolge der machtvollen antireaktionären Welle nach der Ermordung Erzbergers der Machtkampf sich zugunsten des Proletariats zu entscheiden drohte, das Steuer gänzlich herumzudrehen, indem sie — wie übrigens nach der letzten Darstellung Wirths feststeht, nicht aus eigener Initiative, sondern „angoregt“ vom Reichskanzler — „die Hilfe“ zur Erfüllung der nächsten Reparationsverpflichtungen anbot und sich bereit erklärte, an der Erfüllung unserer Verpflichtungen aktiv mitzuwirken, d. h. auf deutsch, wieder in die Regierung einzutreten. Das Manöver ist ihr glänzend gelungen. Die Rechtssozialisten sind ihr in Görtsch prompt darauf hereingefallen, für die Bourgeoisie ist ein neuer Aufschub und neue Kräfte im Machtkampf um die neue Lastenverteilung gewonnen

Dieselben Schwierigkeiten, wie im Inland selbst, stehen uns in unseren Beziehungen zur Entente

im Wege. Das Wiesbadener Abkommen zwischen der deutschen und der französischen Regierung — über das wir in unserer Wirtschaftlichen Wochenrhein am 8. d. M. ausführlich berichtet haben — das trotz seiner schweren Bedingungen für Deutschland doch eine wesentliche Erleichterung seiner drückenden Zahlungsverpflichtungen herbeiführte könnte, sollte ursprünglich am 1. Oktober in Kraft treten. Zugleich ist dieser Termin herangerückt, aber noch nicht einmal die zweite Zusammenkunft zwischen Außenau und Loucheur erfolgt, in der über die Nebenabkommen beraten werden sollen — eine Meldung spricht davon, daß sie auf den 5. oder 6. Oktober angesetzt ist —, und von der Ratifizierung des Abkommens durch die beiden Regierungen sind wir noch weit entfernt und von der zum Inkrafttreten notwendigen Bestätigung des Abkommens durch die Reparationskommission noch weiter.

Ebensowenig ist es bisher gelungen, eine Verständigung über die Sanctionsfrage zu erzielen. Noch immer ist die Streitfrage, ob die Überwachungskommission, die als Erfolg für die wirtschaftlichen Sanktionen eingesetzt werden soll, ein Votorecht gegen die Ein- und Ausfuhrverpflichtungen haben soll oder nur ein Kontrollrecht, und ob die Ein- und Ausfuhrbewilligungen ihr vor oder nach ihrer Erteilung vorgelegt werden müssen, nicht beigelegt, und solange dieser Schwebestand dauert, bleiben die unsre Wirtschaft schwer schädigenden Sanktionen aufrechterhalten, kann an eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in anderen Fragen, vor allem in der Sachleistungfrage, nicht gedacht werden.

Während aber die Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten über die Reparationsleistungen steht, werden die Kräfte von Tag zu Tag stärker, die mit zwingender Gewalt auf eine Verständigung hindringen. Der

### englische Kolonialminister Churchill,

nach Lord George, der augenscheinlich auf Krankenurlaub ist, die städtische Verhältnisse im englischen Kabinett, hat Ende der vergangenen Woche eine überaus bewertenswerte und bedeutsame Rede gehalten, die erkennen läßt, daß man sich in England des künftigen Zusammenhangs zwischen Reparationszahlungen, Kriegsschulden und Weltwirtschaft klar bewußt geworden ist, und wenigstens den Versuch machen will, die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, während in Frankreich Regierungsblätter, die ernst genommen werden wollen, wie der Temps, auf den Bankrott Deutschlands spekulieren und des kindlichen Glaubens sind auch daraus für die Alliierten Kapital schlagen zu können. Die Erkenntnis, zu der Churchill gekommen ist und die der englische Nationalökonom Keynes in seinen bekannten drei Artikeln in der Deutschen Allgemeinen Zeitung aufs klare herausgearbeitet hat, läuft auf nichts anderes hinaus, als auf eine Bestätigung dessen, was die internationalen Vertreter des Proletariats schon in Wien und Amsterdam klar erkannt und ausgesprochen haben, daß der durchbare Zusammenbruch der gesamten Weltwirtschaft durch den Krieg und durch die „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“, nämlich den alten kapitalistischen Gewalt- und Konkurrenzmitteln, nur auf Internationalismus Wege, durch eine Verständigung aller beteiligten Staaten, die sich über die alten, ungünstigen kapitalistischen Methoden hinwegsetzen müsse, weiter aufgemacht werden könnte. Diese Erkenntnis wurde von den kapitalistischen Machthabern bisher mißachtet, alle beharrten weiter auf ihrem Schein, Amerika vertrat in seiner kleinen Jurisdicition, ja sperrte sich durch seine neuesten, fast prohibitiv wirkenden Maßnahmen noch mehr als bisher von Europa ab, statt ihm die Hand zum Wiederaufstieg zu bieten, und konnte sich nicht dazu entschließen, die drückenden Schuldenlasten seiner Verbündeten auch nur um einen Dollar zu erschletern. Und noch denselben Muster verfuhr die europäischen Alliierten. Sie legten Deutschland drückende Zahlungsverpflichtungen auf, um ihre Kriegsschäden wieder gutzumachen und ihre Kriegsschulden zurückzahlen zu können und bemühten sich anderseits, sich durch Sanktionen und neue Zollgesetze von Deutschland abzusperren.

Und was war die Wirkung dieser gegenseitigen Kampfpolitik? Deutschland, das der schwächste und am schwierigsten gekroßene Partne in diesem frevelhaften Spiel ist, wurde hart an den Rand des Abgrundes getrieben. Seine Valuta, Währung und Staatswirtschaft wurden in einem zum Abgrund stürzenden Wirbel hineingerissen, seiner Arbeiterschaft droht ein Niedergang ihrer Lebenshaltung, der alle bisherigen Schrecken der Vergangenheit in den Schatten zu stellen droht. Aber nicht nur unsre Arbeiterschaft hat vor diesem Niedergang zu zittern, sondern die Arbeiterschaft und die Industrie der ganzen Welt. Denn Reparationsverpflichtungen, Zusammenbruch der Valuta und Verfolgung der Arbeiterschaft werden der deutschen Industrie im internationalen Konkurrenzkampf einen Vorprung verleihen, gegen den sich das Ausland verzweigt, aber vergeblich zur Wehr zu setzen verucht. Die Anfänge zu einer solchen Entwicklung sind heute nicht mehr zu übersehen. Das Lebensniveau der deutschen Arbeiterschaft ist bereits bedenklich im Sinken, anderseits aber beginnt sich die Konjunktur zu heben, als Industrien sind bis zum Ende ihrer freilich sehr stark gesunkenen Leistungsfähigkeit beschäftigt, die Zahl der Arbeitslosen ist auf 177 000 zurückgegangen.

In Westeuropa und Amerika aber wächst sich gerade jetzt das Arbeitslosenproblem zum Zentralproblem der ganzen Wirtschaftspolitik aus. In England ist der bisherige Zustand, daß die Regierung weder einen Finger zur Behebung der Arbeitslosigkeit rührte, noch den Erwerbslosen eine nennenswerte Unterstützung gewährte, sondern sie auf die Armenunterstützung durch die teilweise armen und leistungsunfähigen Gemeinden verließ, unzuhaltbar geworden. Nicht nur die Arbeitslosen, auch die am schwersten betroffenen Gemeinden ließen Sturm dagegen (es sei nur an die bekannten Vorgänge in Poplar erinnert) und schließlich nahm sich die Arbeiterpartei der Frage an und rückte der Regierung energisch an den Leib. Jetzt erst trat die Regierung aus ihrer Passivität heraus und ist daran, eine großzügige Aktion einzuleiten, deren Hauptziel nicht die Unterstützung der Erwerbslosen, sondern ihre Wiedereinordnung in das Wirtschaftsleben ist.

Aber es wird sich sehr bald herausstellen — und die Rede Churchills deutet auch bereits in diese Richtung — daß mit irgendwelchen kleinen Mitteln dieses schwere Problem nicht zu lösen ist, sondern daß England sich darauf gesetzt machen muß, entweder, wie eine englische Zeitung vorausagt, für die nächsten Jahren mehr als eine Million Arbeitslose zu ernähren, deren Unterhalt die Nation nicht weniger als 100 Millionen Pfund Sterling (nachzu 2 Milliarden Goldmark) kosten würde, oder alles daranzutun, daß mit der bisherigen Wirtschafts- und Reparationspolitik radikal gebrochen wird und neue Bahnen im Aufbau der Wirtschaft eingeschlagen werden. Die Aussichten dazu werden um so mehr wachsen, je höher auch den andern Staaten, vor allem Amerika und Frankreich, das Wasser an den Hals steigen wird. Auch dafür gibt es Vorbilder genug. Amerika hat noch immer fünf Millionen Arbeitslose, und wenn ihr Unterhalt in diesem sozialpolitisch zielstrebigen Lande auch noch nicht zum Problem geworden ist, lange kann es nicht mehr dauern, bis es auch dort zum Zentralproblem werden wird. Und in Frankreich zeigt der noch immer anhaltende Kiesentstreit in der nordfranzösischen Industrie, daß auch dieses Land immer mehr vor dieselbe Frage gestellt wird.

### Welches die

neuen Bahnen in der Wirtschaftspolitik werden sein müssen, dafür hat Churchill einige Andeutungen und Richtlinien gegeben, die als Augenblickslinie und Absichten der englischen Regierung nicht hoch genug eingestuft werden müssen. In knapper Zusammenfassung finden sie sich am Schlusse der kennschen Artikelserie, wo es heißt:

Die Regelung der interalliierten Schulden hängt auf das engste mit der Lösung der Reparationsfrage zusammen. Die Streichung der ersten würde einen Grund und eine Entschuldigung für eine vernünftige Verständigung über die letztere Frage abgeben. Anderseits läßt sich von Frankreich und Italien nicht erwarten, daß sie auf ihre eigenen vertragsmäßigen Rechte verzichten, ohne gleichzeitig von ihren eigenen vertragsmäßigen Verpflichtungen entbunden zu werden. Daher ist es meiner Ansicht nach unmöglich, die beiden Fragen getrennt voneinander zu lösen. Hier besteht übrigens auch ein Zusammenhang mit der Währungsfrage. Denn in Amerika hat die öffentliche Meinung lebhaft ganz mit Recht starken Widerwillen gegen Zusagen finanzieller Art zugunsten von Ländern gezeigt, die ihre Einkünfte aus Kriegsrüstungen verschwendet. Amerika sollte die Schulden der Alliierten nicht streichen, ohne Bedingungen daran zu knüpfen, und zu diesen Bedingungen sollte sowohl die Währung, wie eine vernünftige Verständigung mit Deutschland gehören.“

Für uns Sozialisten sind die Schlussfolgerungen von Keynes und Churchill, dem Theoretiker und Praktiker der kapitalistischen Wirtschaft, nichts anderes als das Eingeständnis, daß die kapitalistische Wirtschaft und die militärische Gewaltspolitik der kapitalistischen Staaten das schwerste Hemmnis zur Gesundung der Weltwirtschaft darstellen.

## Hunderl Prozent.

67] Von Upton Sinclair.  
Copyright by Der Malit-Verlag Berlin-Halensee 1921.  
LXXXVI.

Als Peter an diesem Tag in sein Bureau kam, fand er einen auf teurem und auffallendem Papier geschriebenen Brief vor. Der Umschlag zeigte eine hohe Frauenfront, und als Peter ihn öffnete, erschauerte er schier, denn er erblickte ein Wappen, darunter eine lateinische Inschrift und die Worte: „Gesellschaft der Töchter der amerikanischen Revolution“. Der Brief, von einem Sekretär geschrieben, teilte ihm mit, daß Frau Warring Sammne Herrn Peter Gudebitte, sie um drei Uhr nachmittags aufzubuchen. Peter studierte den Brief, zerbrach sich den Kopf darüber, was für eine Abart Rose Frau Warring Sammne sein könnte. Das Briefpapier, der vornehme Ton imponierten ihm aber Revolution war doch ein verbreitetes Wort, Frau Warring Sammne mußte gleich Frau Gott eine Salon-Rose sein.

Peter brachte den Brief Mr. Givens, fragte mißtrauisch: „Was ist das für eine rote Verschwörung?“

Mr. Givens las den Brief. „Rote Verschwörung? Was wollen Sie damit sagen?“

„Nun ja, die „Töchter der amerikanischen Revolution.“

Mrs. Givens blickte ihn an, um zu sehen, ob er scherze; da er jedoch bemerkte, Peter rede im Ernst, lachte er ihm ins Gesicht. „Sie Trottel!“ rief er. „Haben Sie denn nie etwas von der amerikanischen Revolution gehört? Wissen Sie nicht, was der vierte Juli bedeutet?“

In diesem Augenblick Klingelte das Telefon. Mr. Givens schob Peter den Brief zu, meinte: „Frage Sie Ihre Frau.“ Als Gladys heimkam, gab ihr Peter den Brief und sie wurde äußerst aufgeregt. Durch sie erfuhr Peter, Frau Warring Sammne sei eine der vornehmsten Damen der Gesellschaft in American-City und die amerikanische Revolution, deren Tochter sie sich nannte, sei eine vollkommen respektable Revolution gewesen, die sich vor langer Zeit ereignet hatte. Die besten Leute gehörten dieser Gesellschaft an, es war gelegentlich und sogar vornehm, diese Inschrift auf Briefpapier zu haben. Peter müsse sofort seine besten Kleider anziehen, dem Sekretär telefonieren, er komme mit Freuden Frau Warring Sammnes Aufforderung nach. Inzwischen müsse Peter noch einiges studieren. Vor allem die gesellschaftliche Liste: „Wer ist, wer in American-City“, außerdem die Geschichte Amerikas, wo er die Unabhängigkeitserklärung lesen und den Unterschied zwischen einer Revolution, die vor langer Zeit gewesen ist, und einer, die jetzt ist, lernen sollte.

So suchte denn Peter die große Dame in ihrem grauen Steinpalast auf und fand sie ebenso prächtig wie Frau Gott, bloß mit dem Unterschied, daß sie keinen Augenblick ihre Stellung vergaß. Sie beging nicht den Fehler, Peter als Ihresgleichen zu behandeln, und Peter dachte auch nicht daran, daß er für immer in ihrem Heim bleiben möchte. Sie erklärte Peter, sie habe von seinem Vortrag gehört, wünsche, er solle bei der „Vereinigung der arbeitsunfähigen Veteranen“, deren Patronesse sie sei, den Vortrag wiederholen. Peter, von Gladys instruiert, sagte, er werde dies gerne als Erfüllung einer patriotischen Pflicht tun. Frau Warring Sammnes dankte ihm im Namen des ganzen Landes und versprach ihm, den Tag des Vortrags mitzutunellen.

Peter lebte heim, und Gladys schnitt ein Gesicht, da sie befürchtete, der Vortrag solle vor gemeinen Soldaten in irgendeiner Halle gehalten werden. Sie hatte gehofft, die „Töchter der Revolution“ wollten ihn hören, und das Ganze würde in Frau Warring Sammnes Palast stattfinden. Aber schon der Umstand, daß Peter Frau Warring Sammnes Aufmerksamkeit erregt hatte, war ein Triumph. Gladys tröstete sich rasch, erzählte Peter Anekdoten aus Frau Warring Sammnes Leben; man erfährt so allerlei in Moniture-Salons.

Gladys war gütig gestimmt und redete mit Peter über ihn selbst. Sie hatten eine Höhe erreichten, von der aus man die Vergangenheit als Ganzes überblicken konnte; in der Vertrautheit und Intimität ihrer ehelichen Geschäftskontakt vermittelten sie aus ihren Herzmündern Rätseln zu ziehen, die Zukunft welche zu planen. Peter habe viele Fehler begangen, das müsse er doch zugeben. Peter gab es zu. Dennoch, fuhr Gladys fort, habe er tapfer gekämpft und es sei ihm gelungen, den größten Segen des Lebens zu erringen; die Hilfe einer guten und klugen Frau. Dies betonte Gladys ganz besonders, und Peter stimmte ihr bei. Er stimmte auch bei, da sie erklärte, es sei die Pflicht einer guten und klugen Frau, den Gatten auf der Lebensstelle zu behüten, ihn vor den Fallen zu schützen, die ihm hinterlistige Feinde stellen. Peter, der bittere Erfahrungen gemacht habe, werde nicht mehr einem hübschen Gesicht nachlaufen und am Morgen mit leeren Taschen erwachen. Auch hier stimmte Peter bei. Allmählich, während Gladys sprach, erkannte er, der Triumph seines Lebens sei einzige und allein das Werk seiner Frau, das heißt, er erkannte, sie glaube dies, werde sich durch nichts von diesem Glauhen abwenden lassen. Er nahm auch demütig ihre Prophesien über die Zukunft entgegen: er wird jede Woche seinen Sohn heimbringen, er und seine Frau werden ihn verwenden, um sich der höheren gesellschaftlichen Stellung, die ihrer hat, anzupassen.

Peter befolgt die Gebote seiner Frau, er wird immer wütiger, immer erster in Wort und Sachen. Sie behauptet, die Zukunft der Gesellschaft hängt von seiner Klugheit und Gewandtheit ab, und er glaubt es ihr. Er hat gesetzen, was man tun und was man nicht tun kann, wird nie mehr Ausflüsse ins Verbrecherische unternehmen, hütet sich vor jeder Expression. Er vermeldet „steile“ Arbeit unter dem Einfluß gemeiner Geschöpfe, wie Nell Doolin, bleibt der „Maschine“ treu und vergibt nicht, es sei darüber am längsten währt. Derart wird er immer weiter kommen, wird den besten Männern des Landes die Hand drücken, wird mit ihnen sprechen, nicht mehr in sich windender Demut, den Hut in der Hand, sondern mit ruhiger Selbstsicherheit. Er wird mit den Agenten des Generalstaatsanwaltes, der die Präsidentenwürde anstrebt, zusammentreffen, sie mit Material für die wahren roten Schredderpapier verjüngten. Er wird Legislatoren lennen, die bereits gewählte Sozialisten vertreiben wollen, und Gouvernements, die die Führer von „ungeeigneten“ Streiks in den Käfer zu werfen wünschen, auch Journalisten, die Material für Artikel verlangen, und Schriftsteller, die nach roter Farbe suchen.

Den ersten Erfolg aber wird Peter als Vortragender erzielen. Er wird das ganze Land durchreisen, überall Aufsehen erregen. Warum? Peter wußte dies selbst nicht, doch erklärte Gladys es ihm: weil er romantisch ist. Peter wußte nicht genau, was das Wort bedeutet, doch klang es schmeichelhaft, deshalb antoste er dummi, zeigte die kleinen Zähne, fragte Gladys, wieviel sie endgültig habe, daß er romantisch sei? Ihre Antwort bestand in dem Gebot, sich zu erheben und sich langsam umzudrehen.

Peter behagte es keineswegs, seinen bequemen Lehnsessel zu verlassen, dennoch gehorchte er seiner Frau. Sie betrachtete ihn (Fortsetzung folgt.)

## Der Himmel im Oktober.

Die bevorstehende Mondfinsternis.

ml. Von den beiden Finsternisperioden des Jahres 1921, deren erste in den April gefallen ist, bringt der Oktober die zweite und damit eine in ganz Europa sichtbare, zwar partielle, aber be-

deutende Mondfinsternis. Zuerst ereignet sich allerdings eine totale Sonnenfinsternis, die jedoch hier unsichtbar bleibt. Sie fällt auf den 1. Oktober, beginnt um 11 Uhr 27 Min. vormittags bei Iquique in Chile und endet um 1 Uhr 44 Min. nachmittags als partielle Finsternis im Südlichen Eismeer. Die totale Bedeutung beginnt um 1 Uhr 54 Min. abends; die Größe der Finsternis beträgt 0,938, es werden also mehr als neun Zehntel des Monddurchmessers durch den Erdschatten bedekt. Die Sichtbarkeit der Mondfinsternis erstreckt sich über Asien, den Indischen Ozean, Europa, Afrika, den Atlantischen Ozean, die nördlichen Polargegenden, die östliche Hälfte von Nordamerika und über Südamerika. Bei uns steht der Mond während der Finsternis in der Nähe des Meridians, etwa 16 Gr. über dem Horizont, so daß der Verlauf des Naturereignisses sehr gut beobachtet werden kann.

Sehr günstig ist dagegen in Europa die partielle Mondfinsternis zu beobachten. Sie ereignet sich in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober, beginnt um 10 Uhr 14 Min. abends und endet um 1 Uhr 34 Min. morgens am 17. Oktober. Die Mitte der Finsternis ist um 11 Uhr 54 Min. abends; die Größe der Finsternis beträgt 0,938, es werden also mehr als neun Zehntel des Monddurchmessers durch den Erdschatten bedekt. Die Sichtbarkeit der Mondfinsternis erstreckt sich über Asien, den Indischen Ozean, Europa, Afrika, den Atlantischen Ozean, die nördlichen Polargegenden, die östliche Hälfte von Nordamerika und über Südamerika. Bei uns steht der Mond während der Finsternis in der Nähe des Meridians, etwa 16 Gr. über dem Horizont, so daß der Verlauf des Naturereignisses sehr gut beobachtet werden kann.

Die beiden Finsternisse bezeichnen gleichzeitig die zwei wichtigsten Mondphasen: den auf den 1. Oktober fallenden Neumond und den Vollmond am 16. Oktober. Demgemäß bringt der 8. des Monats das erste Viertel, der 24. Oktober das letzte Viertel, und am 31. Oktober ist wieder Neumond.

Die Sonne hat zu Beginn des Monats schon eine südländliche Abweichung von 8 Gr. 5 Min., die sich bis zum 31. auf 14 Gr. 2 Min. erhöht. Demgemäß nimmt auch die Mittagshöhe des Tages, gestern im Laufe des Oktober stark ab, und zwar von 34,7 auf 23,7 Grad, berechnet für die geographische Lage von Berlin und dem mittleren Norddeutschland. Auch Sonnenauf- und Untergang verschieben sich im Oktober sehr stark in winterlichem Sinne; während am 1. des Monats die Sonne um 6 Uhr 7 Min. vormittags auf, und um 5 Uhr 44 Min. untergeht, sind die entsprechenden Zeiten am 31. 7 Uhr vormittags und 4 Uhr 38 Min. nachmittags. So ist am Ende des Monats der Tag schon um sechs Stunden kürzer als im Juni. Die Abnahme der Entfernung der Erde von der Sonne beträgt im Oktober 175 000 geographische Meilen. Am 4. Oktober befindet sich die Erde in ihrer Bahngesamtstrecke am weitesten von der Sonne entfernt. Diese Entfernung beträgt 20 144 500 geographische Meilen. Es ist das der Abstand, den die Erde bei kreisförmiger Bahn und bei Innehalten ihrer jährlichen Jahresstrecke ständig von der Sonne innewahnt. Die größte Annäherung an die Sonne erreicht die Erde jeweils Anfang Januar, ihre größte Entfernung Anfang Juli.

Die langen und öfters recht klaren Oktobernächte begünstigen sehr die Beobachtung des Sternenhimmels, an dem wir in den ersten Abendstunden westlich vom Meridian noch dieselben Sternbilder vorfinden, die wir auch im vorigen Monat dort wahrgenommen haben. Es ist das eine Folge des früheren Eintritts der Dunkelheit. Im entsprechenden Frühjahrsmonat, im April ist die Erscheinung umgedreht; dann sieht es aus, als ob die Sternbilder mit rasender Hast ihrem Untergang entgegengestellt, weil der spätere Eintritt der Dunkelheit sie unsern Augen entzieht und sie erst hervortreten läßt, wenn ein bis zwei Stunden mehr als im Vormonat vergangen sind. So sieht man jetzt am Frühabend im Westen und Nordwesten noch einige Zeit den Booten mit dem tödlich-gelben Kurzus, die östlich sich an ihr schlendende schönen Krone mit Gemme und die Schlange. Weiter ostwärts stehen die wenig auffälligen Konstellationen des Herkules und des Ophiuchus, darüber die weisstrahlende Vega in der Leiter, die gleich nach Sonnenuntergang nahe dem Zenit aufsteigt. Unmittelbar über der Leiter, innerhalb der Milchstraße, breitet sich der Schwan mit Denzen aus, den man wegen seiner Gestalt auch das Kreuz des Niedens nennt; weiter südlich in der Milchstraße, in der Gegend des Himmelsäquators, spiekt ebenfalls rein weiß Alter im Adler und östlich davon das kleine, aber charakteristische Bildchen des Delphins.

Weiter nach Nordosten hin kommen wir in die Region des großen Pegasus-Bieredes, an das sich die Sterne der Andromeda anschließen. Darüber ist das römische W des Kassiopeia nicht zu verschließen, und südlich von ihr gelangt man in die Region des Perseus und zum Fuhrmann mit der hellen, weißen Kapelle. Am Nordhorizont erhebt sich das auffällige Sternwölchen der Plejaden, in denen man mit blohem Auge sieben einzelne Scheine zu unterscheiden vermag, während das Fernrohr uns ein unüberlebbares Gewirr lichtschwächter Fixsterne enthüllt. Den Plejaden folgen später die Hyaden, wie die genannten dem Sternbild des Stiers angehören, in dem der aufsässig rote Aldebaran das hellste Objekt bildet. Noch später tauchen Alkator und Polux in den Amfitrionen auf und südlich vom Stier der Orion, das schönste Sternbild des Himmels, der aber erst gegen Mitternacht eine größere Höhe am Osthimmel erreicht. In der Gegend des Himmelskreises findet man abends den Cepheus, den Drachen und den kleinen Bären mit dem Polarstern, während der Große Bär tief im Nordwesten steht und während der Nacht durch die untere Klimax zieht. Am Südhorizont findet man abends die leichten, dem Aquator wieder entgegentreibenden Sternbilder des Tierkreises. Wassermann und Fische, an die sich in der Richtung nach dem Stier der Widder anschließt. Wer einen sonnigen Ausblick nach dem Südhorizont hat, findet abends zwischen 9 und 10 Uhr unmittelbar über dem Südhorizont einen hellen Stern erster Größe. Es ist Pollux am südlichen Fisch, der bei uns gerade noch den Himmelskreis überschreitet, und der einzige helle Stern des Südhimmels, den wir eben noch zu Gesicht bekommen.

Von den Planeten bleibt Merkur, wie im September, auch im Oktober unsichtbar. Venus ist immer noch Morgenstern. Sie andauert von uns und hat Ende Oktober, wenn sie nur noch 2 Stunden sichtbar ist, einen scheinbaren Durchmesser von nur noch 10".2. Im Laufe des Monats hat sie Begrennungen mit allen armen Planeten, am 2. Oktober mit Mars, wobei Venus nur 11" südlich von Mars vorübergeht. Am 22. kommt sie in Konjunktion mit Saturn, wobei sie 33" südlich vorübergeht und am 25. passiert Venus, diesmal 31" nördlich, den Jupiter. Mars ist rechtsräufig und wandert durch den Löwen; er ist Anfang Oktober etwa zwei Stunden lang vor Tagesanbruch im Osten sichtbar. Seine Sichtbarkeit nimmt bis zum Schluß des Monats noch um drei Viertelstunden zu. Sehr langsam wächst einstweilen noch sein scheinbarer Durchmesser, der Ende Oktober erst 4".3 betragen wird. Erst im Laufe des nächsten Jahres, zur Zeit seiner nächsten Opposition, wird Mars uns wieder so nahe sein, daß er die Sterne erster Größe übertreibt und einen auffälligen Anblick bietet, und im Jahre 1924, bei der darauf folgenden Opposition, wird er seine größte überhaupt mögliche Annäherung an die Erde erreichen. Jupiter trifft zu Beginn des Monats wieder aus den Sonnenstrahlen heraus; er befindet sich zur Zeit gerade im Himmelsäquator. Ende Oktober kann er vor Tagesanbruch schon zwei Stunden gesehen werden. Das gleiche gilt für Saturn, den Jupiter mittlerweise überholt hat, der insolarenen jetzt etwas westlicher als der östliche der Planeten steht und vielleicht schon eine Winkelstufe länger als Jupiter sichtbar ist. Nachdem seit Anfang August die Saturnringe wieder sichtbar geworden sind, ist es interessant, zu verfolgen, wie sie sich nun von Monat zu Monat, allerdings sehr

langsam, verbreitern. Solle vierzehn Jahre werden wir jetzt die nördliche Seite der Ringe beleuchtet finden. Uranus ist Ende Oktober noch sieben Stunden nach Sonnenuntergang sichtbar; er ist regelmäßig im Wasserzeichen und hat eine Abweichung von zehn Grad südlich vom Äquator. Zu seiner Auflösung bedarf man eines Fernrohrs. Neptun, seit dessen Entdeckung jetzt 75 Jahre bestreit, ist regelmäßig im Krebs und kann Ende des Monats in stärkeren Instrumenten während der letzten vier Nachstunden am Osthimmel beobachtet werden.

## Kleine Chronik.

Engelbert Humperdinck gestorben.

Am gestrigen Tage ist Engelbert Humperdinck, der Schöpfer des Märchenstücks Hänsel und Gretel, anlässlich eines Besuches in Neu-Strelitz an den Folgen eines Schlaganfalls verstorben. Humperdinck ist einer der feinsten Meister der modernen Musikliteratur. Er gehört zu den Epigonen Richard Wagners, dem er an Bedeutung zwar nachstand, nichtsdestoweniger lebte in ihm die Gedankenwelt Richard Wagners weiter. Während Richard Wagner die alte deutsche Sagenwelt in den Mittelpunkt seiner musikdramatischen Kunst stellte, beschäftigte sich Humperdinck im wesentlichen mit der Bearbeitung des alten deutschen Märchenstoffes und kennzeichnete schon rein stofflich, daß er seinem Meister an Größe und Können nicht gleichzukommen vermochte. Humperdinck gehörte zu jener Generation, die noch unmittelbar mit Wagner selbst in Verbindung gestanden hatte. Im Jahre 1880 führte ihn eine Reise nach Neapel mit dem Komponisten des Pariser zusammen. Die Freundschaft zwischen beiden wurde intimer, so daß Humperdinck bei der Erstaufführung des Parsifal im Bayreuther Festspielhaus nicht geringe Anteilnahme fand. Humperdinck wurde am 1. September 1854 zu Siegburg geboren. Nach einem vorübergehenden Studium auf einem ganz fernliegenden Gebiete, besuchte er die Musikhochschule zu Köln. Nach weiterem Studium in München unternahm er mehrere Reisen nach Italien und nach Spanien, wo er in Barcelona als Lehrer tätig war. Später folgte er einem Ruf an das Konservatorium zu Köln, um im Jahre 1890 nach Berlin überzusiedeln. Dort wurde er Vorlehrer der Akademischen Meisterschule und später zum Mitglied des Senats der Akademie der Künste ernannt. Zu den bedeutendsten Schülern Humperdincks zählen u. a. Leo Blech und Siegfried Wagner. In ihnen verehrte sich die musikalische Ideenwelt, die Humperdinck von Richard Wagner übernommen hatte, weiter. Humperdinck selbst wandelte bis in seine letzten Schöpfungen hin ein die Bühnen, die ihm der große Meister vorgezeichnet hatte. Die meisten seiner Werke sind längst vergessen. Von den leichten Schöpfungen haben lediglich die Königskinder eine höhere Bedeutung erlangt. Nichtsdestoweniger wird der Name Engelbert Humperdincks Ewigkeitsdauer haben, erwirkt durch die Märchenhöpfung Hänsel und Gretel, die am Vor-Weihnachtsabend 1893 zum ersten Male unter der Leitung von Richard Strauss in Weimar zur Erstaufführung gelangte. Dessen Höhepunkt seines Schöpfens hat er weiterhin nicht erreicht, trotz einer großen Anzahl von Werken, die dem Märchenstück folgten. Es ging ihm dabei wie Karl Maria v. Weber mit dem Freischütz und vielen anderen, die durch einen einzigen Höhepunkt in dem Kreise ihres Schaffens die Unvergänglichkeit ihres Namens erwirkt haben. Hänsel und Gretel wird nicht nur die deutsche Kinderschule nach hundert Jahren noch ergänzen, sondern auch der Erwachsenen wird sich an der duftigen Märchenstimming mit seinen berührenden Wohlgerüchen und den spielerischen Reflexionen von unvergleichlicher Romantik seine dauernde Freude haben.

Die Leiche Humperdincks wird zur Bestattung von Neu-Strelitz, wo er bei einem Sohne zu Besuch weilte, nach Berlin übergeführt werden.

Eugen Dühring †.

Im biblischen Alter von 88 Jahren ist in diesen Tagen ein Mann dahingegangen, der vor Jahrzehnten eine große Rolle in der jungen sozialistischen Bewegung spielte. Eugen Dühring, der Berliner Privatdozent, verfügte über ein zweitloses großes Wissen. Er segelte im sozialistischen Fahrwasser und glaubte berufen zu sein, die sozialistische Gedankenwelt neu fundamentalen zu stellen. Seine Auffassungen über den Entwicklungsgang der Gesellschaft waren ebenso unklar, wie die jung austretende sozialistische Bewegung. Eugen Dühring fand demzufolge starken Anhang in weiten Kreisen der Akademie, ebenso wie heute die Freigeld- und Freiland-Lyriken Silvia Geiss. Beide glichen sich ohnedies in einem erheblichen Maße von Marxian. Als die Gefahr, die von Eugen Dühring ausging, allzu groß wurde, bat Wilhelm Liebknecht Eugen um eine Befreiung der Dühringischen Gedankenwelt im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus. Friedrich Engels folgte der Anregung. In einer Serie von Aufsätzen, die er im Organ Wilhelm Liebknechts veröffentlichte, begann eine unbarmherzige Abstrafung, die die Fülle des Wissens von Friedrich Engels in hellem Glanz erstrahlen ließ. Die Aufsätze wurden später gesammelt und bilden noch heute unter dem Titel: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ jedes Arbeiter eine unerhörliche Grundlage des Wissens.

Durch den literarischen Jurament Engels' war Eugen Dühring für die sozialistische Bewegung erledigt. Er zog sich völlig in das Privatleben zurück, um so mehr, da er mit der Berliner Universität in Differenzen geriet. Die Zahl seiner Werke auf den verschiedenen Gebieten der Wissenschaft ist Legion.

Proletarische Tribüne. Der ersten Veranstaltung des Winterhalbjahrs 1921/22 folgt nun die zweite Veranstaltung und zwar am Sonntag, dem 2. Oktober, nachm. 3 Uhr, in der Alten Handelsbörse am Reichsmarkt. Die Veranstaltung soll in der seltene Konzertform gleichermaßen russische Dichtungen und Musik vermitteln. Hans Jaffe-Gött wird wieder rezitieren, den Rahmenvortrag hält wieder A. A. Wittig. Eintrittskarten zum Preis von 2 M. für Mitglieder und 3 M. für Nichtmitglieder sind im Vorverkauf in den bekannten Stellen zu entnehmen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß uns ein Teil Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen für einen Vortrag von A. A. Wittig folgen werden, der am 30. September im großen Saal des Zentral-Theaters stattfindet. Diese Karten sind ebenso in unseren Verkaufsstellen zu entnehmen.

Eine Dantesei veranstaltet die Leipziger Volksakademie am Mittwoch, dem 5. Oktober, 8 Uhr abends, im Feuerklaal. Den einzigen Vortrag hält Frau Dr. Bertha Michel; Herr Gustav Hermann rezitiert aus der Göttlichen Komödie und dem Neuen Leben und außerdem wenige Madrigale für Frauenstimmen gehörten. Eintrittskarten, auch für Nichthörer der L. A. sind möglich von 9—12 Uhr in der Geschäftsstelle, Bayerische Str. 8, I. Zimmer 14, zu haben.

Der Verein der Leipziger Kinderfreunde (Kinderchor e. V.) veranstaltet im kommenden Winter wiederum 6 Jugendkonzerte, deren künstlerische Leitung Herr Erich Liebermann-Königliche übertragen ist. Die Konzerte werden auf Grund der in den vergangenen Jahren gesammelten Erfahrungen durchgeführt. Sie finden in der Zeit vom Oktober 1921 bis Februar 1922 wie bisher an Sonntagen nachmittags mit folgendem Programm statt: Das Kind in Dichtung und Musik. Das deutsche Volkslied. Weihnachtsmusik. Zeitgenössische Musik. Kammermusik. Humor in Ton und Wort. Die Mitwirkung vorzüglicher künstlerischer Kräfte ist gesichert.

## Der Reichstag zur Oppauer Explosionskatastrophe.

Berlin, 28. September.

Die Sitzung wird 2 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten eröffnet, der unter anderem Gedenkfeier eingangs die Mitteilung macht, daß der kommunistische Abgeordnete Rennert Beschwerde wegen einer bei ihm vorgenommenen Haushaltung führt. Der Präsident schlägt vor, die Beschwerde dem Geschäftsausschuß zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß. Der Antrag der Kommunisten, die Strafhaft des kommunistischen Abgeordneten Thomas aufzuheben, wird ebenfalls dem Geschäftsausschuß überwiesen.

Zu dem Gesetzentwurf heißt: Abweichung vom Biersteuergesetz, durch den einer allzu großen Inanspruchnahme von Braugetreide für Brauwesen dadurch vorgebeugt werden soll, daß bei Verwendung von Erlasslosten Steuererschließungen gewährt werden, verlangt

Abg. Jaub (Bayr. Bp.) Ablehnung. Die Annahme würde Vollbetrag bedeuten. Das Bier sei ein Nahrungsmitel, namentlich für Arbeiter, das man unter allen Umständen rein erhalten müsse. (Bravo! b. d. Bp.).

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Ohne Debatte erledigt wird auch die Mitteilung des Rechnungshofes zur Haushaltstechnung 1915. Bei der Nachprüfung halten sich einige Eintragungen auf unrichtigen Konten herausgestellt.

Zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung: Forderung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz, gibt

Abg. Steinopf (SPD.) namens seiner Fraktion eine Entschuldigung gegen die automatische Erhöhung der Besoldungsbezüge ab.

Abg. Flech (USP.): Wir haben mit Bekleidung wahrgenommen, daß diesmal die Regierung die Initiative ergriffen hat, um die Erhöhung der Beamtenbezüge herbeizuführen. Aber wir halten die in der Vorlage vorgelebten Bezüge durchaus nicht für ausreichend. Man scheint bei der Festsetzung der Bezüge wiederum nicht daran gedacht zu haben, daß 25 Prozent bei einem Gehalt von 20.000 Mark eine ganz andre Summe ergeben, als 25 Prozent auf 4000 bis 5000 Mark. Schon bei der letzten Teuerungsszlage erhielten die Beamten der oberen Gehaltsklassen ganz bedeutend höhere Bezüge als die der unteren. Die Spannung zwischen den Bezügen der unteren und der oberen Gehaltsklassen wird auf diese Weise immer größer, immer ungleich und unsozialer. Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Differenz in der Bewertung der Leistungen der Beamten nicht so groß ist, und daß man bei Teuerungszlagen für alle Beamten die gleiche Summe gewähren muß. Ich gebe zu, daß die Spannung zwischen den einzelnen Ortsklassen verringert worden ist, und auch die Spannung zwischen den Kinderzulagen ein klein wenig geringer wurde. Aber man ist leider nicht dazu übergegangen, die viel größere Spannung zwischen den Gehaltsklassen zu beseitigen. Die Organisationsvertreter haben sich bei den Verhandlungen auf unsern Standpunkt gestellt. Auch sie haben mit größtem Nachdruck die von uns erhobene Forderung, gleiche Zulagen für alle Beamten, erhoben. Und so ist der Teuerungszuschlag für fünf oder sechs Klassen völlig ungern gebissen. Ich kann es verstehen, daß sich der preußische Finanzminister mit allem Nachdruck gegen diese Forderung wenden konnte, mit dem Argument, wenn sie nach unserer Vorlage verfahren wollten, so hätte das geradezu den Beamten der unteren Gehaltsklassen das Existenzminimum garantieren. Ich bin der Meinung, daß es die erste Pflicht der Regierung ist, wenigstens das Existenzminimum zu sichern. (Abg. Erphien: Sché wahr!) Wir erwarten, daß die Regierung in Wölde eine neue Vorlage bringt, die der großen Notlage der unteren Beamten, der Angestellten und Arbeiter gerecht wird. Bei den Verhandlungen wurde den Vertretern der Fraktionen gesagt, daß die Erhöhung der Bezüge auf die Pensionärs-, Hinterbliebenen- und Arbeitslosen automatisch übertragen würde. In dem Entwurf ist aber von den Arbeitslosen gar nicht die Rede. Wir verlangen, daß das, was uns versprochen wurde, auch gehalten wird. Die weiblichen Diätäre und die weiblichen Beamten sind schlechter gestellt wie die männlichen. Das widerspricht dem Besoldungsgesetz, denn da ist ausdrücklich gesagt, daß alle gleichmäßige Behandlung werden sollen. Diese ungleichmäßige Behandlung widerspricht auch der Verfassung. Wir protestieren energisch gegen solche Geschlechterunterschiede und erwarten und verlangen, daß die Regierung umgehend eine neue Vorlage macht. Wir erwarten von den Organisationsvertretern, daß sie mit allem Nachdruck für die Forderung gleichmäßiger Behandlung eintreten. Unsere Unterstützung sind sie sicher. (Bravo! b. d. USP.)

Abg. Beuermann (D. Bp.) hält die Vorlage für unzulänglich. Der Beamtenstand sinkt immer mehr unter das Proletariat herab.

Abg. Degler (D. Rat.) gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß sie die Vorlage keineswegs befürwortet.

Abg. Höhle (Zir.): Wir wünschen dringend, daß in Zukunft einheitliche Teuerungszuschläge für die Beamten gegeben werden.

Abg. Bark (Komm.): Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Klassenunterschiede innerhalb der Beamtenchaft beseitigt werden müssen und die weiblichen Beamten und Angestellten die gleiche Besoldung wie die männlichen erhalten sollen. Wir lehnen die Vorlage ab.

Abg. Dauer (Bayr. Bp.) verlangt, daß in Zukunft keine Unter-

schiede bei den Teuerungszulagen zwischen höheren und unteren Beamten gemacht werden.

Hierauf wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

### Das Explosionsunglück in Oppau.

Von den Reichssozialisten wird in einer Interpellation gefordert, festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann, und sfern den Geschädigten ohne jede Verzögerung aus östlichen Mitteln zunächst eine erste Hilfe zu leisten. — Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei beantragt, ein Rotgesetz zur Unterstützung der Opfer und deren Hinterbliebenen zu schaffen und die Unfallenten allgemein zu erhöhen. Sie fordert weiter die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Abg. Bren (SPD.) gibt zunächst einen Überblick über den Umfang der Katastrophe und die Opfer, die sie gefordert hat. Nach menschlichem Ermessen muß der Gedanke eines Verbrechens, der auch ausgesprochen war, völlig ausscheiden. Wer das Trümmerfeld, die Wüste der Zerstörung nicht gesehen hat, macht sich keine Vorstellung von der furchtbaren Wirkung der Explosion. Die Arbeiter haben seit langem eine schwere Katastrophe befürchtet. Den Nachtsichtern, die durch ihren Fleißabend dem Tode entronnen sind, fiel die gelbliche Farbe des Materials auf. Auch die Wärme des Metalls in dem Silo war ihnen höchst bedenklich erschienen. Es handelt sich nicht um Habilitationswärme. Die Arbeiter sehen hier die Quelle der Explosion durch Selbstentzündung. Im Silo stieg die Temperatur oft auf 50 bis 60 Grad. Auch darin erblicken die Arbeiter ein Zeichen, daß mit der Höheentwicklung also Gefahrenquelle gerechnet werden mußte. Von Maßnahmen zur Abwehr der hieraus sich ergehenden Explosionsgefahr ist mir nichts mitgeteilt worden. Es haben sich auch zu Zeiten Gas entzündet; auch darin erbliden die Arbeiter Vorboten der Katastrophe. Die Arbeit wurde einer betriebsfremden Firma im Allord übergeben. Die Arbeiter sind der festen Überzeugung, daß durch die überhastete Arbeit das Unglück eingetreten mußte.

Unsere Partei fordert, daß die Ursachen des Unglücks aufgedeckt werden. Die Vorerfolg dieser Explosionsfälle müssen erlossen werden, wenn die Gefahr einer erneuten Katastrophe droht. Ein solches Unglück darf nicht wieder der Menschheit nahe. Die Hilfe für die Opfer ist ausgeschaut worden von dem Reichspräsidenten. Wir hoffen, daß sie auch ausgeführt wird. Die Hilfe darf sich nicht beschränken auf die Oppauer Opfer, sondern muß das erfüllen, was der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als Forderung aufgestellt hat. Mit dem Wesen dieser Forderung deckt sich der Antrag Agnes und Genossen. Meine Fraktion war der Auffassung, daß ein solcher Antrag nicht erforderlich ist. Daß wir mit seiner Tendenz und seinen Zielen einverstanden sind, beweist, daß wir uns hinter ihn stellen. Die Zeit, die zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs erforderlich ist, kann durch unsern Antrag gespart werden. Hilfe ist doch notwendig, wenn Beruhigung unter der Arbeiterschaft eintreten soll.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun: Beim Bekanntwerden des Oppauer Unglücks hat sich die Reichsregierung sofort und eingehend mit den Maßnahmen beschäftigt, die zur Hilfe getroffen werden müssen. Ich habe mich zur Feststellung der Ursachen des Unglücks nach Oppau begeben. Der Umfang der Katastrophe steht noch immer nicht fest, es ist auch trotz anstrengender Arbeit noch nicht gelungen, alle Toten zu bergen. Man muß damit rechnen, daß die Arbeiter in unmittelbarer Nähe der Explosion überhaupt nicht mehr aufzufinden werden. Das Werk hat einem sehr mit Wasser gefüllten Trichter Platz gemacht. Die Befestigung der Trümmer allein wird mehrere Millionen Mark erfordern. Man hat mit Ammoniumsalpeter Explosivversuche in kleinem Maßstab gemacht, es ist zu einem negativen Ergebnis gekommen. Bei feinem Verchluss in Eisen jedoch ist Explosivkraft vorhanden. In Oppau wird dieses Dünngemisch nicht wieder hergestellt werden, sondern ein gänzlich ungefährliches, für die Landwirtschaft ebenso wertvolles Präparat. Ich werde es bei den bisherigen Feststellungen nicht bewenden lassen, sondern die Untersuchungen fortzuführen. Unsre zweite dringliche Sorge ist die Hilfeleistung für die Oppauer Opfer, die Unterbringung der Obdachlosen und der Wiederaufbau der Wohnungen. Die Gesetzgebung muß die Opfer des einen Unglücks genau so behandeln, wie die Opfer eines andern Unglücks. Die durch die Katastrophe arbeitslos gewordenen Arbeiter werden beschäftigt werden. Der durch den Krieg schon außerordentlich gestresste Pöhlern soll, soweit es in menschlichem Rahmen steht, Hilfe werden.

Bei den Kommunisten und Sozialdemokraten sind zwei Anträge eingegangen bezüglich des Oppauer Unglücks, die mit der Interpellation verbunden werden.

Abg. Holmann-Ludwigshafen (Zent.): 63 Prozent der Oppauer Fabrik sind vollkommen zerstört. Wir stimmen dem Antrag Agnes und Genossen zu und bitten um seine Überweisung an den Sozialen Ausschuß. Die von der Reichsregierung ausgeworfenen 10 Millionen werden nicht zur Hilfeleistung genügen.

Abg. Semler (D. Rat.): Ein großer Teil dessen, was hier gefordert wird, muß als überflüssig zurückgewiesen werden, denn in chemischen Betrieben ist ein vollkommen Schutz der Arbeiter unmöglich. Sie stehen jede Stunde dem Tode gegenüber.

Abg. Moldenhauer (D. Bp.): Wir stimmen dem Antrag aus Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu.

Man hat über 20.000 Sprengungsversuche am Ammoniumsalpeter vorgenommen, ohne Explosionsgefahr feststellen zu können.

Abg. Schwarz-Baden (USP.): Ich darf wohl betonen, daß auch unsre Partei den Opfern schwerliches Mitgefühl entgegenbringt. Neuen dem Schmerz lohnt aber auch bei der Bekanntmachung der Oppauer Katastrophe ein Zorn in uns auf, weil sie nicht nur im Dienste des Arbeit, sondern im Dienste des Kapitals gefallen sind. Die Pflicht zur Arbeit besteht, die Pflicht zur Arbeit wird getan in vielen Betrieben dazu gebraucht, um die Gewerkschaft in höchstem Maße auszubauen und möglichst hohen Gewinn herauszuholen. Daß Arbeiter vernichtet werden, ist ja etwas Alltägliches. Man findet sich schon damit ab, weil man auf dem Standpunkt steht, daß die Opfer zur kapitalistischen Wirtschaft gehören. Bei dieser Katastrophe hat es sich gezeigt,

dass weit über die Kreise der Arbeiter hinaus die Empörung über ein solches Unglück ausgelöst ist. Ueber 400 Tote, Hunderte Schwerverletzte, 50 Erblindete, 170 Vermißte, Hunderte von Witwen und Waisen, das sind Zahlen, die eine furchtbare Sprache reden. Oppau selbst ist ein Trümmerhaufen. Es ist erklärlich, wenn jetzt alles nach der Ursache des großen Unglücks fragt.

Wir wissen, daß man nicht subjektiv eine Person für die Katastrophe verantwortlich machen kann, obwohl nach den Ausschreibungen des Kollegen Bren feststeht, daß im Arbeitsprozeß sich verschiedene Unstimmigkeiten ergaben, Veränderung der Farbe des Materials, Warmwerden des unberührten Materials, Gaschwaden, die Nebelsturm hervorriefen. Dazu kam das Feuerlösungsproblem und Alkoholvergabe der Sprengung an einen aufstrebenden Unternehmer. Zur Beruhigung der Bevölkerung kann es auch durchaus nicht beitragen, wenn wir hören, daß noch 8000 Tonnen des Stoffs, der hier zur Explosion kam, in Silos liegen. Wir hoffen uns den Harderern des ADGB an, die auf eine Huberbetriebserziehung der Fabrikation bis zur ziellosen Akkrung hinzufließen, ebenso wie die anderen Vorberufungen.

Der Arbeitsminister Brauns teilt mit, daß die Firma dieses explosionsgefährliche Produkt nicht mehr herstellt, dafür ein ungefährliches einführen will. Wir müssen jedoch feststellen, daß auch das bisherige Produkt als ungefährlich bezeichnet wurde. Wir verlangen daher, daß auch das neue Produkt, das nun zur Fabrikation kommen soll, in weitgehendem Maße ausprobiert wird, um so mehr, als Herr Generaldirektor Busch erklärt: die neuen Aufgaben, die der Fabrik harren, sind schwer und gefahrenvoll, sie müssen aber erfüllt werden. Auch die immer mehr zunehmende Antreiberei im Arbeitsprozeß hat sehr viel zu dem Unglück beigetragen. Weiterhin kommt in Betracht, daß der Stoff, der früher in tückigen Zustände an der Verarbeitungsstelle anlangte, jetzt mittels Spritzverfahrens hingehaftet wird. Er wird durch Glasröhrchen geleitet, die durch Gasflammen dauernd in hoher Temperatur gehalten werden. Bei der Entleerung entwinden sich daher noch Gasdämpfe. Die Direktion bestreitet, daß sie mit Tausend-Atmosphären-Druck gearbeitet habe. Das behauptet niemand. Über Tatsache ist, daß in den Zeitungen Mannheims ohne Widerrede dargestellt wurde, daß immer höhere Atmosphärenspannung bis zu 1000 Atmosphären durch Versuchsversuche erreicht werden sollten. Die Arbeiter des Werkes wiesen seit langem darauf hin, daß eines schönen Tages ganz Oppau in die Luft fliegen werde infolge der Pöhlung, die durch die Antreiberei entsteht. Eine Woche vorher wurden Bauarbeiter mit den Worten: "die Woche muß die Reparatur noch fertig werden", die intensivsten Arbeit angewandt.

Während die Arbeiter die Rettungsarbeiten vollbrachten, gab es Deute, die ausgerüstet mit Sorgnetten usw., im Auto angefahren kamen, um das Unglück als große Sensation zu genießen. Filmoperatoren und Photographen belästigten die in Verwüstung befindliche Bevölkerung. In Mannheim, das auch von dem Unglück mitbetroffen wurde, gibt es Unternehmer, die, weil ihre Betriebe etwas gelitten haben, die Gelegenheit benutzen, ihre Arbeiter vollends auf die Straße zu setzen, weil ihr Profit in der letzten Zeit nicht die Höhe hatte, die sie nun für nötig hielten. Während alle Parteizirkulationen sehr zurückhaltend waren in der Beurteilung der Schuldfrage, fiel es um so unangenehmer auf, daß die Direktion der Badischen Anilin und Sodafabrik nach dem Unglück und noch bis heute verucht, durch zahlreiche Kundgebungen sich als unschuldig hinzustellen. Wir sprechen dabei nicht von einer jubelnden Schule. Bei der Trauerfeier, an der hunderttausend Menschen teilnahmen, wurde in einem großen Teile der Reden nur noch von unerhörlichen Ursachen gesprochen. Damit können wir uns und auch die Bevölkerung des betroffenen Gebietes nicht absindern lassen, um so weniger, als heute durch den Kollegen Bren festgestellt wurde, daß die ihm gemachten Darstellungen im Widerspruch mit denen der Direktion stehen.

Auch in einer sozialistischen Produktionswirtschaft kommen sicher hin und wieder Katastrophen vor. In solchem Umfang oder jedenfalls nicht, da schon die Lage der Werke in bezug auf die Sicherheit nach den allgemeinen Interessen erfolgt, während heute nur das Profitinteresse ausschlaggebend ist. Es muß untersucht werden, ob die bei der Sprengung üblichen Vorrichtungen überhaupt eingehalten wurden. Soll den Oppauer Opfern geholfen werden, so müssen auch die sozialen gesetzlichen Bestimmungen in dem Sinne umgebaut werden, wie es unsre Antrag verlangt. Es muß hier unter allen Umständen der Geldentwertung Rechnung getragen werden. Nur dann, wenn für alle Opfer der Industrie ausreichende Unterstützungsummen festgelegt werden, ist wirkliche Hilfe gegeben, während

## Unsere Hauptpreislagen:

**Herren-Anzüge  
990 Mark**

Was wir hierin bieten,  
ist wirklich erstklassig  
in jeder Beziehung!

**Herren-Schlüpfen  
990 Mark**

Der Stoff ist aus reiner Wolle, die Butaten von ausgesuchter Güte \* Die Verarbeitung ist solide, die Form vornehm, der Stil ohne Tadel

Brüder/32 **H. Hollenfamp & Co. · Leipzig** Ede Reichsfest.

Erstes Herren-Bekleidungshaus

sonst die Opfer der Industrie zum großen Teil auf Wohlfahrtshilfen angewiesen sind. Es ist zu bedenken, daß es 7000 Unfallrentner gibt, sogenannte Rentner, die 630 Ml. Renten erhalten. Bei einer Gesamtzahl von einer Million Unfallrentnern. Durchschnittlich erhalten diese Rentner 200 Ml. pro Monat mit allen Zusagen. Und je jünger bis unter 50 Ml. Die 2000 Ml., die die Rentenfabrik ihren Arbeitern und den Hinterbliebenen gegeben hat, ist nichts anderes als Geld, das die Arbeiter selbst verloren haben. Wir verlangen, daß durch gesetzliche Maßnahmen hinreichende Unternehmensgarantie garantiert werden. Wenn es eine Pflicht zur Arbeit gäbe, hat auch der Staat die Pflicht, daß einzutreten, daß die Opfer der Industrie leben können, und nicht zu Lassenden und aber Taugenden langsam aber sicher verschwinden. Der Präsident überzeugte sich, was zur Förderung der Leidenden möglich ist, wird geschaffen. Wenn Sie das wollen, müssen Sie unsern Anträgen zustimmen. Wenn mir dann ist es möglich, den Opfern der grauenhaften Katastrophe nicht nur Almosen, sondern wirtschaftlich ausreichende Unterstützung zu geben. (Bravo! bei den II. Soz.)

Abg. Schwarzer (Part. Sp.): Am 21. September hat der bayerische Landtag einen Untersuchungsausschuß für Oppau eingesetzt. Es ist nicht notwendig, noch einen vom Reichstag einzurufen. Wie lehnen den Antrag Agnes und Guossen ab. Wird er fragend angenommen, beantragen wir folgenden Antrag zu dem Sach: einen Untersuchungsausschuß einzurufen; „welcher mit dem vom bayrischen Landtag eingesetzten Ausschuß zusammenarbeitet.“

Abg. Rennmele (Comm.): Was wir den Toten schuldig sind, ist, daß wir die Ursachen und die Schuldigen der Katastrophe aufspüren. Die Katastrophenforschung einiger Abgeordneten, die sagten die Untersuchung sei Nachsuche, hat mich empört. Den Bürgerlichen ist es unangenehm, wenn man auf die Ursachen eingehen will. Die Arbeiter sprachen mir gegenüber die Behauptung aus, daß man, um die Erregung weiterer zu machen, mit einem andern Sprengstoff arbeitete, der die Explosionsgefahr ungeheuer vergroßerte. Zu Verhandlungen der Reichsregierung haben wir kein Vertrauen. Die Unternehmerschaft der chemischen Industrie ist in erster Linie zum Ertrag der Schäden heranzuziehen.

Heraus folgen die Abstimmungen. Der Antrag unserer Partei, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzurufen, wird angenommen. Die Anträge auf Schaffung eines Notverfahrens werden dem II. Ausschuß überwiesen.

Schluss der Sitzung 7. Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag, 12 Uhr: Kleine Vorlesung, Friedensvertrag mit Amerika, Bayern-Diskussion.

## Aus der Umgebung.

Taucha. Uns wird vom Zentralverband der Bäder geschrieben: Der Zentralverband der Bäder, Konditoren und verw. Berufe führt dauernd einen schweren Kampf gegen die Bäderinhabungen. Die Herrschaften wehren sich mit allen Mitteln gegen eine Organisation der Gehilfen, sie scheuen nicht davor zurück, die Organisationsvertreter zu beschimpfen und ihnen die Tür zu weisen. Dass diese Ercheinungen noch heute möglich sind, gibt zu denken.

Der Verband der Bädergehilfen hatte einen Vertreter beauftragt, in Taucha Feststellungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen. In anständiger Form stellte dieser sich überall vor und erbat die notwendigsten Auskünfte, so daß ein Bädermeister erklärte, ja, so ruhig müßten alle kommen. Dass aber einige Erziehungäre nicht dieser Meinung waren, sollte

der Kollege bald erfahren. Der Bädermeister Voigtlander in der Pöhlweg Straße verweigerte jede Auskunft. Der Bäderverband kommt für ihn nicht in Frage. Kein Zureden konnte den Herren überzeugen. In brutaler Ablehnung wurde die Tür zugeworfen. In der Bäckerei des Herrn Eberhardt scheinen recht eigenartige Zustände zu herrschen. Dort meldete sich unser Vertreter an und erhielt die gewünschte Auskunft. Als er aber sich erlaubte, zu sagen, daß nicht der Tariflohn geahlt werde, was mit der Ruhe vorbei. Der Vertreter wurde beschimpft. Er könne das nicht wissen, er sei Schuster und nicht Bäcker. Sobald der Gehilfe seinen Lohn bekommen soll, werde er entlassen. Die Arbeiter wurden beschimpft. Sie seien schuld an dem Unglück Deutschlands durch ihre fortwährenden Lohnforderungen. In der Bäckerei Eberhardt konnte der Gehilfe keine Auskunft geben, da die Bäckersfrau genau zuhören wollte. Das verabscheute sich der Vertreter.

Arbeiter Taucha! Merkt euch diese Bädermeister, die jedes Mitbestimmungsrecht der Gehilfen und ihrer Vertreter mit Füßen treten. Lacht solche Leute unter sich. Habt Solidarität und zeigt diesen Bädermeistern, daß die Zeit vorbei ist, wo Gehilfen und Lehrlinge als willenslose Sklaven behandelt werden können.

Taucha. Aus der letzten Gemeinderatsitzung ist zu berichten, daß die Arbeiten für den dritten Wohnhausneubau in der Lindenstraße zu denselben Bedingungen und Preisen an die gleichen Unternehmer vergeben wurden, wie das zweite Haus mit Ausnahme der Erd- und Maurerarbeiten. Diese Arbeiten wurden an die Bauhilfe vergeben mit dem Ergebnis, daß die Arbeiten circa 10 000 Ml. billiger sind als bei Haus 2 durch Unternehmer ausgeführt. Geplant ist, im Oktober einen Lehrgang über Säuglings- und Kleinkindersorge durch einen bekannten Leipziger Kinderarzt abhalten zu lassen. Die Vorträge finden in der Schule statt. Beteiligen können sich auch die umliegenden Ortschaften. Zeit und Tage der Vorträge werden noch bekanntgegeben. Erhöht werden die Gebühren der Gemeindeschwestern um 200 Prozent. Beschlossen wird, dem Gemeindeverbündungsverband Leipzig gegen Tumultschäden beizutreten. Die Kosten betragen 1500 Ml. pro Jahr. Zur Eindeckung mit Karlsruhe sollen an die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie an Erwerbslose und Minderbemittelte Vorschläge gewährt werden. Einige Anträge sind umgehend an den Fürsorgeausschuß zu richten. Weiter wird der Ausgleichsabzug für die städtischen Beamten und Angestellten von 80 auf 87 Prozent sowie der Lohnzuschlag für die städtischen Arbeiter nach dem Tarif des Arbeitsgeberverbandes ländlicher Gemeinden vom 1. September ab bewilligt. Gestung ist natürlich nicht vorhanden. Bei dieser Gelegenheit wird den Vertretern zum Gemeinderat mit auf den Weg gegeben, daß man den Gemeinden auch die Mittel bewilligen müsse, die sie zur Zahlung der Gehälter nötig haben, und nicht wie jetzt den Gemeinden noch Knüppel zwischen die Beine zu werfen, indem man die Steuervorlagen ablehnt. Bei der Beratung des Ortsgerichtes über die Stadtverordnungswahlen entspannt sich eine erregte Debatte, der „Demokrat“ Rothe beantragte, die vom Rat befürwortete Listenverbindung zu verhindern. Bei diesem Punkte zeigte es sich wieder, daß der Bürgermeister auf reaktionärem Boden steht. Was ihm im Rat nicht gelungen war, versuchte er in der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen. Hatten ihn die Demokraten mittlerweile so weit bearbeitet, daß er dem Antrage Rothe so sympathisch gegenüberstand. Von unserer Seite wurde alles mögliche ins Feld geführt, um die Herren „Demokraten“ zu überzeugen, daß wir nur das forderten, was sie bereits haben. Aber keiner hand ein Wort der Entgegnung. Gilt uns lag nur die Situation klar, der „Bürgerliche Block“ wollte ein Zusammensein der Linksparteien

verhindern. Mit der Stimme des Bürgermeisters wäre es ihm auch gelungen, deshalb verzichteten unsere Genossen und die Kommunisten kurz vor der Abstimmung den Sitzungssaal und führten so die Beschlusshilfegesetzgebung der Versammlung herbei. Vielleicht führt das Verhalten des bürgerlichen Blocks auch die Linksparteien näher zusammen. Das Vorgehen der „Demokraten“ beweist, was von bürgerlicher Seite beachtet ist.

Brandis. Städtegemeinderatsitzung. Zum fach. Gemeinderat in Chemnitz am 7. und 8. Oktober wird Stadtrat Rehm abgeordnet. Kenntnis genommen wird von dem nicht genehmigten 7. Rücktritt zur Gemeindesteuerordnung, von einem Schreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse betr. die Wahl von Mitgliedern des Kassenvorstands in den Fürsorgeausschuß. Es kommt ein Schreiben der Firma Mitteldeutsche Ton- und Kohlenwerke betr. der Polenzstraße zur Vorlage. Es wird beschlossen, der Firma mitzuteilen, daß wir auf der gesuchten Sicherheit von 100 000 Ml. bestehen bleiben, ferner soll die Polenzstraße für den öffentlichen Verkehr wieder freigegeben und die Wasserleitung seitens der Firma wieder ordnungsgemäß hergestellt werden. Zur Vorlage kommen die Sparflaschenrechnungen auf die Jahre 1919 und 1920, die Feuerlöschflaschenrechnungen aus den Jahren 1919 und 1920 und die Armentlassrechnungen aus dem Jahr 1920. Einflinzig wird beschlossen, daß die Stadtgemeinde sich einem Kassenrevisionsverband anschließt. Die geprüften Rechnungen werden nochmals an den Finanzausschuß zur Erstellung eines Revisionsberichts überreicht werden. Zum Bericht des Fürsorgeausschusses wird beschlossen, für Unterstützung der notleidenden Bevölkerung Russlands eine Sammlung zu veranstalten. Auf Vorschlag des Fürsorgeausschusses wird beschlossen, täglich 3 Ml. Erziehungsbetriebe für von der Stadt untergebrachte Pflegesinder zu gewähren. Die Abhebung der Pflegegelder kann wöchentlich oder monatlich erfolgen. Es kommt ein Schluß der neugegründeten Sanitätskommission betr. Gewährung eines Beitragssatzes zur Ausüstung derselben zur Vorlage. Außerdem wird noch beschlossen, dasselben mitzuteilen, daß die Stadt einen Teil der Kosten der Ausüstung übernimmt. Beschlossen wird bei der Amtshauptmannschaft Grimma Beschwerde zu erheben wegen Gewährung von Vorschüssen in den Haushalt.

Kautzschberg. Am Mittwochabend brannte im Wohnhaus der Mühle der Dachstuhl. Durch das schnelle Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr von Kautzschberg und der Leipziger Feuerwehr war jede Gefahr in kurzer Zeit beseitigt. Der Brand ist vermutlich durch Kurzschluß entstanden.

## Versammlungskalender.

Donnerstag, den 20. September:  
Metallarbeiter, Zoologischer Garten 7 Uhr.  
USF. Südost-Büro, Galatho Thonberg 1-8 Uhr.

USF. Mitte-Leipzig, Volkshaus 8 Uhr.  
Vollspieldienst Süd, Nord, Zentrum, Volkshaus 6-8 Uhr.

Freitag, den 21. September:  
Konsumverein Plagwitz, Volkshaus 7 Uhr.  
Metallarbeiter, Bauschlosser, Volkshaus 7 Uhr.  
USF. Wiederholung, Neuer Galatho 8 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten erschließlich.

## Mündliche Auskunft in Rechtsfragen

erteilt nur das Arbeiter-Sekretariat,  
Hotel Victoria, Gerberstraße Nr. 1.

Sprechzeit 11-14 und 4-6 Uhr. Sonnabends nur 11-12 Uhr.

## Die bekannt billigen Tage der Schuhfabrik E. Becker & Co.

halten wir noch aufrecht

Verkauf direkt an Private

## Schuhwaren

zu ausserordentlich billigen Preisen.

Decken Sie Ihren Bedarf,

die günstige Gelegenheit

wird nie wieder geboten!

Detail!

Ohne jede Konkurrenz!

Ein Versuch und Sie staunen!

Fabrik-Niederlage von E. Becker & Co.

Fr. G. Becker, Leipzig, Poststrasse 15, Laden.

## Kauzen Sie heute noch

Rognat-Weinbrand Liter 55.- Flasche 44.-  
Rognat-Weinbrand-Berlin Liter 48.- Fl. 37.-

Jemalca-Rum-Berlin Liter 58.- Fl. 45.-

Korn, weißer . . . . . Liter 40.-

Nordhäuser . . . . . Liter 38.-

für Galvire Sonderpreise.

A. Riegel Nach., Merseburger Str. 70

Wiederholung in Sicht!

Empfehlenswert noch billig:

Va. Weinbrand Liter 54.- Flasche 43.-

Weinbrand-B. Liter 46.- Flasche 37.-

int. Freigeld - exkl. Flasche

Franz Schroeter

Gemeindestr. 32, gegenüber Kreuzstr. Fernr. 60621.

ooooooooooooooo

Schnidia-Bier-

Brezeln

Freiburger Art, Stück 50 Pf.

Rosinen-Stollen

Stück 2.50 und 5.- M.

Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Einfahrt 4. Uhr, Anfang 5 Uhr, Ende 11 Uhr.

**Lindenfels**  
Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18105/98  
Ab morgen  
Der erste Monumentalfilm 1921/22

**Henny Porten**  
als  
**Geier Wally**  
Drama in 7 Akten.

**Der Kampf um die Heimat**  
Ein erhabendes Dokument deutscher Art  
in Oberösterreich.  
2 Akte.  
Und der übrige Spielplan.

**Wintergarten**  
Eilenbahnstraße 56 Fernruf 18105/98  
Ab morgen  
nachmittags von 4-6 Uhr

**Große Jugendvorstellung**  
Der große Berg- u. Sportfilm

**Zum Kampf mit dem Berge**

I. Teil: In Sturm und Eis.  
Eine Ueberichtserzählung des 4530 Meter hohen Losammes, des gewaltigen Eisberges der Alpen.

Darsteller: Hannes Schneider - Ilse Rohde.  
Aus dem Inhalt: Das Weihorn 4511 Meter, Das Breithorn 4171 Meter, Cästor 4230 Meter, Monte Rosa 4638 Meter, Matterhorn 4405 Meter, Der Zustrom, genannt der Menschenstrom, 4538 Meter, Hochgebirgsmondnacht, Das ungeheure Spaltenlabirinth des Zwillingsschluchters. Im Bauch des Gletschers. Auf dem Felstisch 4290 Meter, Das brodelnde Wollensee, Alpenglühn, Im Kampf mit der furchtbaren Eiswand.

Einer der lehrreichsten, in der Aufnahme gelungensten Filme.

Abends dazu ein sensationelles Programm.

**Lederschürzen**  
empfohlen

Lederhandlung Heinrich Berthold  
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

## Maßschnelderei Neugegründet Großbetrieb

Um ins Geschäft zu kommen,  
möglichste Preise mit und  
ohne Stoßzugabe. Lelling-  
Burgstr. 13, II. Kain-Laden.

## Rafao

In Qualität, Vid. 14.90.-  
und Vid. 16.00.-  
„Der kleine Laden“  
Althochstädt. Straße 82.

## Va. Weizenmehl

über Auswahl, selts. Stoffen,  
im Sack 1 Vid. 3.60 Mr.  
ausgewogen 3.75. / Alle and.  
Zebensm. s. d. nied. Tagespre  
Merk Nach. Tauchaer Str. 28  
a. Battenb. Tel. 8235 u. 50180

## Tapeten

R. - an  
Bordo Meter von 5 J. an  
Wachstuch-Reste billig.  
Körner. Eilenstraße 54.  
Gute Körnerstr. Klein-Laden.

## Billige Anzüge

Milit. gestreift u. sämtliche  
Hosen

aus nur feinsten Stoffen  
taufen Sie bei

## Kanner

Wurzner Str. 15a.

## Kammerjäger

Fr. Lüdemann

Kohlartenste 39  
vermischte Hemden  
oder Art

## Spesialität:

Woll-Ausrost. d.

Wanzen n. Brut

unterzähne Stoffe

Detaillos

Der Brotzeit ist bald alle.

Prima Kornsteile

Doppelstück 3.20, 3.30, 6.50

Prima Weiden-Schmierseite, gelb od. weiß, Vid. 5.-

Pr. Toilette- und Badestoffe, Wacholderöl usw.

Gute Leipziger Straße 33.

Telefon 4001.

Der Brotzeit ist bald alle.

Prima Kornsteile

Doppelstück 3.20, 3.30, 6.50

### Neues Theater.

Zugestufstheater. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1415.  
Donnerstag, den 29. September 1921  
101. Vorsichts-Vorstellung (d. Folge, weiß).  
**Madame Butterfli.**  
(Die kleine Frau Sammerting.)  
Oper in 3 Akten, nach J. V. Long und D. Velasco von A. Illica und G. Giacofo, deutsch von O. Brüggenmann. Musik von Giacomo Puccini.  
(Ohne Überzüsse.)  
Musikalische Leitung: Alfred Szenkely. Abendstreuung: Kurt Schäffer.  
Personen: Cho-Cho-San, genannt Butterfli (G. L. Hansen-Schulze); Alice Unterstorfer (Paula Engert); W. G. Unterstorfer, Lieutenant, in der Marine der Vereinigten Staaten von Amerika (Hans Wilmann); Sharpless, Konsul der Vereinigten Staaten in Nagasaki (Stefan Rappel); Goro, Adobo (Walter Fischer); Der Fürst Sammerting (Wolfdieter Nitschke); Otel, Bouye (Clio Salomone); Nellys (Wolfdieter Nitschke); Der Konsul (Eduard Wippel); Die Blaue Butterfli (Wela Hermann); Die Rose (Wolfdieter); Die Tante (Martha Weiler); Sintel Blener (Ferdinand Schöss, Bernhard Wohlborn).  
Vorhandene, Freunde und Freindinnen Butterfli: Blener.  
Ort der Handlung: Nagasaki — Zeit: Gegenwart.  
Kaufe nach dem 1. Akt.  
Eintritts Preise. Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
Studenten- und Schülerkarten ungültig.  
Freitag, den 30. September: 101. Vorsichts-Vorstellung (4. Folge, weiß).  
Sondern, den 1. Oktober: Eintritt 7 Uhr. Eintritts Preise.  
Sonntagnach, den 1. Oktober: 102. Vorsichts-Vorstellung (5. Folge, weiß).  
Eintritt 7½ Uhr. Eintritts Preise.

### Altes Theater.

Richard-Wagner-Plan. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.  
Donnerstag, den 29. September 1921  
Festliche Vorstellung  
— zugleich Unrechtsvorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut  
(Legeit Norden, Tel. 4001-4100)  
**Baumeister Solnec.**  
Schauspiel in fünf Akten von Hermann Hesse.  
Zeigt der großen deutschen Gesamtstadt.  
Am Scene gespielt von Axel Otto.  
Personen: Baumeister Solnec (Ludwig Förster); Frau Ulrike Solnec, seine Tochter (Edith Seiffert); Dr. Herbart, Baubetrag (Willy Müller); Amelie Bröhl, ehemals Verlobte, jetzt Mätresse bei Solnec (Hildegard Schaper); Wagner Bröhl, sein Sohn, Zeichner (Eugen Weber); Axel Otto, seine Mutter, Baubatterin (Marie Goss); Prinzessin Odile (Bianka Anton).  
Ort der Handlung: Das Haus des Baumeisters Solnec.  
Kaufe nach dem 2. Akt.  
Eintritts Preise. Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
Studenten- und Schülerkarten ungültig.  
Freitag, den 30. September: Älterer Anrecht: Alt-Heidelberg. Eintritt 7½ Uhr. Eintritts Preise.  
Sonntagnach, den 1. Oktober: Älterer Anrecht: Radale und Liebe. Eintritt 7½ Uhr. Eintritts Preise.

### Neues Operetten-Theater.

Vosestraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.  
Donnerstag, den 29. September 1921  
**Die Frau im Dunkeln.**  
Operette in 3 Akten von Erich Wehn. Vorste von Eddi Beuth.  
Im Scene gespielt von Josef Groß. Musikalische Leitung: Kurt Högl.  
(Ohne Überzüsse.)  
Personen: Graf Bartolino di San Barbaro (Wolfdieter Hirsch); seine Nichte (Willy Berger); Graf Andrea Cesano (Erich Sudermann); Cittore Diotanora, Bedienknecht beim „Mornen“ (Willy Schäffer); Manja Bellegambe, Bedienknecht beim „Abend“ (Charlotte Wöhrl); Baron Horatio Bragagnini, Baron Horatio Bragagnini, Baron Horatio Bragagnini, drei Brüder (Wolfdieter Hirsch, Hermann Engelmann, Kurt Fischer); Rosetta, Chorfraulein des „Morgen“ (Gretel Trautmann); Scipione, Kammerdiener bei Manetta (Günther Ritter); Ein Bedienknecht (Günther Ritter); Ein Gondolatore (August Moyses); Ein Tänzer (Paul Schneider); Männer, Damen und Herren der Gesellschaft; Dienst, Bedienknechte. Der erste Akt spielt während einer Hochzeit; der zweite Akt spielt bei Flamenca; der dritte Akt spielt im Konferenzzimmer des „Morgen“. Das Ganze in Venezia — Zeit: Gegenwart.  
Kaufe nach dem 1. und 2. Akt.  
Eintritts Preise. Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
Studenten- und Schülerkarten ungültig.  
Freitag, den 30. September: Vorstellung für den Gewerkschaftsverein Leipzig-West. Der letzte Walzer. Eintritt 7½ Uhr.  
Sonntagnach, den 1. Oktober: Vorstellung amüsant des 25-jähr. Bühnenjubiläums von Direktor Groß. Neu einstudiert: Der Eigentümer. Eintritt 7½ Uhr. Sonder-Preise.

### Leipziger Volkstheater.

Dir. Max Samlik. Geschäftsrat: Johannissgasse 30, III, 1. Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr. Drei Mohren, Neubukis: Emilia Galotti. Morgen: Dr. Klaus, Lustspiel.  
**Leipziger Puppenstücke** — Elaborabo. Pfaffendorfer Str. 4. Täglich 5 Uhr; Rumpelstilzchen (Märchen). 8 Uhr: Der Betrug vor dem Altar. (Burkholz). Alles Näherte siehe an den Plakatläufen.

### Kristall-Palast

Theater  
Täglich abends 1½ Uhr:  
**Ukrainischer Chor**  
27 Personen sowie das weitere erstklassige  
**Großstadt-Programm**

### Battenberg

Variété Tel. 1370  
Anfang 8 Uhr  
**Lipzigs Liebling**  
Gustav Bertram  
Marga Peter  
v. Apollo-Theater, Düsseldorf, als Gast in  
**Das Mddel vom Kabarett**  
Ab 1. Oktober: Verlängertes Gastspiel  
Gustav Bertram  
...Der Affenbaron.“  
Vorverkauf: Tageskasse 10-2, und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

### Eiskellerpark

Morgen Freitag sowie jeden Freitag  
Der große Ball-Betrieb.

**Leipziger Palmen-Garten**  
Unsere herrlichen Bäume stehen den geehrten  
Familien für Privatfestlichkeiten, Vereinen  
und Gesellschaften usw. zur Verfügung.  
Zur Beachtung! Die Ein- und Ausgangsmöglichkeit an der Plagwitzer Seite fällt wochentags außer an Veranstaltungen von 6 Uhr abends an vom 1. Oktober an weg.

### Lichtspiele Alberthalle

#### Ab Freitag, 30. September

Wir bringen ein ganz fabelhaftes Doppelprogramm:

#### 10 Akte

#### 10 Akte

# Dem Tode geweiht

Spannender Detektivfilm in 5 Akten aus der Extraklasse.

In der Hauptrolle:

**Max Landa Reinhold Schünzel**  
**Conrad Veidt Hilde Wörner**

sowie

# Das blinkende Fenster

Grosser Detektiv-Sensationsfilm in 5 Akten.

Versäumen Sie nicht, sich diesen fabelhaften  
Spielplan anzusehen, kommen Sie zeitig, da-  
mit Sie das ganze Programm zu sehen  
bekommen.

Anfang 1½ Uhr, Beginn der letzten Vorstellung 1½ Uhr

### Grüne Ghänge L.-Anger

— Fernruf 60345. —

Morgen Freitag: **Elite-Ball.**

### Wessendhallen

L.-Platzwitz, Albrechtstraße 41. Straßenb. 2, 3, 5. Tel. 40885  
Moderniser Saal Leipzigs  
Freitag und Große Ball-Feste  
Vorläufiges Ballorchester Neueste Schlager

Neue Bewirtschaftung! Tadeloser Betrieb!

### Gapiermühle

Fernsprecher 8261  
Strassenbahn 5, 6, 10. G.-Stötteritz.  
Morg. Freitag ab 7 Uhr sowie jed. Sonntag ab 5 Uhr  
**Feiner Ball.** Erstklass. Musik Stetzer-Orchester  
Neuer Inhaber: Kurt Fassmann.

### Goldner Helm

L.-Eutritzsch Inh.: Max Sonntag Straßenb. 16  
Jed. Freitag u. Sonntag: Dervornehme Ball

Original Jazz-Band

— Die elegante DIELE des Nordens

### Gasthof Neustadt

Leipzig-Neustadt. — Fernruf 60 688.  
Morgen Freitag: **Elite-Ball.**  
Sonntag, den 2. Oktober: 1. großes Oktoberfest.

### Gasthof Stünz.

Morgen Freitag, ab 6½ Uhr  
Der beliebte Freitags-Ball.  
Eintritt 2.50 Mk. Tanz frei.

### Nachtfalter

Hainstrasse 18  
Allabendlich 7½ Uhr

### Kabarett.

haben Sie schon unsere  
eleganten Blusen Kleider und Röcke gelehrt?  
Maharbeit zu Fabrikpreisen.  
Keine Ladenmiete, deshalb billig!  
Zahlungserleichterung.  
Blusenfabrik Sporergasse 14.

### Leipziger Schauspielhaus.

Sobald Nr. 1210. Direktion: Erly Bleibtreu. Beratung 1000.  
Donnerstag, den 29. September 1921, abends 7½ Uhr

#### Gabriel Schillings Flucht.

Drama in 5 Akten von Herbert Hauptmann.

Im Scene gespielt von Erly Bleibtreu.

Personen: Gabriel Schilling, Walter (Hans Steinert); Eveline, seine Frau (Stella Dahl); Professor Möller, Altmann und Raberer (Otto Berther); Uncle Heil; Molinillo (Berndt Langfelder); Hanna Elias (Ema Gartens); Friedlein Mainz (Elfriede Lehmann); Toller Rosenthal (Kurt Eisler); Oskar (Adolf Voland); Otto, Milt im Regen auf Altmühlberg (Oskar Adolfs); Albin, Altmühlerner (Ulrich Wöbel); Der Verbrüderung (Ulrich Wöbel); Schuster, Matthes, Bäcker (Hart Witten, Willi Glindemann); Bildner, Kranen und Kinder der Bildner.

Das Drama spielt auf Altmühlberg Oskar, einer Tochter der Oskar.

Zeit um 1900.

Der Vorhang wird vor Schluß des Stückes nicht gezogen!

Ende nach dem 3. Akt.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Freitag, den 30. September, abends 7½ Uhr: Fortunatus Bölk.

Sonnabend, den 1. Oktober, abends 7½ Uhr: Fortunatus Bölk.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr.

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 22. September bis 12. Oktober 1921. Die noch nicht eingeladenen Kontrollmäuse der alten Jahresfeste müssen im Laufe des September einzeln überreicht werden. Nur die Einladung bis 10. Spielabschnitt bleibt freigegeben.

Telefon 12300. Direktion: Erly Bleibtreu. Elsterstraße 42.

Donnerstag, den 29. September 1921, abends 8 Uhr

#### Die Tache mit Lola.

Schwanz in drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schönau.

Eintritt 7½ Uhr. Eintritt 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr.

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 22. September bis 12. Oktober 1921. Die noch nicht eingeladenen Kontrollmäuse der alten Jahresfeste müssen im Laufe des September einzeln überreicht werden. Nur die Einladung bis 10. Spielabschnitt bleibt freigegeben.

Telefon 12300. Direktion: Erly Bleibtreu. Elsterstraße 42.

Donnerstag, den 29. September 1921, abends 8 Uhr

#### Die Tache mit Lola.

Schwanz in drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schönau.

Eintritt 7½ Uhr. Eintritt 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr.

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 22. September bis 12. Oktober 1921. Die noch nicht eingeladenen Kontrollmäuse der alten Jahresfeste müssen im Laufe des September einzeln überreicht werden. Nur die Einladung bis 10. Spielabschnitt bleibt freigegeben.

Telefon 12300. Direktion: Erly Bleibtreu. Elsterstraße 42.

Donnerstag, den 29. September 1921, abends 8 Uhr

#### Die Tache mit Lola.

Schwanz in drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schönau.

Eintritt 7½ Uhr. Eintritt 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr.

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 22. September bis 12. Oktober 1921. Die noch nicht eingeladenen Kontrollmäuse der alten Jahresfeste müssen im Laufe des September einzeln überreicht werden. Nur die Einladung bis 10. Spielabschnitt bleibt freigegeben.

Telefon 12300. Direktion: Erly Bleibtreu. Elsterstraße 42.

Donnerstag, den 29. September 1921, abends 8 Uhr

#### Die Tache mit Lola.

Schwanz in drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schönau.

Eintritt 7½ Uhr. Eintritt 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Eintritt 7 Uhr. Eintritt 7½ Uhr.

Der zweite Spielabschnitt läuft vom 22. September bis 12. Oktober 1921. Die noch nicht eingeladenen Kontrollmäuse der alten Jahresfeste müssen im Laufe des September einzeln überreicht werden. Nur die Einladung bis 10. Spielabschnitt bleibt freigegeben.

Telefon 12300. Direktion: Erly Bleibtreu. Elsterstraße 42.

Donnerstag, den 29. September 1921, abends 8 Uhr

#### Die Tache mit Lola.

Schwanz in drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schönau.

Eintritt 7½ Uhr. Eintritt 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr: Die Scheidungsfeier.

Sonnab

## Mitliche Bekanntmachungen.

**Sparkasse Borsdorf.**

Tgl. Vorratung 8%, Prozent.  
Teleph.-Nr. 10, Geschäftsst.  
im Gemeindeamt in der Schule.  
Geschäftszeit wochentags 8—2 Uhr. Poststellekonto: 10104

Allgemeine Ortsfrankensetze Marktstädt

Nach dem Gesetz über die anderweitige Feststellung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 25. Juli 1921 (RGBl. 1921, S. 984) sind u. a. an Stelle der bisherigen Lohnklassen folgende neue Klassen gebildet worden:

Klasse	Jahresarbeitsverdienst	Wochenbeitrag
A	bis zu 1000 Mfl.	3,50 Mfl.
B	bis zu 3000 Mfl.	4,50 Mfl.
C	bis zu 5000 Mfl.	5,50 Mfl.
D	bis zu 7000 Mfl.	6,50 Mfl.
E	bis zu 9000 Mfl.	7,50 Mfl.
F	bis zu 12000 Mfl.	9,00 Mfl.
G	bis zu 15000 Mfl.	10,50 Mfl.
H	über 15000 Mfl.	12,00 Mfl.

Für die Zugehörigkeit zu den Lohnklassen gilt als Jahresarbeitsverdienst der:  
täglicher Zahlung das Dreihundertfache,  
wöchentlicher Zahlung das Zweihundertfache,  
achtmonatlicher Zahlung das Dreisigfache,  
vierzehntäglicher Zahlung das Sechsundzwanzigfache.

monatlicher Zahlung das Dreißigfache.  
vierzehntäglicher Zahlung das Bierfache  
des gesetzten, auf volle Mark abgerundenen Ent-  
gelts. Bis auf weiteres sind Jahresarbeitsver-  
dienste mit unter einer halben Mark Endbetrag  
nach unten, Beträge von einer halben Mark oder  
darüber nach oben abzurunden. Auf das Entgelt  
sind ferner Gewinnanteile und andere Bezüge,  
die der Versicherte gewohnheitsmäßig erhält, nach  
dem im vergangenen Kalenderjahr bezogene  
Betrag anzurechnen. Für Sachbezüge gilt der  
von Versicherungsamt der Stadt Marktstädt  
festgelegte Wert.

Für unständige Beschäftigte gilt als Jahres-  
arbeitsverdienst das Dreihundertfache des Orts-  
lohnes.

Die erhöhten Beiträge werden ab 3. Oktober  
1921 erhoben und sind, wie bisher, an die Hälfte  
vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tragen.  
Soweit unter dem Rundschreiben vom 8. d. M.  
noch nicht entrichten worden ist, wird nochmals  
um umgehende Einreichung der erforderlichen  
Meldungen erucht.

Marktstädt, am 28. September 1921.

Der Kassenvorstand.

O. Buskisch, Vorsteher.

**Sparkasse Wahren.**  
Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr.

## Arbeitsmarkt

### Maurer

für innere Stadt stellt ein  
Neumann, Co. Poetenweg 11.

### Maurer

werden sofort eingestellt.  
zu melden bei  
C. Brömmel, Baugeschäft  
2. Lindenau, Rindstr. 6.

### Zigarrenarbeiter

für Heimarbeit finden  
dauernde Beschäftigung.  
Auerst. Delikatesse Str. 24, h.  
Kräftigen Mädchen für  
Landwirtschaft. Arbeiten  
nicht j. 1. Oktober  
A. Matthies, Gutsbesitzer  
Lindenau.

Schulmädchen f. Schulreise  
Nachmittage a. Aufwartung  
gelucht Pl. Jahnstr. 31, l.l.

### Verhäuser

100 Ulster und.  
Winter-Überzieher

von Herrschaften wenig  
getragen. Friedensstoffe,  
verl. Spottbillig. Klin.  
Ranftische Gasse 6, Laden  
bei Battenberg, Marienplatz.  
Neue und außerhalbene  
Militär-Ulster \*  
und Blumen  
Winter-Überzieher  
ganz billig

Q. Neumann, Brömmannstr. 12.  
Q. Lindenau, Henrichstr. 4.

### Habe

neu und getragen

### Anzüge

à 180.— Mark

### Hosen

à 40.— Mark

### Ulster

à 65.— Mark

nur aus prima Sto. fein  
Gummimantel  
Joppen.....  
Schuhe usw. \*

### Kanner

Eisenbahnstraße 5.

Sie sparen viel Geld  
wenn Sie Ihren Bedarf bei  
mir decken. Neue u. getragene  
Kleidgs. u. Wäschestücke  
Schuhe für Herren, Damen  
und Kinder, sowie  
Möbel aller Art

Spottbillig

Rohs Str. 4 (Laden).  
Bendt. Sie bilde. Schauenseite.

### Spottbillig!

Getragene und neue

### Anzüge

Militär-  
gestreifte  
schwarze

Arbeiter-  
nur prima Qualitäten u.  
familiäre Schuhwaren  
kaufen Sie wie altbe-  
kannt beim billigen

### Kanner

nur Eisenbahnstr. 5.

\* Keine Filialen.

Warum denn weinen,  
wenn man keine Hose hat,  
bei Hermann Linse, I.  
Tauchner Str. 5, III. 1\*

gibt genug und oft, auch  
Anlässe zu 190.— 350.— 480.—  
u. 550.— Mfl. reine Schneider-  
arbeit, sow. Anzüge nach Maß,  
Schlosser-Anzüge 45.— Mfl.

**Arbeiter,  
Augen auf!**  
Zum Partiewarenhaus  
Täubchenweg 64

Riesenauswahl in prima  
Militärhosen

95.— Mfl.  
Arbeitshosen 48.— Mfl.  
gestreifte sowie alle  
Arten Hosen

**Anzüge**  
feinste Schneiderarbeit  
von 300.— Mfl. an

**Schuhwaren**  
in großer Auswahl

**Turnschuhe**  
Größe 27—35 10,50 Mfl.

Gelegenheitsläuse in  
Damen- u. Herrenwäsche,  
Bettwäsche, Hemden, Hosen,  
Kleider in großer Auswahl

Vorort-Kundschaft wird  
beim Einkauf Fahrpreis  
vergütet.

**Anzüge, Paletots,**  
Gulaways, Schläppler zu  
niedrigen Preisen  
bar- und auf

**Teilzahlung**  
Bitte ansehen! \*  
ohne Kaufwangs

Demmerlingstr. 72, II. I  
und Johannisplatz 8  
(hinter der Kirche)

**Riesenauswahl**

neu und getragen \*

**Ulster**  
**Paletots**

**Anzüge**  
**Hosen**

Gummi- und Loden-  
Mantel / Militär-Man-  
chest. - Winterloppen  
Aeußerst preiswert

**Wadewitz**

Windmühlenstr. 33, I.

kein Laden, nur L. Etg.

**Spottbillig!**

Neu u. getr.

**Hosen**

Militär-, gestreifte,  
schwarze, alle Arbeiter-  
hosen in Riesenauswahl  
auch alle Schuhwaren  
kaufen Sie nur beim

\*) altbekannten

**billigen Kanner**

nur Eisenbahnstr. 5.

\* Keine Filialen.

**Verkaufe billig:**

Anzüge

Hosen Joppen

prima Lodenmäntel

prima Gummimäntel

Paletots

prima Damenblusen

**Käte Thieme**

Sporergässchen 10, I.

## Spottbillig! Anzüge

\* Neu und getragen  
von feinsten Kavalieren  
kaufen Sie auffallend  
billig, auch sämtliche  
Schuhwaren nur beim  
billigen Kanner  
nur Eisenbahnstr. 5.

\* Keine Filialen.

**! Von Herrschaften!**

wenig getr. Herren- u. Damen-  
Garderobe Kostüme Kleider,  
Mäntel, Nöte, Bluse, Schuhe,  
Bettwäsche zu billig. Preisen  
Hansäder Steinweg 26, II. I.

**Werschau**

**verschiedene Anzüge**

**Blumen**

**verschiedene Anzüge**

**verschiedene Anzüge</**